

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. (incl. Post).
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgipflige Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gemeinschaftliche Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedruckte und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die deutschen Kolonien im Jahre 1909/10.

I. Die Tropenkolonien.

Die Berichte über die deutschen Kolonien, die früher als Druckfaden des Reichstages erschienen, erscheinen diesmal im Buchhandel: ein großer Band in Legationsformat im Preise von 8,50 M. Die liberale, Vernunftfreundliche Presse erzählt, daß dies auf keine Initiative zurückzuführen sei und rühmt es als eine „kaufmännische Tat“: früher habe das Reich die Druckkosten zahlen müssen, jetzt bekomme es ein ansehnliches Autorenhonorar vom Verleger. Nun, wenn das Anschmieren der Käufer mit einer minderwertigen Ware kaufmännischen Ruhm begründet, mag die Sache stimmen. Für gewöhnlich nennt man so etwas aber ganz anders. Die Berichte sind in diesem Jahre ebenso schwachhaft und inhaltlos, das statistische Material ist ebensowenig durchgearbeitet wie in früheren Jahren. Dazu schreiben die Herren Berichtserstatler den fasslich bekannten Kanzleistil. Wenn nun solche Aktienstücke den Reichstagsabgeordneten vorgelegt werden, so müssen diese und andere Leute, die sich mit politischen Dingen befassen, das halt über sich ergehen lassen, aber ein Buch wird daraus noch lange nicht, auch wenn man diese Aktienstücke in Oktavformat druckt. Wir halten den Verschleiß dieser Produkte der Kanzleien durch den Buchhandel für einen Skandal und wundern uns nur darüber, daß die Verlagsfirma Mittler u. Sohn ein ähnliches Machwerk unter ihrem Namen in die Welt gehen läßt. Jedenfalls möchten wir vor Ankauf dieses horrend teuren bedruckten Papiers warnen.

Wie gewöhnlich geben diese Berichte keineswegs ein allgemeines Bild vom Stande der Kolonien, sondern sind im Gegenteil schier unverständlich, wenn man sie nicht durch frühere Berichte und Schilderungen aus anderen Quellen ergänzen kann. Wir wollen suchen, das Charakteristische herauszuheben.

Der allgemeine Eindruck ist, daß die deutsche Kolonialwirtschaft nicht aus dem Stadium der Versuche und des Laborierens herausgekommen sind, trotzdem nun schon ein Vierteljahrhundert seit der Besitzergreifung dieser Kolonien vergangen ist. Mit Ausnahme von Südwestafrika liegen die Länder in Afrika und die Südeinseln, die Deutschland an sich brachte, im Tropengebiet. In dortigen Ländern sind zwei Formen der kapitalistischen Wirtschaft möglich: entweder wird die Eigenwirtschaft der Eingeborenen dahin gedrängt, daß möglichst viel hochwertige Kolonialprodukte erzeugt werden, wobei die Europäer ihren Gewinn suchen im Handel mit diesen Produkten, und als Unternehmer, die das Kapital in Eisenbahnen, Gasanlagen, Betrieben zur Verarbeitung der Produkte investieren, oder aber die Europäer reifen der Boden an sich, betreiben Plantagenwirtschaft, während die Arbeit von den Eingeborenen oder von importierten Arbeitern verrichtet wird. Betrachten wir die deutschen Kolonien, so sehen wir, daß weder die Produktion der Eingeborenen noch die Plantagenwirtschaft ernsthafte Resultate zeitigt. Die deutschen Händler, die Faktoreien in diesen Gebieten errichteten und damit die Besitzergreifung durch das Reich herbeiführten, haben ihren Schnitt gemacht, haben von den natürlichen Reichtümern, die leicht zugänglich sind, ausgeführt was auszuführen war, sind aber dann keineswegs mit großem Eifer an die Bewirtschaftung dieser Gebiete herangegangen. Das ist sehr erklärlich. Für die ausgedehnte Wirtschaft der Eingeborenen, wie wir sie etwa in Indien und den indischen Inseln sehen, fehlt die Hauptbedingung, eine dichte Bevölkerung, für intensive Plantagenwirtschaft wiederum sind die natürlichen Bedingungen, fruchtbarer Boden und günstiges Klima nicht vorhanden. Man hat in den umfangreichen Gebieten die besten Flecken herausgesucht, betreibt darauf etwas Plantagenwirtschaft, und treibt im übrigen Handel mit den Eingeborenen, so gut es gehen will, sucht auch wohl nach Mineralien, wenn die Sache aussichtsreich erscheint. Das Land durch Eisenbahnen und andere Anlagen zu erschließen, erscheint zu riskant, und dieses Risiko überlassen die Kapitalisten freudlich dem Staate, suchen aber dann auf Kosten des Staates bei diesen Kapitalbesitzungen möglichst hohe Profite für sich herauszuschlagen. Sider ist viel mehr deutsches Kapital in Plantagen, Faktoreien, kolonialen Eisenbahnen, Elektrizitätswerken in fremden Kolonien angelegt, als in deutschen. Der Staat aber betreibt diese Aufgabe der wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien so unbehilflich wie irgend möglich, weil es halt der preussisch-deutsche Staat mit seinem bürokratischen System ist, von dem er auch in den Kolonien nicht lassen kann und das dahin geht, wie die Faust aufs Auge. Darüber ist viel geschrieben und gesprochen, aber es genügt ein Blick in den vorliegenden Bericht, um zu sehen, daß daran nichts geändert ist. Es wird mit Vereifer regiert, reglementiert, kommandiert, die Eingeborenen werden geduldet, gezwungen, gedrückt. In alles und jedes steckt die hochwohlblöde Beamtenchaft ihre Nase und will partout die faubere Ordnung des preussischen Hofes selbst im Urwald durchführen. Wahre Unversorglichkeit scheinen diese Räte und Assessoren! Die Polizei haben sie am Schnürchen, Steuerysteme erkennen sie, es kommt ihnen gar nicht darauf an, im Sandumdrehen Versuchstationen zu errichten, Kaffeebisch einzuführen usw.,

usw. Das alles kostet ein Heidengeld, und das Resultat ist schließlich gleich Null.

Lange Zeit wurde über die Besiedelung der afrikanischen Gebiete mit Weißen phantasiert. Heute ist erwiesen, daß das Unsin ist. Rät man Südwestafrika, wo besondere Verhältnisse herrschen, auf die wir zurückkommen, außer Betracht, so sehen wir in den Kolonien im Jahre 1909 insgesamt 7139 Weiße, wovon 5211 erwachsene Männer. Davon sind 1063 Beamte und Angehörige der Schutztruppe, 797 Geistliche und Missionare, zusammen 1860. Bleibt eine Zivilbevölkerung von 3351 erwachsenen Männern. Aber auch von denen lebt ein großer Teil auf Staatskosten, denn es werden 528 Techniker und Ingenieure gezählt, die fast ausschließlich beim Bau der Bahnen und öffentlichen Arbeiten tätig sind, also im Solde privater Unternehmer stehen, die aber selbst wieder für den Staat tätig sind. Es bleibt also ein winziges Häuflein von Weißen, die ihren Erwerb wirklich selbständig in den Kolonien suchen. Farmer, Pflanzler und Gärtner zählte man nur 849. Doppelt soviel Beamte, Soldaten und Pfaffen als Farmer, das kennzeichnet so recht die deutsche Kolonialwirtschaft.

Als das Gerede von der Besiedelung nicht mehr zog, wurde um so mehr von der Plantagenwirtschaft geredet und geschrieben. Phantasie begabte Leute malten aus, wie Deutschland seinen Bedarf an Kaffee, Kakao, Reis, Baumwolle usw. aus den eigenen Kolonien decken werde. Sehen wir nach: Kaffee. Im Jahre 1910 waren mit Kaffeestrauchern bepflanzt: in Ostafrika 1613 Hektar, in Kamerun 13, in Togo 3, in den Südeinseln 91. Ausgeführt wurden 1909 aus Ostafrika 620 Tonnen, aus den Südeinseln 10 Tonnen. Dabei geht in Ostafrika der Anbau von Kaffee schon wieder zurück, weil er sich nicht rentiert.

Baumwolle. In Ostafrika haben die Plantagenbesitzer 7806 Hektar angebaut, ertragsfähig ist vorläufig nichts. Man hat auch die Eingeborenen zum Anbau animiert. 1908 hatten sie etwas Baumwolle geliefert, 1909 fiel der Preis von 15 auf 4 Heller pro Pfund, und die enttäuschten Eingeborenen, die nicht in die Machenschaften der Spekulation eingeweiht sind, gaben die Sache auf. Sie sind der Meinung, man habe ihnen nur deshalb im ersten Jahre einen hohen Preis gezahlt, um sie nachher um so mehr auszubeuten. In ihrer Weisheit beschließt die Verwaltung, den Eingeborenen für die Zukunft einen Mindestpreis von 8 bis 10 Heller zu garantieren. Das kann recht nette Konsequenzen haben, wenn der Weltmarktpreis wieder stürzt. Entweder können dann die deutschen Steuerzahler herappen, oder das Gouvernement bricht das Versprechen, und die Eingeborenen werden es mit Recht der Täuschung zeihen. Dazu kommt: im Vanganibezirk verdarb die Ernte, weil zuviel Regen fiel, im Bagamojobezirk, weil kein Regen fiel. Es scheint also, daß bei dem herrschenden Klima in diesen Bezirken das Animieren zum Anbau recht leichtfertig ist. Auf den Plantagen der Europäer laboriert man herum: hier ist die Bewandung falsch, dort hat man schlechten Samen gewählt. „Man hofft“, daß, wenn erst einmal Samen gezeitigt ist, der sich dem Boden und dem Klima anpaßt, die Sache gehen wird. Freilich kann dann, was nicht erwähnt wird, sich ergeben, daß dieser Samen eine schlechte Hafer liefert, die keinen Absatz findet. Aber — „man hofft“. In Kamerun wollen die Eingeborenen von Baumwolle nichts wissen. Auch dort wird animiert. Die Plantagenbesitzer wollen auch nichts von dieser risikanten Produktion wissen. In Togo scheint die Baumwolle einigermaßen zu gedeihen, die Kultur wird von den Eingeborenen betrieben. In den Südeinseln sind die Aussichten schlecht. Ausgeführt wurden 1909 aus Togo 511 Tonnen, aus Ostafrika 492 Tonnen. Da Deutschland fast eine halbe Million Tonnen Rohbaumwolle verbraucht, so dürfte es mit der „Eigenversorgung“ gute Wege haben.

Kakao. Der Anbau des Kakaobaumes scheint sich in Kamerun und Togo zu rentieren. Ausgeführt wurden aus Kamerun 3322, aus Togo 133 Tonnen. Immerhin etwas, obwohl bei den 40 000 Tonnen der deutschen Einfuhr auch hier die „Eigenversorgung“ ein Traum bleiben dürfte.

Kautschuk. Seit Jahren laboriert man, um die Pflanzen, die Kautschuk liefern, zu züchten. Die Versuche sind bisher recht fraglich. Dagegen werden die Pflanzen im Urwald vernichtet; sie sterben ab, weil man sie zu stark anzapft. Deshalb geht in Togo, das bisher den meisten Kautschuk lieferte, die Ausfuhr zurück. Ingenommen hat sie in Ostafrika, wo noch ein Teil des Urwaldes nicht erschöpft ist. Da im Vorjahre von London aus eine wahnsinnige Spekulation in Kautschuk sowohl als in Aktien der indischen Kautschukpflanzungen betrieben wurde, sprossen auch in Ostafrika die „Gründungen“ solcher Pflanzungen aus dem Boden und einzelne Plantagenbesitzer werden ein Bombengeschäft dabei gemacht haben. Inzwischen ist die Gasse bereits jämmerlich zusammengebrochen, der Preis ist gestürzt und es ist mit der Herrschaft vorbei.

Zuckerrohr. Es wird laboriert und „man hofft“. Irgendwelche ernsthafte Ergebnisse liegen nicht vor.

Tabak. Die Aussichten auf den Anbau hochwertigen Tabaks im großen sind bisher sehr gering.

Als Massengüter des Außenhandels kommen vorläufig nur in Betracht Gegenstände der sogenannten Okkupationswirtschaft, d. h. solche, die nicht eigentlich produziert, sondern nur eingeschmuggelt werden, wie Erdnüsse, Palmkerne, Palmöl, Kopro (getrocknete Kerne der Kokosnüsse, dient

zur Seifen- und Kerzenfabrikation). Letzte bildet einen nicht unwichtigen Handelsartikel. Deutschland führte z. B. 1909 rund 112 000 Tonnen im Werte von 46,5 Millionen Mark ein. Die Kolonien aber liefern noch keine 28 000 Tonnen. Dazu kommen dann die Häute und Felle, etwas Elfenbein und „Kuriositäten“. Der Ausfuhrhandel steigt freilich mit der Zeit. Es werden Bahnen gebaut, die Händler dringen immer tiefer in das Land hinein, die Produkte kommen an den Markt. Für 1909 werden folgende Ausfuhrwerte genannt:

Ostafrika	13,1 Millionen Mark
Kamerun	15,7 „ „
Togo	7,4 „ „
Südeinseln	11,3 „ „
Insgesamt	47,5 Millionen Mark

Daß aber ein derartiger, auf der rohesten Form der wirtschaftlichen Tätigkeit, auf dem Einsammeln wildwachsender Produkte durch die Eingeborenen, basierender Handel nicht dazu beiträgt, die kapitalistische Entwicklung der Kolonien zu fördern, liegt auf der Hand.

Auch als Abgabegebiete spielen diese Tropenkolonien keine Rolle. Die Zahlen, die da genannt werden, nehmen sich zwar auf den ersten Blick ganz imposant aus. Es werden nämlich folgende Werte der Einfuhr für 1909 genannt:

Ostafrika	33,9 Millionen Mark
Kamerun	17,7 „ „
Togo	11,2 „ „
Südeinseln	6,9 „ „
Insgesamt	69,7 Millionen Mark

Indessen ist diesen Zahlen gegenüber eine große Vorsicht geboten. Erstens sind sie viel zu hoch. Es werden nämlich die Werte angegeben, die die Waren im Eingangshafen haben, also einschließlich der horrend hohen Frachtkosten. So wird z. B. die Tonne Weizen in Ostafrika mit 260 M. gerechnet, der Doppelzentner Kaffeebohnen mit 16,4 M. (in Deutschland annähernd 4 M.), die Tonne Kohlen mit 37 M. (in Dortmund kostet sie 12 M.), das Kilogramm Baumwollgarn 2,8 M.; landwirtschaftliche Maschinen figurieren mit 130 M. pro Doppelzentner, während die deutsche Ausfuhrstatistik die teuersten dieser Maschinen (amerikanische Nähmaschinen) mit zirka 50 M. pro Doppelzentner bewertet. Zweitens kommt nur ein Teil dieser Einfuhr aus Deutschland. Von der Einfuhr im angebliebenen Werte von 69,7 Millionen stammen aus Deutschland nur 41,1 Millionen. Drittens bezahlt den größten Teil der angeführten Waren nicht etwa die eingeborene Bevölkerung, sondern die Regierung und die Weißen, die sich dort aufhalten. Da von diesen ein großer Teil aus Beamten besteht, so zahlt die Waren, die sie verbrauchen, eigentlich das deutsche Volk. Es wäre von Interesse, festzustellen, wie viel eigentlich die Eingeborenen kaufen, aber leider ist eine genaue Rechnung nach den vorliegenden Zahlen unmöglich. Eine rohe Schätzung, die zu begründen, hier der Raum fehlt, ergibt, daß höchstens ein Viertel der Einfuhr aus Waren besteht, die für die Eingeborenen bestimmt sind. Das wären Waren im Werte von etwa 10 Millionen aus Deutschland. Zieht man davon die Transportkosten ab, so ergibt sich, daß die deutsche Industrie kaum mehr als für 5 bis 6 Millionen Mark Waren an die Eingeborenen sämtlicher deutschen tropischen Kolonien absetzt.

Die kapitalistischen Interessenten rechnen freilich anders. Für sie kommt in Betracht: 1. der Gewinn, der beim Handel mit den Eingeborenen gemacht wird, und der ist sehr groß, weil diese Eingeborenen beim Kauf und Verkauf stets überverteilt werden. 2. Der Gewinn, den die Schiffsahrtsgesellschaften machen, und der ist abermals sehr groß, weil diese Gesellschaften Monopole haben und die Lage nach Noten ausbeuten. 3. Der Gewinn, der bei Lieferungen für die Regierung gemacht wird, der ist nicht minder groß, weil bekanntlich trotz aller bürokratischen Ordnung, oder vielmehr infolge dieser Ordnung, der Fiskus noch leichter einzuseifen ist als der erste beste Nigger (siehe die Lieferung von Panzerplatten oder die Bewehrung des Eisenbahnstahls durch das Kohlenyndikat). 4. Die Gründergewinne bei Finanzierung von Kolonialgeschäften. Hierin liegt der größte Anreiz zur Kolonialpolitik für die einflussreichsten kapitalistischen Eliten: man ruft nicht nur die Kaffern in Afrika, sondern vor allem die Kaffern in Deutschland, jene Leute, die nicht alle werden, denen man das Geld aus dem Beutel lockt für koloniale Gründungen, die regelmäßig verkrachen. Von denen, die als Pflanzler nach Ostafrika oder Kamerun gingen und dort ihre Gesundheit einbühten, sind wenige reich geworden, aber die Mäcker der Kolonialgründungen haben bereits Millionen eingestrichen, ohne ihre Haut zu Marke zu tragen.

Die Generalunkosten dieser sauberen Geschäfte zahlt aber schließlich das Volk, das für die Erhaltung der Beamtenchaft, die Soldaten, die Kriegsschiffe aufzukommen hat. Darin liegt der Wit.

Ein militärisches Essen.

Durch die Wiederaufnahme des Essener Meineidsprozesses und die nachträgliche Freisprechung der wegen Meineids bestraften Genossen ist die Aufmerksamkeit auf verschiedene ähnliche Fälle gelenkt worden, in welchen lediglich auf das Zeugnis einer Person, deren Charakter sich später als fragwürdig herausstellte, bisher unbeschol-

Keine Männer zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Vor allem steigt die Erinnerung an einen militärischen „Auf- ruf“ prozess, der jetzt kaum soviel Monate hinter uns liegt wie der Offener Jahre. Es handelt sich um den sogenannten Postfieber Lagerstrahl. Im Juli 1909 waren eine Anzahl Lübecker Reserve- listen zu einer 14tägigen Uebung nach dem Postfieber Lager ein- berufen worden. Am Tage vor der Entlassung hatte der Reserve- unteroffizier Karloske, der in seinem Zivilberuf Postbote in Lübeck war, einen Mann wegen Ungehorsam zu drei Tagen Arrest verurteilt. Ob dieser Anschuldigung will nun der Postbote und Reserveunteroffizier am Entlassungstage — nachdem die militä- rische Pölle abgestreift und die Zivilkleidung angelegt war — vor dem Abmarsch nach dem Bahnhof, von den Leuten umringt, be- schimpft und mit Sand und Steinen beworfen worden sein. Auch ironische Hochrufe sind angeblich auf ihn ausgebracht worden. Als die Hauptschuldigen wurden die Reservisten Schumann, Ma- tern und Steinfalt wegen Ungehorsam, Achtungsverletzung, Beleidigung eines Vorgesetzten und militärischen Auftrages (!) unter Anklage gestellt.

In der Verhandlung vor dem Kriegsgericht zu Lübeck im Oktober 1909 bestritt der angeschuldigte Steinfalt ganz entschieden, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Auch die anderen beiden Angeklagten beteuerten ihre Unschuld. Matern sagte aus: ein Reservist habe Zigaretten ausgeteilt und ihm keine gegeben, darauf habe er gerufen: „Du bist mir ein schöner Krüppel.“ In dem Augenblick sei der Unteroffizier Karloske vorüber gegangen und habe die Worte auf sich bezogen. Steinfalt erklärte: „Als die Mannschaften zum Abmarsch nach dem Bahnhof versammelt waren, sei gerufen worden: „Der mit dem Spitzbart und der weißen Weste, das ist der Sch...“ Nüchlich sei Karloske, den er vorher gar nicht gekannt habe, mit dem Hauptmann auf ihn zugezogen und habe gesagt: „Das ist der Mann, der mich gestochen hat.“ Kurz darauf sei er verhaftet worden. Karloske selbst behauptete: Die drei Genannten seien die Täter gewesen. Einer habe gerufen: „Na, Du bist ein schöner Krüppel!“, ein anderer: „Die drei Tage, die Du den Wächler verschafft hast, sollen Dir schlecht bekommen; in Lübeck sehen wir uns wieder.“ Dabei hätten sich die Leute zu- sammengerottet und eine drohende Haltung angenommen. Auch sei geflüchteten worden: „Da ist er, komme nur her, Du Schuft, Du Lump, Du Schweinigel!“

Zu der Verhandlung waren diese Zeugen geladen, die alle so ziemlich das Gegenteil aussagten, und vor allem Steinfalt, der sich bei dem Militär sehr gut geführt habe, als völlig unschuldig hin- stellen. Bei der Verhandlung spielten auch zwei Hüte eine Rolle. Karloske behauptete, Steinfalt habe einen alten Hut getragen, während dieser durch Zeugen nachwies, daß er mit einem neuen Hut eingedrückt ist. Trotz der beiderseitigen Zeugenaussagen glaubte jedoch das Gericht nur dem Karloske und der militärischen Anklage beantragte gegen Steinfalt sogar die ungewöhnliche Strafe von 5 Jahren Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere. Das Gericht war vielleicht über diesen Antrag selbst erschrocken. Es sprach Steinfalt wegen mangelnder Beweise frei, verurteilte aber Matern zu vier und Schumann zu sechs Monaten Gefängnis.

Letzterer hat seine Strafe verbüßt. Matern legte dagegen Berufung ein. Das gleiche geschah vom militärischen Ankläger. Zu der Berufungsverhandlung vor dem Oberkriegsgericht zu Altona, die zwei Tage in Anspruch nahm, waren über 40 Zeugen geladen. Alle Zeugen — darunter auch solche in bürgerlichen Stellungen — widerlegten die Aussage des Karloske. Der Verteidiger Rechts- anwalt Dr. Jakobsohn-Lübeck wies nach, daß von einem Komplott gar keine Rede sein könne und insoweit die Anklage des Auftrages gar nicht in Frage läme. Es nützte alles nichts. Das Oberkriegsgericht schenkte wieder nur dem Karloske Glauben. Die Berufung des Matern wurde verworfen, das freisprechende Urteil erster Instanz gegen Steinfalt wurde aufgehoben und dieser zu einem Jahr sieben Monaten Gefängnis ver- urteilt, die er gegenwärtig in Spandau verbüßt. Dabei hat das Gericht — wie es in der Begründung hervorhebt — einen minder schweren Fall angenommen, weil Steinfalt nicht vorbestraft, von guter militärischer Führung und verheiratet sei.

Zwischen fehte Steinfalts Verteidiger, Dr. Jakobsohn-Lübeck, alle Hebel in Bewegung, neue Zeugen aussindig zu machen und ein Wiederaufnahmeverfahren zu erzwingen. Ein Ereignis, das sehr bezeichnend für den Zeugen Karloske ist, sahien ihm dabei zu Hilfe zu kommen. Im letzten Herbst wurde auf dem Hauptpostamt zu Lübeck einem Briefträger die Pelzerine gestohlen. Der vermiste Gegenstand wurde bei Karloske gefunden, der darauf kurzerhand entlassen wurde. Das Schöffengericht verurteilte ihn jedoch nicht wegen Diebstahl, sondern nur wegen Unterschlagung zu 100 Mark Geldstrafe. Dagegen legte Karloske Berufung ein, die am 17. d. M. vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Lübeck zur Ver- handlung kam. Selbstverständlich beantragte der Staatsanwalt Dr. Wenda Freisprechung des Karloske. Das Gericht verworf aber die Berufung, weil die Unterschlagung der Pelzerine festgestellt sei.

Dieser Tage hat sich nun das Reichsmilitärgericht mit dem Wiederaufnahmeverfahren des Auftragesprozesses beschäftigt und merkwürdigerweise den Antrag der Verteidigung abgelehnt. In der Begründung dieser Entscheidung heißt es: „Das rechtskräftige Urteil stütze sich auf die Zeugenaussagen des Unteroffiziers der Reserve Karloske, während den vom An- geklagten benannten Entlassungszeugen (42 an der Zahl, die sämtlich vereidigt wurden, D. V.) eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen wurde; einmal, weil sie den Angeklagten Steinfalt während der Vorkommnisse nicht ununterbrochen beobachtet haben konnten, und dann, weil auf ihnen selbst ein nicht unerheblicher Verdacht ruhte, sich an den Ausschreitungen gegen Karloske beteiligt zu haben. Die gegen Karloskes Persönlichkeit neuerdings entstandenen Bedenken sind zwar geeignet, dessen Glaubwürdigkeit ungenügend zu beeinflussen, allein bei dem negativen Ergebnis der sonstigen Beweisaufnahme vermag das Gericht diesem Umstande keine derartige Bedeutung beizulegen, daß die Unrichtigkeit von Karloskes den Steinfalt belastender Aussage festgestellt und die Feststellungen des Ober- kriegsgerichts nicht mehr aufrechtzuerhalten wären.“

Während nach Ansicht der Kommentatoren die neuen Tatsachen die Unzuverlässigkeit der bisher benutzten Beweismittel klarlegen, lassen die vorstehenden Gründe des aus vier Offizieren und nur drei Juristen zusammengesetzten höchsten Militärgerichts eine Auf- fassung erkennen, die in der vorliegenden, lebhaft an Essen er- innernden Art die Wiederaufnahme nahezu ausschließt. Trotzdem wird der von der Unschuld des in Spandau sitzenden Steinfalt über- zeugte Verteidiger den Kampf um die Wiederaufnahme fortsetzen.

Die Entrechtung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen beschlossen.

Was vorauszu sehen war, ist geschehen. Die bürgerlichen Par- teien haben tatsächlich geglaubt, es wagen zu dürfen, den Arbeitern die letzten Reste ihres Selbstverwaltungsrechtes zu entreißen.

Unsere Vertreter in der Reichsversicherungsordnungs-Kom-

mission wiesen auch heute wieder alle Gründe zurück, die die Herren Trimborn, Becker (Arnberg), Behrens, Graf v. Bestarp und Dr. Rugan für die Entrechtung anführten. Das kam aber gar nicht in Betracht: die Herren haben die Mehrheit und wollen sie gegen die Arbeiter ausüben. So wurde die Entrechtung der Arbeiter von den Konservativen, National- liberalen, dem Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung nach den Kompromißanträgen be- schlossen. Die Fortschrittler stimmten dagegen, weil ihnen der Wortlaut zu weit geht.

Bei der Spezialberatung traten die Sozialdemokraten dafür ein, daß die Befähigung des Kasseneamten, für den im Vorstände mehr als 1/2 der Mitglieder gestimmt haben, nicht aus Gründen verweigert werden darf, die sich auf die religiöse oder poli- tische Betätigung des Gewählten stützen. Auch diesen Antrag lehnten die Kompromißparteien ab!

Ebenso ging es den Sozialdemokraten mit dem Antrage, daß der Kasse die „Tatsachen“ mitgeteilt werden müssen, die die Ver- weigerung der Befähigung begründen sollen.

Einzig und allein der Antrag der Sozialdemokraten wurde an- genommen, daß über die Beschwerde gegen eine Verweigerung der Befähigung das Oberversicherungsamt unter Zuguhung der Ar- beitgeber- und Arbeitnehmervertreter verhandeln muß.

Wenn die Aufsichtsbehörde der Kasse einen Beamten aufzwingt, geschieht dies nach den Kompromißanträgen

auf Kosten der Kasse.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Aufsichtsbehörde nicht ein beliebig hohes Gehalt aus Kosten der Kasse dem ausgesetzten Beamten geben darf, sondern nur das Gehalt nach den hierfür vom Vorstand vorgeesehenen Befoldungssätzen. Ferner forderte ein Antrag der Sozialdemokraten, daß die endgültige Anstellung eines aufgezwungenen Beamten nicht erfolgen darf, wenn durch über- einstimmende Beschlüsse beider Gruppen im Vorstände Einspruch dagegen erhoben wird. Alle diese Anträge der Sozialdemokraten wurden von den Kompromißparteien abgelehnt.

Dienstordnung.

Für die Kasseneamten soll die Kasse eine Dienstordnung feststellen. In derselben können

Geldstrafen

bis zum Betrage eines einmonatigen Dienstlohnkommens ange- setzt werden. Die Sozialdemokraten forderten, daß überhaupt von Geld- strafen Abstand genommen, mindestens als Höchstbetrag das Gehalt für einen halben Monat ange- setzt wird. Der Antrag wurde ab- gelehnt.

Gegen den Mißbrauch.

Ferner wurde der Kompromißantrag angenommen: Angestellte, die ihre Stellung oder ihre Dienstgeschäfte zu einer religiösen oder politischen Betätigung mißbrauchen, hat der Vorsitzende des Vorstandes, nachdem ihnen Gelegenheit zur Reue gegeben worden ist, zu verwarnen und bei Wiederholung sofort zu ent- lassen. Die Entlassung bedarf der Genehmigung durch den Vor- sitzenden des Versicherungsamts. Eine religiöse oder politische Be- tätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und die Ausübung des Ver- einigungsrechts dürfen, soweit sie nicht gegen die Gesetze verstoßen, nicht gehindert werden und gelten an sich nicht als Gründe zur Kündigung oder Entlassung. Die Sozialdemokraten forderten, daß diese schwere Maßnahme nicht vom Vorsitzenden des Vorstandes allein, sondern vom Vorstande selbst verfügt werde. Diesen An- trag stimmten die Kompromißparteien wiederum nieder.

Nächste Sitzung morgen.

Unsere Bericht über die Sitzung am vorigen Freitag müssen wir dahin berichtigen, daß Abgeordneter Jol nicht gegen den Kinderzuschlag zur Invalidenrente gestimmt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. März 1911.

Turner, Arbeiter und Heeresverwaltung.

Aus dem Reichstage, 2. März. Die Weiterführung der Militärverwaltung erstreckte sich auch heute wieder über eine Fülle von Einzelheiten, unter denen zwei Fragen ein allgemeines Interesse beanspruchten. Die fortschrittliche Volkspartei hatte eine Resolution eingebracht, in der für die Turner eine besondere Begünstigung beim Militär ge- fordert wurde. Bei der Begründung sang der Abg. Müller- Reiningen der deutschen Turnerschaft ein lautes Loblied. Genosse Schöpflin stellte demgegenüber fest, daß die freie Turnerschaft der Arbeiter von den Behörden arg drangsaltert würde und daß die deutsche Turnerschaft sich allmählich zu einem patriotischen Hurraberein durchgemauert habe. Die Sozialdemokratie habe keinen Anlaß, eine solche Entwicklung noch mehr durch Zustimmung zu der Resolution zu fördern. Die Resolution wurde schließlich gegen die Stimmen der Fortschrittspartei abgelehnt.

Sehr eingehend waren dann die Debatten über die ver- schiedenen Resolutionen betreffs Regelung der Arbeits- verhältnisse in den Militärbetrieben und in solchen Be- trieben, die Aufträge durch die Militärverwaltung bekommen. Die Sozialdemokraten hatten ihre für die Marinebetriebe bereits angenommene Resolution auch hier gestellt. Vom Zentrum waren einige abschwächende Resolutionen eingebracht worden. Herr Schürmer (Z.) löste die Maske der Ar- beiterfreundlichkeit so weit, daß er der Regierung beifällige Worte wegen der Nichtanerkennung der freien Gewerkschaften; nur für die christlichen und sonstigen kapitalfreundlichen Arbeiter wünschte er die Anerkennung. Der konservative Junstmeister Pauli-Potsdam wollte nur die gelben Gewerkschaften in den Betrieben gelten lassen. Dagegen traten der Fortschrittler Potthoff und Genosse Böhle für die Anerkennung aller Gewerkschaften ein. Böhle geriet im Laufe seiner Ausführungen in einen Konflikt mit dem Kriegsminister, der aus den vorjährigen Dar- legungen Böhles über die Militärarbeiter in Straßburg entstanden ist. Damals hatte nämlich Böhle zur Sprache ge- bracht, daß diese Arbeiter sich über mangelhafte Löhne be- schwerten. Der Kriegsminister hatte danach eine von allen Arbeitern eines Betriebes unterschriebene Erklärung verlesen, in der sie ihre volle Zufriedenheit durch Unterschrift bezeugt hatten. Böhle erklärte nun, dieses Schriftstück habe gar keine Beweiskraft, da dessen Vorlegung durch Vorgesetzte zur Unterschrift auf einen Zwang herauskomme. Einige Arbeiter hätten ihm das ausdrücklich bestimmt. Der Kriegsminister donnerte nunmehr los, jene Arbeiter hätten ihre Aussage beschworen und des- halb laufe Böhles Behauptung darauf hinaus, daß er jene Arbeiter des Meineids bezichtigte. In einer persönlichen Bemerkung wendete sich Böhle entschieden gegen diese kriegsministerielle Debatte, da die Arbeiter überhaupt keine eidesstattliche Erklärung abgegeben hätten.

Dann wurde die Debatte auf Freitag verlag.

Schmutzige Wäsche.

Die Konservativen, die nicht genug in sittlicher Entrüstung über das angebliche Sinken des Niveaus des Unterparlaments durch die Sozialdemokratie zernähen können, haben am Donnerstag ihr möglichstes zur Verrohung des Tones getan.

Zur Beratung stand ein harmloser Titel des Handelsrats, der sich mit der Förderung des Handwerks befaßt. An sich sollte man glauben, daß eine Debatte darüber nicht aufregend sein, vor allem daß sie keinen politischen Charakter annehmen könnte. Die Erörterung wäre auch in aller Ruhe verlaufen, wenn nicht Herr Diederich Hahn das Bedürfnis empfunden hätte, eine Agitations- rede für den Bund der Landwirte an den Mann zu bringen, eine Rede dritter oder vierter Garnitur, wie sie selbst der unbekannteste Provinzredner des Bundes nicht schlechter hält. In den Reden des Herrn Dr. Hahn interessiert ja auch weniger der meist recht nichts- sagende Inhalt, als der Ton, den er anschlägt. Die Art, wie er nach allen Seiten hin Zensuren austeilt, wie er sich über die schwersten Probleme in einer so überhebenden Weise verbreitet, daß Uneingeweihte glauben könnten, er habe den Gipfel der Weis- heit und Gelehrsamkeit erklommen, die Dreistigkeit, mit der er frühere Parteifreunde schmätzt, mit Wahlniederlagen droht und so tut, als habe er die Mandate zum Reichstag und Landtag zu ver- geben — all das erinnert an ein bedenkliches Maß krankhaften Größenwahns. Wie immer, so wetteiferte er auch jetzt wieder gegen den Freihandel und verherzte in demselben Atemzuge die Laten der Konservativen zugunsten der Handwerker und die Reichsfinanz- reform, die bekanntlich das Handwerk aufs schwerste belastet. Ganz besonders verbittert ist er auf die Nationalliberalen, die ihm zu Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn Gassfreundschaft ge- währt, aber nachdem sie ihn erkannt hatten, ihm den Stuhl vor die Tür gesetzt haben.

Nichts erklärlicher, als daß die Nationalliberalen die Aus- führungen Hahns nicht unübersprochen ließen. Und da sich außer- dem auch die Herren Hammer, Rahardt und Stroffer an der Debatte beteiligten, und ihre schmutzige Wäsche vor der Öffentlichkeit wuschen, so bekam man allerlei recht interessante Dinge zu erfahren. So plauderte Dr. Hahn aus, daß der Bund der Land- wirte, der offen die Warenhäuser bekämpft, heimlich die Seider ein- steckt, die der „Deutsch-Landeszeitung“ aus Wertheimischen Annoncen zuzuflehen; daß ferner der selbe Bund, obwohl er angeblich für die Interessen des Mittelstandes eintritt, den Mittelstand dadurch schädigt, daß er allerbhand Waren — nicht etwa nur Kaff, sondern vor allem landwirtschaftliche Geräte, von den Maschinen herab bis zu einfachen Spaten — an seine Mitglieder verkauft. Herr Hammer bestritt mit einem großen Bündel von Personalakten die Rednertribüne und verriet, daß die konservative Fraktion über ihre Angehörigen sorgfältige Akten anlegt, in denen jedes Wort, das einen von ihnen mal entschläpft ist, fein säuberlich gebucht ist, um im Falle des Austritts aus der Fraktion als Waffe gegen den Abtrünnigen gebraucht zu werden. Der ehemalige Hospitant der Konservativen, Herr Rahardt, der jetzt unter den Freikonservativen sitzt und zum Hansjohann hält, bekam denn auch manches zu hören, was ihm nicht lieb sein dürfte. Wehe, wenn ein Mann wie Hammer aus der Schule plappert! Das hat er in reichlichem Maße unter Verwendung von Privatbriefen getan, und sein Busen- freund Stroffer kam ihm zu Hilfe und teilte lange zurück- liegende Privatgespräche der Öffentlichkeit mit. Warum war Herr Rahardt auch so unvorsichtig, sich seine Freunde nicht besser anzusehen? Nun muß er es büßen, und die „weiße Weste“, deren er sich rühmte, von der Herr Hammer freilich behauptet, daß sie zu Hause in der Kommode liegt, hat manchen Schmutzleck auszu- weisen. So ganz rein ist weder er, noch sein ehemaliger konser- vativer Bundesbruder. Jedenfalls wird uns die Debatte, in die auch Genosse Leinert eingriff, um das gemeinjährliche Treiben des Bundes der Landwirte namentlich in der Provinz Hannover zu schildern, eventuelle Waffen für unsere Agitation liefern.

Nach diesem Intermezzo wurde der Rest des Handelsrats be- willigt. Zu einer etwas lebhafteren Auseinandersetzung kam es nur noch bei dem Titel „Rechtsberatung“, bei dem Leinert die Gewerkschaften in würdiger Weise gegen die Angriffe der Regie- rung und der Parteien verteidigte und ihre gemeinnützige Tätigkeit im Interesse der Rechtsuchenden in Gegensatz zu den behördlich ge- förderten Rechtsauskunftstellen setzte, die die gewerkschaftlichen Organisationen bekämpfen sollen.

Freitag: Etat der Bauverwaltung.

Der Kriegsminister berichtet.

Der Kriegsminister von Heeringen schickt uns folgende Berichtung:

In dem Leitartikel der Nr. 46 des „Vorwärts“ vom 23. Fe- bruar 1911, überschrieben:

„Reichsfinanzen und Militarismus“,

sind folgende Sätze enthalten:

„Die neue Militärvorlage ist ein Schulbeispiel, wie der Militarismus wirtschaftet. Nach der amtlichen Vorlage kostet die neue Heeresvermehrung 104 Millionen Mark, nach den Berechnungen, die dem Referenten der Budgetkommission vor- gelegt werden mußten, belaufen sich die Kosten auf 141 Mil- lionen. Die Heeresverwaltung war sich darüber von allem An- fang an klar, trotzdem ließ sie die Öffentlichkeit in dem Wahn, daß die Vorlage „nur“ 104 Millionen Kosten verur- sache.“

Die Redaktion wird auf Grund des § 11 des Reichspress- gesetzes ersucht, in der nach Empfang dieser Einsendung nächst- folgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer des „Vorwärts“ folgende Berichtung aufzunehmen:

Daß die Reformationen des Quinquennats 104 Millionen Mark Kosten verursachen würden, ist in dem Entwurf eines Friedenspräsenzgesetzes nirgends behauptet. Es ist in der An- lage 2 zum Gesetz vielmehr ausgeführt, daß die Durchführung des Gesetzes, 21,8 Millionen fortbauender — also im Höchst- betrage — und 82,4 Millionen einmaliger Ausgaben erfordert.

Daß die fortbauenden Ausgaben, die die Reforma- tionen des Jahres 1911 erfordern, auch in den Jahren 1912—1915 (und später) immer wieder von neuem aufzubringen sind, ist selbstverständlich. Ebenso kehren die fortbauern- den Ausgaben für die 1912 eventuell zu errichtenden Re- formationen in den Jahren 1913—1915 (und später) wieder.

Die Summe von 141 Millionen, die in der Budgetkom- mission genannt wurde, stellt einen ungefähren Vorschlag der Gesamtausgabe für die Jahre 1911—1915 dar. Dabei sind naturgemäß die fortbauenden Ausgaben des Jahres 1911 fünf- mal, die voraussichtlich für 1912 entstehenden viermal usw. in An- schlag gebracht und dann den einmaligen Ausgaben (82,4 Mil- lionen) hinzugezählt.

In der Anlage zum Gesetz konnte aber dieser Gesamtbetrag nicht berechnet werden, weil er von der Verteilung der Reu- bilanzen auf die einzelnen Etatsjahre abhängt, die im § 3 des Gesetzes den gesetzgebenden Körperschaften vorbehalten ist.

Daß von einer Irreführung der Öffentlichkeit durch die Heeresverwaltung daher gar nicht die Rede sein kann, haben übrigens nicht nur die Regierungsvertreter in der Budgetkom- mission, sondern auch der Vorsitzende dieser Kommission in der 60. Sitzung ausdrücklich festgestellt.

von Heeringen.

Denn der Herr Kriegsminister behauptet, daß es auf eine Irreführung nicht abgesehen sei, so können wir, da

Wir ja keine Gedankenleser sind, natürlich die Absichten der Seeresverwaltung nicht beurteilen. Tatsache jedoch ist, daß durch die Berechnung die Öffentlichkeit tatsächlich irregeführt worden ist. Allgemein wurde der Betrag von 104 Millionen Mark als der Gesamtbetrag für die Seeresvermehrung angesehen, da man eben übersehen hatte, daß fortbauende Ausgaben gerade deshalb fortbauende Ausgaben sind, weil sie, wenn auch nicht in der vollen Höhe, in sämtlichen fünf Jahren wiederkehren. Beiläufig bemerkt, hatte die Redaktion des „Vorwärts“ diesen Irrtum sofort nach der Veröffentlichung des Friedenspräsenzgesetzes wahrgenommen und einen parlamentarischen Mitarbeiter ersucht, in einer allgemeinen Arbeit über das Wachstum der Seeresausgaben auch die Tatsache festzustellen, daß die 104 Millionen Mark keineswegs die vollen Kosten des Quinquennats darstellten. Die Veröffentlichung dieses Artikels verzögerte sich umständehalber derartig, daß inzwischen in der Kommission durch das Ungeschehen eines konservativen Abgeordneten die Wahrheit an den Tag kam und namentlich die voraussichtliche Kostensumme von 141 Millionen Mark bekannt wurde. Dabei stellte sich auch die sensationelle Tatsache heraus, daß in jener Kommissionssitzung vom 8. Februar auch der Schatzsekretär Wermuth erklärte, von der nunmehr vorliegenden wirklichen Bedarfssumme keine Ahnung gehabt zu haben. Das Schatzamt habe sich lediglich an die Zahlen des Entwurfs gehalten und halten müssen. So war selbst der Reichsschatzsekretär durch die falsche Bedarfssumme des Kriegsministers getäuscht worden! Der Vorfall beweist eben wieder, wie sehr man der Regierung auf die Fingern zu sehen gezwungen ist, falls die Öffentlichkeit nicht das Opfer größtmöglicher Täuschungen werden soll.

Aus dem Bundesrat.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Antrage Baherns, betreffend die Prägung von weiteren Denkmünzen aus Anlaß der Feier des 90. Geburtstages Seiner königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold, des Königreichs Bayern Verwesers, sowie dem Antrage Württembergs, betreffend die Prägung von Denkmünzen aus Anlaß der Feier der Silberhochzeit Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Württemberg zugestimmt. Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Tagelöhner, die Fuhrkosten und die Umzugskosten der Kolonialbeamten, der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Patentausführungszwang und die Vorlage betreffend die Berechnung der Patentalbeiträge zum Etat für das Rechnungsjahr 1911 gelangten zur Annahme.

Die Affäre Jagow-Durieux.

Die von einigen Blättern angeführten Enthüllungen der Halbmonatschrift „Pan“ über die sogenannte „Affäre Jagow-Durieux“ sind heute erschienen. Sie bestehen in einem von Herrn Alfred Herr an Herrn von Jagow gerichteten ironischen Brief, der jedoch nichts anderes enthält, als die bereits gestern von uns wiedergegebenen Mitteilungen der „Frank. Zig.“. Von einigen Interessierten ist lediglich der Wortlaut des von dem Berliner Polizeipräsidenten an Frau Durieux, der Gattin des „Pan“-Verlegers Paul Cassirer, gerichteten Briefes. Er lautet:

Alexanderplatz 6.

Verehrte gnädige Frau!

Da ich die Theatergenur anzuhören habe, hätte ich gern auch persönliche Mitteilung mit Schauspielereisen. Es wäre mir Freude, unser heutiges Gespräch fortzusetzen. Würde Ihnen mein Besuch genehm sein? etwa Sonntag 1/5 17?

Außerdem richtet Herr Herr an den Polizeipräsidenten die Anfrage, ob er wisse, welcher Jagow es gewesen sei, der vor langer Zeit einem vernehmenden Amtsrichter roh ins Gesicht geschlagen habe und dafür vierzehn Tage Gefängnis erhielt, die ihm aber in Gnade erlassen worden wären.

Auf diese Anfrage liegt bereits eine Antwort vor. Die Redaktion des „Berliner Tageblatt“ hat sich mit der ihr eigenen Fügigkeit sofort an das Polizeipräsidium gewandt und um Befreiung gebeten, was der Herr Polizeipräsident auf diese Anfrage Herrs zu antworten habe. Sie erhielt die Antwort, daß der Berliner Polizeipräsident v. Jagow niemals einem Amtsrichter oder einer anderen Person ins Gesicht geschlagen habe und nie wegen eines solchen oder eines ähnlichen Vergehens verurteilt worden sei.

Gleichzeitig läßt Herr v. Jagow erklären, daß er gar nicht daran denke, seinen Abschied zu nehmen. Es handele sich um eine Angelegenheit, die anscheinend absichtlich auf politisches Gebiet hinübergeleitet worden sei. Tatsache sei, daß Herr v. Jagow in dem an Frau Durieux, das herbortragende Mitglied des „Deutschen Theaters“ gerichteten Briefe darum gebeten habe, ihr Antwortschreiben mit dem Vermerk „Eigenthändig“ zu versehen. Für jemanden, der den Geschäftsgang im Polizeipräsidium nicht kenne, sei die Annahme wohl sehr nabeliegend, es sei damit eine Heimlichkeit verbunden. In der im Präsidium gefällten Prozedur sei aber der Vermerk „Eigenthändig“ üblich und werde stets gebraucht, um dem Empfänger auf direktem Wege unter Umgehung der vielen Bureauinstanzen die Postsendung zukommen zu lassen. Verständlicher erscheine diese gewisse Prozedur, wenn man berücksichtigt, daß auf dem Präsidium täglich 25 000 „Eingänge“ zu verzeichnen seien.

Interessant ist nebenbei, daß in derselben Nummer des „Pan“, in der Herr Alfred Herr vom Leder zieht, der Verleger Paul Cassirer folgende Erklärung erläßt:

Ich habe bis zum letzten Moment nicht die Hoffnung aufgegeben, meine Freunde zu überreden, von der Veröffentlichung des Artikels gegen den Herrn Polizeipräsidenten v. Jagow im „Pan“ Abstand zu nehmen. Denn es widerspricht mir aufs äußerste, eine Angelegenheit, in die meine Frau und ich verwickelt sind, öffentlich zu behandeln. Da in den Verträgen des „Pan“ mir kein Vetorecht zusteht, wor ich entschlossen, im letzten Augenblick aus der Zeitschrift „Pan“ als Herausgeber und Verleger auszuscheiden.

Die Erklärung des Herrn v. Jagow im „Lokal-Anz.“: „Was der „Pan“ gegen mich verfaßt hat, ist mir gleichgültig. Will er sich über die Handhabung der Zensur beschweren, so möge er den Instanzenweg beschreiten“ zwingt mich, ihm auf das politische Gebiet zu folgen und meine politischen Freunde gewähren zu lassen. Paul Cassirer.

Der letzte Satz ist nicht recht verständlich. Er kann leicht so gedeutet werden, daß Herr Cassirer dem Herrn von Jagow, falls dieser seine Ansichten über die Zensur geändert hätte, nicht auf das sogenannte politische Gebiet gefolgt wäre.

Uebrigens erhält dadurch, daß Herr Cassirer den sogenannten „außergesellschaftlichen Annäherungsversuch“ als eine politische Angelegenheit bezeichnet, dieser Versuch keineswegs politische Bedeutung; er bleibt vorerst eine reine Privatangelegenheit der Beteiligten. Die gewöhnlich findet jedoch auch diesmal wieder Herr v. Jagow gute Freunde, die sofort, ohne die Dinge zu kennen, seine Verteidigung übernehmen zu müssen glauben, und zwar in einer Weise, die geeignet ist, die ganze Sache für Herrn v. Jagow sehr blamabel zu gestalten. So schreibt z. B. die Post:

„Die ganze „Affäre Jagow“ dürfte schließlich auf eine raffinierte Kesseltanz des „Pan“ auslaufen, der auf diese Weise im Publikum bekannter zu werden hofft. Kesseltanz und Geschicklichkeit, das sind die Hauptfaktoren, mit denen Herr und die gleichgesinnte Presse gegen den Polizeipräsidenten zu Werke gehen. Aber — wohl ihm, Er darf dem Insturum stolzen Hauptes entgegenstehen.“

Aus dem Bande der Viesterfelder.

Im Fürstentum Lippe macht der „Gang der Geschicklichkeit“ dem Fürsten und der Regierung schwere Sorgen. Seit 1898 besteht ein Gesetz, wonach der Ruhmherber des lippischen Domaniums — eben der Fürst zur Lippe — verpflichtet ist, 10 Prozent zu allen Mehraufwendungen beizutragen, die der lippische Staat für seine Beamten machen muß. Das Gesetz kam in dem Augenblick zustande, als der eben erst als Regent eingesehete Graf Viesterfeld vom Landtage die Genehmigung zweier Vorlagen forderte, durch die die Dotation des Regenten erhöht und der älteste Sohn des Grafen sein Nachfolger in der Regenschaft werden sollte. Der Schwager Wilhelms II., Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe, bezog „nur“ 250 000 M. Dotation; damit aber glaubte der Viesterfelder Graf nicht auskommen zu können. Der Landtag tat ihm den Gefallen, verlangte aber ein Ausgleichsobjekt, und so kam jener „Handel“ — wie die Sache genannt wurde — zustande: der Regent hatte die Anweisung auf den ganzen Ertrag des Hausgutes und das Gesetz über die Nachfolge seines Sohnes in der Regenschaft; der Landtag dagegen das sogenannte „Zehnprozentgesetz“ in der Tasche. Es dauerte nicht lange, bis dem Regenten die Folgen des „Handels“ unbehaglich wurden — in Selbsthahn hört bekanntlich die Gemütslichkeit auf — und als vor zwei Jahren ein neues Volksschulgesetz vorgelegt war, da erklärte die Regierung rund heraus, daß die von unseren Genossen beantragte Herabsetzung der auf einen Lehrer entfallenden Schülerzahl von 120 auf 100 nicht möglich sei, weil der Fürst die materiellen Folgen nicht zu tragen vermöge. Nebenbei gesagt: es handelte sich nur um ein paar tausend Mark im Jahr. Jetzt ist die Regierung mit einer Vorlage an den Landtag herantreten, durch die das Gesetz von 1898 beseitigt und die Bezüge des Fürsten auf eine neue Grundlage gestellt werden sollen. Es wird vorgeschlagen:

Dem Lande eine feste Rente von 125 000 M. jährlich aus den Erträgen des Domaniums sicher zu stellen, daneben ein Viertel des 500 000 M. übersteigenden Ueberflusses. Der Fürst dagegen soll die Verwaltung des Domaniums behalten, eine halbe Million jährlich daraus sozuzulagen garantiert erhalten und an dem erwähnten Ueberflusse zu drei Vierteln teilnehmen.

Bisher bezog das Land aus dem Domanialertrage jährlich bis zu 115 000 M. Der Landtag hat bereits eine vertrauliche Besprechung abgehalten.

Dieser Vorgang ist wieder ein bezeichnendes Beispiel für den eigentlich unglaublichen Zustand, daß in einer ganzen Reihe deutscher Städtchen die materiellen Beziehungen gekrönter Häupter zu einem schweren Geminnis der kulturellen Entwicklung geworden sind und immer mehr werden.

Der Kronzeuge des preussischen Kriegsministers.

Am Dienstag erklärte der preussische Kriegsminister auf eine Anfrage des Abgeordneten Stülken, als Verbreiter der antimilitaristischen Flugblätter in Baden komme ein gewisser Herr aus Weiler in Baden in Frage. Dieser Herr (das ist der richtige Name) ist keineswegs ein sanftmütiger Anarchist, sondern kann eher als Zentrumshänger bezeichnet werden. Er stammt aus der Heilbronner Gegend. Sein Vater gilt als Zentrumsmann. Der Sohn ist ein mehrfach vorbestrafter Mensch, der unter anderem wegen Vergehens gegen den § 175 und einer in Verbindung damit begangenen Erpressung unter Anklage gestanden hat. Er gehört weder seiner Berufsgewerkschaft (Maurer) an, noch ist er Leiter der sozialdemokratischen oder anarchistischen Presse. Wenn er jene Flugblätter mit dem wahnwichtigen Inhalt verbreitet hat, ist er wahrscheinlich für die Verbreitung bezahlt worden, so daß die Vermutung, es handle sich um erbärmliche Lockspitzerei, neuen Boden gewinnt.

Heil sieht übrigens seit Neujahr in Untersuchungshaft.

Herbsttagung des Reichstags.

Die „Mleinisch-Westfälische Zeitung“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß der Reichstanzler sich in der Tat mit dem Gedanken trägt, den Reichstag im Herbst noch einmal zu einer kurzen Tagung einzuberufen. Wegen einer solche Herbsttagung würde auch die größte Fraktion des Reichstages, das Zentrum, nichts einzuwenden haben. Bestätigung finde auch, daß sich die Reichskammer für eine Herbstsitzung des Reichstages bereits eingerichtet haben. Die Verwirklichung des Planes hängt nur von der Möglichkeit, die Abgeordneten lange genug beisammen zu halten, ab.

Das Wahlprogramm der Festbesoldeten.

Der Bund der Festbesoldeten hat sein Wahlprogramm formuliert. Nach der Erklärung, der Bund bilde keine selbständige politische Partei und wolle sich auch auf keine bestimmte politische Partei stellen, werden unter anderem folgende Forderungen aufgestellt:

Sicherstellung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten; reichsgesetzliche Regelung des Beamtenrechts; ein Staatsgerichtshof als Schiedsgericht in Disziplinarfällen; Aufhebung der geheimen Personalakten; freie und unabhängige Beamtenauschüsse; Abschaffung der Arreststrafen für die unteren Beamten; staatliche Pensionsversicherung für Privatbeamte und Befreiung der Konkurrenzklause; Einleitung einer gerechten Steuerpolitik (progressive Besteuerung unter schärferer Heranziehung der größeren Einkommen und Vermögen, Revision des Einkommens- und Veranlagungsverfahrens, Erweiterung der Reichserbschaftsteuer, Einschränkung der indirekten Steuern auf das unerläßliche Mindestmaß.)

Diese Programmforderungen sollen bei den Reichstagswahlen jedem bürgerlichen Kandidaten mit der Frage unterbreitet werden, ob er im Falle seiner Wahl für sie einzutreten bereit sei.

Landtagswahlwahl in Viesfeld.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis erhielt bei der Landtagswahl für den am 9. Januar d. J. verstorbenen Landtagsabgeordneten Meier (kons., 2. Minden) der konservative Kandidat Watermeister Lieneweg 454 Stimmen, der national-liberale Kandidat Conje 208 Stimmen. Lieneweg ist somit gewählt.

Ein Rekrutenhinder vor dem Oberkriegsgericht.

Ein Gefreiter, dem seine Charge arg zu Kopfe gestiegen war, ist der Gefreite Klippel vom dritten Jägerregiment zu Werde in Colmar (Elsass). Er wurde eines Nachts, als er Stallsposienblens hatte, auf Befehl des dem Stall revidierenden Sergeanten, der den Stall nicht in Ordnung fand, die beiden vorigen Posten, Fink und Galbde, damit sie das Verläumt nachholen sollten, mit Hand und Fuß gefaßt. Der Gefreite Klippel wurde in einem Wägelchen, so daß der Regt zwei Tage später bei der Monatsrevision noch rot und blutunterlaufenen Stellen auf Hüden und Armen feststellte. Das Kriegsgericht Colmar verurteilte den Gefreiten deshalb zu 50 Tagen Gefängnis. Das Oberkriegsgericht in

Stralsunde hob am 24. Februar das Urteil jedoch auf und er-mäßigte die Strafe auf zusammen 30 Tage Mittelarrest. Aus der Verhandlung ist bemerkenswert die Feststellung, daß der Wirtmeister Hammacher in der Schwadron zum Schutze der Rekruten vor Mißhandlungen die Rekruten auf Straße und Stall getrennt von den „alten Leuten“ hielt.

Die ausgerichtete Säbelscheide des dienstfertigen Leutnants.

Am 20. Januar d. J. mußte eine Abteilung Soldaten unter Aufsicht des Leutnants von Toppelkirch (Regiment „Hamburg“) nachgerücken. Welcher Art Leutnant nachgerückt gewesen ist, geht daraus hervor, daß der Leutnant neben einem Soldaten, der nicht schnell genug gelaufen sein soll, herließ und ihm „Er-munterungen“ zuteil werden ließ. Nach der Behauptung des Soldaten, die auch von anderen Kameraden unterstützt wird, soll der Offizier den müden und matten, nach der Meinung der letzteren aber „schlapp“ gewordenen Untergebenen mit der Säbelscheide gegen die Stirn gestoßen haben. Unausgelöst bleibt ein Stoß von hinten und die dadurch verursachte „Vorwärtsbewegung“, die „Viesfeld“ durch die Erschütterung durch das Kochgeschirr entstanden sein könne. Der Angeklagte erklärt, die Säbelscheide sei unabsichtlich in der Richtung des Soldaten ausgerichtet. Antrag: zwei Tage Stubenarrest. Urteil: Drei Tage Stubenarrest, da unvorschriftsmäßige Behandlung unter Mißbrauch der Waffe vorliegt. Der Offizier nahm die „Strafe“ an.

„Putativ-Notwehr.“

Vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps wurde am Mittwoch der Kanonier Kanopla wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft zu drei Wochen strengen Arrestes verurteilt und der Unteroffizier Otto von der Anklage wegen vorwärts-widriger Behandlung freigesprochen. Kanopla soll einem wiederholten Befehl Ottos keine Folge geleistet haben, sondern sich in drohender Haltung — mit geballten Fäusten — vor Otto aufgestellt haben, der dann Kanopla einen solchen Stoß versetzte, daß er taumelte. Das Gericht schenkte der Behauptung Ottos, er habe „bestärkt“ müssen, daß sich der erregte Kanopla auf ihn stützen werde, Glauben, und erkannte wegen „Putativnotwehr“ gegen den stehenden Unteroffizier auf Freisprechung.

Frankreich.

Das neue Ministerium.

Paris, 2. März. Das Kabinett setzt sich endgültig wie folgt zusammen: Voritz und Jumeres Ronis. Justiz Antoine Perrier, Außerer Cruppi, Krieg Bertheaux, Marine Delcassé, Finanzen Caillaux, Unterricht Steeg, Öffentliche Arbeiten Dumont, Handel Raffé, Ackerbau Pams, Kolonien Messimy, Arbeit und soziale Fürsorge Paul Boncour.

Gestern abend hatte Ronis mit seinen Mitarbeitern eine Besprechung; der Meinungs-austausch ergab eine vollständige Uebereinstimmung in den großen Richtlinien des Programms, das dem Parlament unterbreitet werden wird.

Das neue Ministerium ist ein Ministerium der Konzentration nach links. Es stellt den Versuch der Radikalen dar, mit ihrem Programm ernst zu machen und die versprochenen Reformen, Proportionalwahl, Einkommensteuer, Verwirklichung der Schule, Altersversicherung endlich zu verwirklichen; die Verfolgung der Arbeiter soll aufhören. Man wird abwarten müssen, ob das Ministerium seine guten Absichten auch wirklich ausführen wird. Ein erfreuliches Zeichen ist es jedenfalls, daß das Kabinett keine Neugaten aufweist.

Streikunruhen.

Paris, 2. März. In Bignaux bei Corbeil, schon oft ein Schauplatz blutiger Arbeiterausstände, legten hundert Steinbrucharbeiter die Arbeit nieder und zwangen (7), teilweise durch Drohungen und Mißhandlungen, an tausend Erdarbeiter sich ihnen anzuschließen. Zur Wiederherstellung der Ordnung ist ein starkes Gendarmereiaufgebot nach Bignaux entsandt worden.

Portugal.

Der verbotene Hirtenbrief.

Lissabon, 2. März. Justizminister Alfonso Costa hat dem Ministerrat Mahregal vorgeschlagen, um die Pfarren zu verhindern, während der Messe den Hirtenbrief der Bischöfe zu verlesen. Die Maßnahmen sind von dem Ministerrat gebilligt worden. Die Verlesung des Hirtenbriefes wird als Vergehen gegen die Zivilgewalt angesehen, weil ihr die vorgängige Erlaubnis der Behörden fehlt.

Rußland.

Die Studentenbewegung und die Sozialdemokratie.

Die in Paris erscheinende „Arbeiterzeitung“ teilt folgende interessanten Einzelheiten über die Studentenbewegung in Petersburg mit: Fast in sämtlichen Hochschulen haben sich unter den Studierenden sozialdemokratische Fraktionen gebildet. Die Leitung liegt überall in den Händen der Sozialdemokraten, ausgenommen das Berginstitut und das Polytechnikum, wo die Sozialrevolutionäre das Uebergewicht haben. Der Kampf in den Hochschulen Petersburg wird von dem Koalitionsrat geleitet, in welchem sämtliche Hochschulen vertreten sind. Die liberalen (kadettischen) Studenten hielten sich anfangs abseits oder bekämpften die Bewegung, endlich beschloßen sie aber, sich den „Linsen“ anzuschließen und erhielten auch Sitz und Stimme in dem Koalitionsrat und dem Präsidium desselben. Die Stimmung unter den Studenten ist eine äußerst gehobene.

Die Studentenbewegung.

Petersburg, 1. März. Reichsduma. In der heutigen Abend-sitzung, die bei Karl befehltem Pause und überfüllten Tribünen eröffnet wurde und einen sehr erregten Verlauf nahm, gelangten die Interpellationen über die Vorgänge an den Hochschulen zur Besprechung. Der Referent für die erste von der Rechten eingebrachten Resolution, Oktobrist Lenischew, machte die Professoren für den größten Teil der ungeschicklichen Handlungen an den Universitäten verantwortlich, da sie die für das Reich geltenden Universitätsgesetze und Statuten verlegten. Er sprach sich für Annahme der Interpellationen aus, da Enthüllungen auf diesem Gebiete nur denen gefährlich werden könnten, die die Jugend aufreizen, um sie für ihre eigenen revolutionären Absichten zu mißbrauchen. Je eher der Jugend die Augen geöffnet würden, um so besser sei es für die Jugend wie für die Wohlfahrt und Würde des großen russischen Reiches.

China.

Gegen Rußland.

Petersburg, 2. März. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Tokio: 1200 in Tokio lebende chinesische Studenten haben beim chinesischen Konsul in Tokio Protest eingelegt gegen die Schwäche der Regierung, welche durch ihre Nachgiebigkeit gegenüber Rußland die Nation erniedrige. Zum Zweck der antirussischen Propaganda in China und Europa sind 18 000 Yen gesammelt worden.

Gewerkschaftliches.

Großindustrielle als Zwischenhändler für Streikbrechervermittlung.

Der Zufall hat uns einige sehr interessante Schriftstücke zugewandt, die beweisen, wie Großindustrielle den Streikbrechervermittlungsgeschäften gewissermaßen Zwischenhändlerdienste leisten. Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft scheint sich dieser edlen Aufgabe besonders zu widmen und auch in Unternehmerrreisen als Helferin für die Streikbrechervermittlung bekannt zu sein.

In der Gasanstalt in Zwickau bereitete sich eine Lohnbewegung vor. Die Direktion schrieb daher in ihrer Verdrängnis an die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Berlin:

Von Herrn Steuermann, dem jetzigen Inhaber der Gasanstalt Merane wird mitgeteilt, daß Sie ihm während des Streiks dort die Vermittlung von Arbeitskräften angedeutet haben. Wahrscheinlich kommen wir, da schon eine Lohnbewegung im Gange ist, in eine ähnliche Lage. Wir gestatten uns daher die Anfrage, ob auch wir Sie bitten dürfen, uns vorübergehend Hilfe zu leisten.

Einem recht baldigen Bescheid sehen wir mit Spannung entgegen.
Hochachtungsvoll

Gasanstalt Zwickau.
Darauf antwortete die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft:

In Erledigung Ihres Schreibens vom 8. d. M. drückten wir Ihnen soeben:

„Unternehmer Heßberg, Hamburg 19, Einsbütler Chaussee 41, stellt auf Wunsch jede gewünschte Arbeiterzahl. Wir haben ihn heute benachrichtigt.“

Die Firma Heßberg ist uns für Lieferung von Streikbrechern bekannt und hat mit Erfolg bei Gasarbeiterstreik, speziell Hamburg, Kiel, Mailand und Hildesheim und an anderen Plätzen mit Erfolg eingegriffen. Die Leute, welche Herr Heßberg stellt, sind für den Gasanstaltsbetrieb recht geeignet.

Es wird uns freuen, Ihnen hiermit gedient zu haben.
Hochachtungsvoll

Berlin-Anhaltische Maschinenbau A.G.

In ähnlicher Weise ist auch das Gaswerk München am Samstag herangetreten, auch das ist an Heßberg verwiesen worden.

Berlin und Umgegend.

Eine Lohnbewegung der Schilderannmacher wurde am Mittwoch durch eine stark besuchte Versammlung der Arbeiter dieser Branche beschloffen. Nach einer vom Transportarbeiterverband veranstalteten Erhebung sind als Schilderannmacher beziehungsweise Helfer 140-160 Personen beschäftigt, von denen etwa 120 organisiert sind. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind sehr verschieden. Bei den Annahmern schwanken die Stundenlöhne zwischen 45-75 Pf. und die Wochenlöhne zwischen 28 und 40 M. Am meisten kommen Stundenlöhne von 60 Pf. und Wochenlöhne von 30 M. vor. Bei den Helfern bewegen sich die Stundenlöhne von 45-55 Pf., die Wochenlöhne von 18-27 M. Ueberstunden werden häufig gemacht, aber nur einem Teil der Arbeiter mit einem Zuschlag vergütet. — Das Ziel der Lohnbewegung ist einheitliche Gestaltung der Löhne durch Abschluß eines Tarifvertrages. Ein von der Organisation aufgestellter Vertragsentwurf ist den Unternehmern zugestellt worden. In der Hauptsache wird gefordert: neunstündige Arbeitszeit, ein Mindeststundenlohn von 65 Pf. für selbstständige Annahmer und 55 Pf. für Helfer. Bei Ausbittelsarbeiten soll ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde gewährt werden. Ueberstunden, wenn solche notwendig sind, sollen mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Bei auswärtigen Arbeiten soll ein Zuschlag von 2 M. pro Tag, wenn Uebernachten notwendig ist, 4,50 M. bezahlt werden. — Wenn Arbeiter aussetzen sollen, muß es ihnen am Tage vorher gesagt werden. Angefangene Arbeitstage sind nicht durch Aussetzen zu unterbrechen, sondern müssen voll bezahlt werden. — Etagenarbeiten auf Leitern dürfen nur bis zur Fußbodenhöhe der dritten Etage verlangt werden. Darüber hinaus sind Klüftungen zu stellen. — Der Tarif soll auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Bei Zustimmung des Tarifs sind die Unternehmer ersucht worden, sich bis Sonnabend, den 4. März, über Annahme oder Ablehnung desselben zu entscheiden. In den Betrieben, wo der Tarif nicht bewilligt werden sollte, wird am Sonnabendabend die Arbeit niedergelegt. Vom Montag ab beginnt die Streikkontrolle durch den Transportarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Die Einigungsverhandlungen im Leipziger Kürschnergewerbe sind gescheitert.

In den am Donnerstag vor dem Leipziger Gewerbegericht stattgefundenen Einigungsverhandlungen kam es zu keiner Verständigung zwischen Arbeitervertretern und Unternehmervertretern. In den Verhandlungen am 21. Februar hatten sich die Unternehmer erbaten, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Die Kürschner forderten nun, daß die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in dem neuen Tarifvertrag mit bedacht werden sollen, damit deren unhaltbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgehoben werden. Die Unternehmer weigerten sich ganz entschieden, dieser Forderung stattzugeben und so scheiterten denn die Verhandlungen an den Unternehmern, die den Kampf freivol vom Zaune gebrochen haben. Zugang ist weiterhin fernzuhalten.

Zwei Aufrufe.

Am 28. November vorigen Jahres legte die Belegschaft der Zeche Lufas bei Dortmund, infolge unerhörter und unwürdiger Behandlung der Arbeiter durch die Zeche, die Arbeit nieder. Wurden doch allein an zwei Tagen 312,50 M. an Strafen verhängt und fast ausschließlich für Verfehlungen für die der Betriebsverwaltung bezw. den Angestellten — nicht den Arbeiter — die Schuld aufgebürdet werden muß. Diese Bestrafungen brachen die Geduld der Arbeiter. Sie legten die Arbeit nieder. Wenn nun auch die Belegschaft nicht die Organisationen vorher von dem Streik verständigt hatten, so haben doch der alte Bergarbeiterverband, der Gewerksverein S.-D. Richtung und die Polnische Berufsvereinigung die Leitung des Streiks in die Hand genommen, die Verhandlungen geführt, bezw. ihre Mitglieder unterstützt. Nach stütziger Dauer wurde der Streik auf Grund der Zusagen der Ortsverwaltung beendet. Der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter lehnte, trotzdem auch christliche Arbeiter am Streik beteiligt waren, eine Mitwirkung am Streik ab. Die Begründung hierfür legte der christliche Gewerksverein in folgender Erklärung bezw. Aufruf nieder:

1. Die Belegschaftsmitglieder, welche dem Gewerksverein angehören, haben sich den Bestimmungen des Statuts und des Streikreglements entsprechend zu verhalten. Seldige bestimmen, daß die statutarische Streikunterstützung nur den Mitgliedern gewährt werden kann, welche mit Genehmigung des Zentralverbandes in den Streik eintreten.

2. Der Zentralverband gibt zu dem Streik auf Zeche Lufas keine Genehmigung, weil die Belegschaft unter Disziplinbruch in der Streik eingetreten ist.

3. Wir fordern die Einzelmitglieder des Gewerksvereins, die mit in den Streik eingetreten sind, auf, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen. Wer nicht sofort die Arbeit wieder aufnimmt, wird aus dem Gewerksverein ausgeschlossen.

4. Der Zentralverband des Gewerksvereins erkennt die von anderen Organisationen über Zeche Lufas verhängte Sperre nicht an und stellt es den Gewerksvereinsmitgliedern frei, dort Arbeit aufzunehmen. Der Gewerksverein wird seine Mitglieder, die auf Zeche Lufas arbeiten, gegen Uebergriffe zu schützen wissen.“

Der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter ließ nicht nur die Streikenden im Stich, sondern proklamierte auch den Streikbruch. Und was noch schlimmer ist, er forderte Arbeiter anderer Gruben auf, auf Lufas in Arbeit zu treten! Wir konstatieren hier, daß die Belegschaft Fragen der Organisation nicht erörtert hatte, also über irgend eine Nichtanerkennung der Organisation nicht zu streiten war. Es handelt sich darum um nackten Streikbruch des christlichen Gewerksvereins, den nicht einmal die streikenden christlichen Arbeiter guthießen. Sie streikten weiter mit, trotz der Erklärung ihrer Leitung.

Inzwischen brach auch auf weiter unten genannten Gruben im Sauerland ein Streik aus, der gemeinschaftlich von dem Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter Richtung und dem christlichen Gewerksverein eingeleitet wurde und heute noch geführt wird. Die bestreikte Grubenverwaltung sucht nun Streikbrecher von außerhalb heranzuziehen, so auch aus dem Ruhrbezirk. Es bedurfte nur einer Mitteilung bezw. Kenntnisnahme von dem Vorhaben der Sauerländischen Grubenverwaltung, um den Vorstand des Bergarbeiterverbandes zu veranlassen, sofort folgenden Aufruf an die Bergarbeiter zu richten:

„Zur Bergarbeiterbewegung!“

Achtung! Bergarbeiterstreik! Achtung! Auf den Erzbergwerken „Sicilie“ und „Sachleben“ in Meggen (Sauerland) sind am 1. Februar 97 Proz. der unterirdisch beschäftigten Bergleute wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Der Streik wird von dem Christlichen Bergarbeiter- und christlichen Gewerksverein geführt.

Gewissenlose Agenten suchen für das Streikgebiet Arbeitswillige. Auch die Unternehmerrfirma Wwe. Deilmann, Bochum, versucht, Arbeitswillige nach dort zu bringen.

Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder! Zum Streikbrecher darf sich niemand hergeben. Wenn auch der christliche Gewerksverein beim Streik der Bergarbeiter auf Zeche „Lufas“ bei Dortmund und in Oberbahren, Hausdam und Bergberg, seine Mitglieder zum Streikbruch verpöbelte, so wollen wir nicht gleiches mit gleichem vergelten. Kein ehrlicher Arbeiter darf sich zu dem schmutzigen Handwerk eines Streikbrechers hergeben. Alle Anerbietungen müssen zurückgewiesen werden.

Hoch die Arbeiterrede, hoch die Solidarität!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.“ Dieser Aufruf des Bergarbeiterverbandes zeugt von Klassenhetze und Klassengefühl, während die christliche Erklärung allezeit ein Dokument der Schande und des schwärzen Arbeiterverrates bilden wird. An ihren Früchten soll Ihr sie erkennen!

Bergarbeiterstreik. Donnerstag früh ist auf Zeche Bergmann bei Witten i. W. die gesamte Belegschaft von 160 Mann nicht angefahren. Die Hauptursachen des Streiks sind Lohnunterschiede.

Der Schuhmacherstreik in Weihenfeld ist nach Mitteilung bürgerlicher Depeschbüros beendet. Die Schiedskommission des Deutschen Schuhfabrikantenverbandes schlug zur Beilegung im Schuhmacherstreik die sofortige Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit bezw. der 57 stündigen Wochenarbeitszeit mit Lohnausgleich für die Zeitschwarzarbeiter und eine Prozentige Erhöhung der Ueberstundenlöhne vor. Die Fabrikanten stimmten diesem Vorschlag zu. Der Gewerksverein der Deutschen Schuhfabrikarbeiter, der 1000 Mitglieder zählt, beschloß, diesen Vergleich anzunehmen und am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Zentralverband der Schuhmacher hat gestern nachmittags nach denselben Nachrichten ebenfalls beschlossen, dem Einigungsorschlag der Schiedskommission zuzustimmen und die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Damit ist der Schuhfabrikarbeiterstreik durch Vergleich beendet.

Achtung, Schuhmacher! Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik von Grede u. Sauer zu Burgen in Sachsen befinden sich seit dem 6. Februar im Lohnkampf. Von seiten der Firma wurde sämtlichen organisierten Kollegen und Kolleginnen wegen Einreichung einer Lohnforderung gekündigt. Die Firma versucht nun Leute anzuzuerben durch einen oder mehrere Agenten, welche speziell auf den Herbergen ihr Wesen treiben. Ein Nichtorganisierter, welcher arbeitslos war, hat von einer fremden Person das Fahrgeld erhalten, um den auswärtigen Kollegen in den Rücken zu fallen. Wir bitten alle Kollegen, erst Erkundigungen bei der Ortsverwaltung einzuziehen, bevor sie nach Burgen Arbeit annehmen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck vorstehender Notiz gebeten.

Ausland.

Die Aussperrungen in Dänemark.

Die Verhandlungen über die gewerkschaftlichen Konflikte in Dänemark haben in ihrem weiteren Verlauf zu einer Einigung der Parteivertreter für das Klempnergewerbe geführt, so daß hier, wenn die Parteien selbst die Vorschläge guthießen, die Beendigung des Kampfes zu erwarten ist. Für die Schneider in den Provinzorten ist ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen, der 5 bis 7 Proz. Lohnerrhöhung sowie eine Einschränkung der Lohnklasseneinteilung bietet. Aussperrt wurden am Montag in Kopenhagen sowohl im ganzen Lande die Arbeiter der Säge- und Hobelwerke, nachdem die langwierigen Verhandlungen für diese Arbeitergruppe endgültig gescheitert waren. Am Dienstag folgte darauf die allgemeine Aussperrung der Elektriker in den Installationsgeschäften, deren Löhne die Unternehmer herabsetzen wollen. Für die Arbeiter der Kiesgruben war Ende voriger Woche ein Uebererkenntnis erzielt worden, das teils ein, teils zwei Jahre gelten sollte und durch das die Lohnherabsetzungen, die man den Arbeitern aufzuzwingen wollte, rückgängig gemacht waren. Jetzt verlangen die Unternehmer plötzlich einen fünfjährigen Tarifvertrag und überdies wollen sie einseitig für sich das Recht haben, den Tarif jederzeit kündigen zu können. Sie begründen diese unerhörte Forderung damit, daß eine Erhöhung des Gültertarifs der Staatsbahnen zu erwarten ist, wodurch die Rentabilität ihres Geschäfts bedroht würde. Die Arbeiter sollen also dafür büßen, daß man in Dänemark, und zwar zugunsten des Militarismus, den Eisenbahntransport und Verkehr wieder einmal verteuern will. Die Zimmerer Dänemarks sollen am 8. März aussperrt werden und eine weitere Aussperrung haben die Eisenindustriellen beschlossen gegenüber sämtlichen Mitgliedern des Arbeitsmannsverbandes. Die zum letzten Montag angekündigte Aussperrung in den Metallwarenfabriken ist vorläufig 14 Tage hinausgeschoben worden, nachdem eine der Fabriken, wo die Metallbrüder streikten, die Forderungen bewilligte und die Brüder die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Achtung Fliesenleger! Die Firma Villeroz u. Wagh, Vertreter Gerson-Schmidt, in Mailand sucht in deutschen Zeitungen Fliesenleger nach Italien. Um die Fliesenleger vor Schaden zu bewahren, sei mitgeteilt, daß über die Firma von der Arbeitskammer in Mailand wegen Vortreibung des Vertrauensmannes der deutschen Kollegen und eines weiteren Fliesenlegers die Sperre verhängt ist. Man hüte sich deshalb, Arbeitsangebote nach Mailand anzunehmen, zumal, da das Geld zur Rückreise kaum zu verdienen ist.

Der Ausstand der griechischen Arbeiterschaft zu Sofia in Bulgarien ist am 5. Februar erfolglos beendet worden. Der Ausstand dauerte 70 Tage und verursachte 41 000 Frs. Kosten. Der Abbruch, mußte wegen Mangel an Geldmitteln erfolgen.

Soziales.

Ein bayerisches Volksschulhaus.

Nicht besser als in den ostelbischen Junkerparadiesen ist es mit den ländlichen Schulhäusern in großen Teilen des Südens, insbesondere in den schwarzen Zentrumsdomänen bestellt. Ein Beispiel ländlicher Schulhausmiserie gibt die letzte Nummer der in Würzburg erscheinenden „Freien bayerischen Schulzeitung“. Das

Blatt veröffentlicht einen Bericht des Amtsdirektors des oberpfälzischen Marktsiedens Wohenstrauß über eine periodische Besichtigung des Schulhauses in dem Pfarrdorf Pfenisch bei Wohenstrauß. Der amtliche Bericht hat, unter Weglassung von unwesentlichen Dingen, folgenden Wortlaut:

Die Grundmauern sind sehr feucht, da der Fußboden circa 80 Zentimeter tiefer als die vorbeiführende Straße liegt. Abhilfe ist nicht möglich, bezw. nur durch Neubau zu erreichen. Die Ost-, West- und Nordseite des Mauerwerkes zeigt bis zur Höhe von einem Meter über dem Fußboden feuchte und nasse Stellen. Das Piegeldach ist nicht schneebedeckt und kann bei Schneestürmen der Dachraum faum bewohnt werden, trotzdem die Schlafräume auf dem Dachboden liegen. Das Dach ist einzulatten, mit Dachpappe zu unterlegen und als Doppeldach einzudecken.

Dachrinne, Abfallrinne sind teilweise undicht und nachzusehen. Blitzableiter ist keiner vorhanden, obwohl vor circa 6 Jahren der Blitz im Schulhause einschlug. Ein Blitzableiter ist dringend nötig.

Eine Wasserversorgung ist nicht vorhanden, ebenso kein Brunnen und keinerlei Bezugrecht. Die Anlage eines Pumpbrunnens ist notwendig.

Entwässerung fehlt. Küchenausguß ist vorhanden, jedoch verstopft. Derselbe ist zu reinigen. Im Hausgang ist noch Ziegelplaster. Dieses ist mit Zementanstrich zu überziehen, weil sonst die Feuchtigkeit im Erdgeschoß sich noch mehr vergrößert.

Schulaborte sind nur zwei vorhanden, von denen der eine zugleich Bißraum ist. Die Größe ist 2 x 1,70 x 1,00. Die Ableitung, sowie eine Dunstrohrleitung fehlt ganz. Die ganze Abwasserleitung ist eine Weichrinne im Abort der Schulkinder, der von beiden Geschlechtern benutzt wird.

Im Schlafzimmer ist ein Teil der Decke loder. Diese ist zu erneuern. Die Türen schließen schlecht. Der Küchenherd ist ganz schlecht und wäre durch einen neuen Herd zu ersetzen.

Als größter Mangel muß das Fehlen einer Waschlagebelegenheit bezeichnet werden. Eine solche könnte bei Gelegenheit des Ausbaues der Aborte leicht geschaffen werden.

Pfenisch, den 5. Dez. 1910. gez. Windschiegel.

Anerkannt des. Bez. Warbigler, Lehrer.

Dieser Zustand des Dorfschulhauses zu Pfenisch ist typisch für die ländlichen Schulhäuser der vom Zentrum beherrschten schwarzen Oberpfalz. Der hiedere Schullehrer Warbigler muß zweifellos eine gute Natur besitzen und widerfest sein, wenn er es in seiner Schlafkammer, die sich auf dem Dachboden befindet, wo zudem noch das Dach nicht schneebedeckt ist, ausdauern kann.

Diese amtlich festgestellten Mängel sind von der Gemeinde nicht abgestellt worden; die schwarze Gemeindeverwaltung lehnte das ab. Hingegen wurde von dieser Gemeinde kürzlich beschlossen, freiwillig zum Neubau einer Ortskapelle 3000 M. beizusteuern.

Letzte Nachrichten.

Lärmjenen im englischen Unterhaus.

London, 2. März. (B. T. W.) Außen Chamberlain beantragte ein Amendement, das sich zwar für eine Reform des Oberhauses ausspricht, aber seine Unabhängigkeit als Zweite Kammer erhalten wissen will, und erklärt, die Regierungsvorlage biete keine Sicherung dagegen, daß die schwerwiegenden Veränderungen ohne die Zustimmung des Volkes zum Gesetz würden. Die Sprecher der Unionisten stellten der Regierung die dringende Notwendigkeit vor, zu einer dauernden Regelung der Beziehungen der beiden Häuser zueinander zu gelangen. Das könne nur durch die Annahme eines Planes erreicht werden, der sowohl von der Regierung wie von der Opposition unterstützt werde. Die Reden der Ministeriellen deuteten darauf hin, daß sich die Regierung weigern wird, einen Kompromiß in Erwägung zu ziehen und entschlossen ist, mit der Vetobill weiter vorzugehen. Asquith erklärte heute, die Bedürfnisfrage habe sich wiederholt in unzweideutiger Weise dafür ausgesprochen.

Zu einer lebhaften Szene kam es, als Balfour erklärte, die Regierung beabsichtige, in der Zeit zwischen der Annahme des Vetogesetzes und der Einführung ihres Reformplanes die größte konstitutionelle Umwälzung zur Annahme zu bringen, die das Land je gesehen habe, nämlich Homerule. Die Regierung beabsichtige, Homerule dem Lande durch einen Betrug aufzuerlegen. Das Wort Betrug wurde mit dem lauten, immer wiederholten Ruf „zurücknehmen“ von seiten der Ministeriellen und Nationalisten aufgenommen. Balfour versuchte weiter zu reden, aber der Lärm verstärkte sich, der Liberale Dalziel fragte den Sprecher, ob es in der Ordnung sei, das Wort Betrug mit Bezug auf Persönlichkeiten oder politische Parteien anzuwenden. Der Sprecher erwiderte, wenn es mit Bezug auf Persönlichkeiten angewendet wird, ist es sicher gegen die Ordnung, wenn es aber auf eine Partei angewendet wird, so sehe ich keinen Einwand. (Gelächter.) Balfour setzte dann seine Rede fort mit der Erklärung, daß er das Wort Betrug nicht zurücknehmen wolle.

Die Wahlen in Rumänien.

Bukarest, 2. März. Bei den gestrigen Wahlen zur Abgeordneten-kammer aus dem ersten Distriktswahlkollegium wurden 56 konservative, sieben konservative Demokraten und sechs Liberale gewählt. Sieben Stichwahlen sind erforderlich.

Bergarbeiterausstand.

Annen (Westfalen), 2. März. (B. T. W.) Auf der Zeche Bergmann ist heute der größte Teil der Belegschaft wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Am Nachmittag fand eine Belegschaftsversammlung statt, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist.

Sier Personen ertrunken.

Schanzenkrug, 2. März. (B. T. W.) Auf der Rückfahrt von dem Obererfahgeschäft in Tüft sind auf der Remel vier Personen ertrunken. Das Boot schlug beim Abstoßen der im Fluß treibenden Eishöhlen um. Von den fünf Insassen konnte sich nur der eine retten.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Paris, 2. März. (B. T. W.) Die Erdarbeiter von Signeux nahmen die Arbeit wieder auf, doch erklärten sie, von neuem in den Ausstand zu treten, falls ihnen bis Montag keine Lohnerrhöhungen gewährt würden.

Die finanzielle Oberhoheit der Vereinigten Staaten. Washington, 1. März. Das Senatskomitee für die auswärtigen Angelegenheiten hat über den Finanzvertrag mit Honduras einen günstigen Bericht abgegeben. Dem Vernehmen nach wird dies der erste einer Reihe ähnlicher Verträge zwischen den Vereinigten Staaten und den Ländern von Zentral- und Südamerika sein, zum Zweck, deren Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und dadurch den europäischen Regierungen den Vorwand zu Einmischungen in die Angelegenheiten der amerikanischen Republiken zu nehmen.

Rückläufiges Bombenattentat.

Kalkutta, 2. März. (B. T. W.) Ein junger Bengalese hat heute nachmittags mitten in Kalkutta auf das Automobil von Cowley, einem Ingenieur im Departement der öffentlichen Arbeiten von Bengalen, eine in Zute eingewickelte Bombe geschleudert. Das Wurfgeschloß kam jedoch nicht zur Explosion. Man glaubt, das Attentat war gegen ein Mitglied des Kriminaluntersuchungsdepartements beabsichtigt, das ein ähnliches Automobil benutzt. Der junge Bengalese wurde verhaftet.

Reichstag.

189. Sitzung. Donnerstag, den 2. März 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen, Wermuth.

Auf dem Platte des Abg. Geyer (Soz.), der heute auf eine 25jährige Parlamentsstätigkeit zurückblickt, prangt ein prachtvolles Blumenarrangement.

Zweite Beratung des Militäretats.

Sechster Tag.

Die Beratung beginnt mit dem Titel „Ankauf der Remontepferde“.

Abg. Roske (Soz.):

Jahr für Jahr steigt dieser Titel sehr erheblich, diesmal wieder um 206 000 M., von 10,9 Millionen auf mehr als 11,1 Millionen Mark. Dazu kommen gerade bei diesem Titel alljährlich ganz erhebliche Staatsüberschreitungen, die dadurch veranlaßt werden, daß die Preise für die Remontepferde andauernd höher festgesetzt werden. Die Interessenten verlangen hier im Reichstage alljährlich eine höhere Festsetzung der Preise, und die Heeresverwaltung gibt diesen Anregungen gern nach. Dazu liegt gar kein Anlaß vor, es ist dies ein ganz unangebrachtes Entgegenkommen gegen agrarische Wünsche. Auch diesmal haben die Interessenten versucht, in der Budgetkommission höhere Preise in Anschlag zu bringen. Es ist ein Mißbrauch des Reichstagsmandats, wenn man versucht, es dazu zu benutzen, um sich selbst Vorteile zu verschaffen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Solchem Mißbrauch muß entgegengetreten werden, und etwaige Überschreitungen bei diesem Titel dürfen nicht genehmigt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rogalla v. Bieberstein (L.): Ich weise entschieden den Vorwurf zurück, als ob wir mit Anträgen auf Erhöhung der Preise für Remontepferde dem eigenen Vorteil dienen; diese Anträge liegen vielmehr im Interesse der kleinen Pferdebesitzer, da die Preise so niedrig sind, daß ein Pferd dafür nicht herstellbar ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Gylling (Sp.): Die Staatsüberschreitungen können auch wir nicht billigen, aber im übrigen muß ich den Ausführungen des Abg. Roske entgegenreten. Die Heeresverwaltung ist bei der Beschaffung der Remontepferde auf bestimmte Provinzen angewiesen, namentlich Ostpreußen, und darf daher die Preise nicht drücken, wenn sie bestes Pferdmaterial haben will. Die Pferdepreise sind in den letzten Jahren auch keineswegs gestiegen, und deshalb wäre es gut, wenn die Heeresverwaltung eine Erklärung abgeben könnte, die den ostpreussischen Pferdebesitzern neuen Mut einflößt und ihren Mißmut zum Schwinden bringt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sarenhorst (Sp.): Die Preise für die Pferde sind nicht zu hoch, sondern zu niedrig; gerade im Interesse des Bauernstandes liegt es, die Preise zu erhöhen.

Abg. Roske (Soz.):

Herr Sarenhorst hat darin Recht, daß ich noch keine Remonten gezogen habe; ich bin eben nicht in der glücklichen Lage, ein Rittergut zu besitzen. (Lachen rechts: ein Bauerngut.) Ach nein, die Remonten werden auf Rittergütern gezogen. Die kleinen Bauern werden von den höheren Preisen nur sehr geringen Vorteil haben, das Fett schöpfen die Großen ab. (Abg. Rogalla v. Bieberstein (L.): War keine Ahnung!) Daß Sie es nicht zugeben, ist selbstverständlich; Sie sagen sogar, die Pferdebesitzer geben noch Geld zu. Aber wer die preussischen Agrarier kennt, weiß, daß sie aus purer Liebe zum Vaterlande kein Geld zu geben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Trotz der Ausführungen des Herrn Gylling, die ja sicher nicht von parteipolitischen Erwägungen eingegeben waren (Weiterkeit), bleibe ich dabei, daß die Preise für die Remonten zu hoch sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schr. v. Gamp (Sp.): Ich habe auf den Gütern, die ich gekauft habe, sofort die Remontezucht abgebrochen, weil sie unrentabel ist; die Großgrundbesitzer schöpfen das Fett also nicht ab, Herr Roske. (Sehr gut! rechts.) — Ueber Herrn Gyllings Ausführungen habe ich mich gefreut; hoffentlich wird er bei einem neuen Hollaris mit uns für einen kräftigen Pferdebezug stimmen. (Weiterkeit und Sehr gut! rechts.)

Abg. Jenter (Sp.): Die Ausführung des Abg. Roske, daß der

Großgrundbesitzer das Fett abschöpft, trifft gerade bei der Pferdezucht nicht zu. Der Redner verbreitet sich dann über Warm- und Kaltblutzucht, über Voll- und Halbblutzucht, und betont, Gylling habe nicht aus Wohlwollen gesprochen, sondern nur aus sachlichen Gründen. Wahlreden hier zu halten, haben die Mitglieder der Volkspartei nicht nötig. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rogalla v. Bieberstein (L.) betont nochmals, daß die ostpreussischen Jüchter Preise bekommen, welche die Produktionskosten nicht decken, und gibt dem Abg. Roske den Rat, ihm sein Rittergut abzukaufen.

Abg. Dr. Seder-Rölln (Z.): Herr Roske weiß doch, daß alle Preise, die Futtermittel usw. gestiegen sind, und da sollen die Landwirte mit den Preisen der Pferde nicht folgen! Höhere Löhne sollen die Landwirte ihren Arbeitern zahlen; aber woher sollen sie die Mittel dazu nehmen. Redner betont dann, daß gerade die kleinen Bauern die Pferdezucht betreiben.

Abg. Roske (Soz.):

Wenn die Debatte noch eine Weile weiter geht, werden die Herren rechts und aus der Mitte uns noch erzählen, die Pferdepreise müssen erhöht werden — im Interesse der Proletarier. Die kleinen Leute ziehen meines Wissens Kornidol und Biegen, nicht Pferde. (Zustimmung links.) Herr Rogalla v. Bieberstein hat wiederholt behauptet, die Gutbesitzer legen bei der Pferdezucht zu. Ach, so sehen die Herren nicht aus, als ob sie aus reiner Vaterlandsliebe Geld zu geben. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren verstehen es, ihre parlamentarische Macht auszunützen, um hohe Preise für sich zu erzielen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor Wendel: Im Jahre 1910 haben die Preise für die Remontepferde sich in den Grenzen des Etats gehalten. Bemerkenswert ist auch noch, daß wir die größte Zahl der Remontepferde von kleinen Besitzern gekauft haben, nicht von großen.

Schatzsekretär Wermuth erklärt, daß der finanzielle Seite der Remontebeschaffung die größte Aufmerksamkeit geschenkt werde, da es sich um einen Posten handle, der binnen weniger Jahre von sechs auf elf Millionen Mark gestiegen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt. Der Titel wird bewilligt. Eine Reihe weiterer Titel werden debattelos bewilligt. Beim Titel „Militär-Turnanstalt“ begründet

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.) eine Resolution seiner Partei, die den Reichstag zur Erwägung darüber ersucht, wie hervorragend turnerisch ausgebildeten Militärschülern Vergünstigungen — etwa in bezug auf Dienstzeit und Avancement — gewährt werden können.

Abg. Guno (Sp.) schließt sich diesen Ausführungen an. Redner tadelt die Verhinderung der sogenannten „sozialdemokratischen“ Turnvereine durch den preussischen Kultusminister.

Kriegsminister v. Heeringen: Auf die letzte Frage will ich hier nicht eingehen. Unter völliger Würdigung der hohen Bedeutung des Turnens bitte ich doch um Ablehnung der Resolution. Auf eine weitere Verlängerung der Dienstzeit der Infanterie kann sich die Militärverwaltung nicht einlassen. Doch dagegen aus guter turnerischer Ausbildung Vorteile für das Avancement erwachsen, ist zweifellos. Das geschieht aber schon heute und einer besonderen Anregung bedarf es dazu nicht.

Abg. Dr. Görde (natl.): Unfraglich ist auch das Turnen von höchster Bedeutung für die militärische Tüchtigkeit, wenn es auch die turnerische Ausbildung allein nicht macht. Aber die Verlängerung der Dienstzeit als Prämie für turnerische Leistungen zu behandeln, scheint uns nicht angängig. Wir würden geneigt sein, für die Resolution zu stimmen, wenn aus ihr die speziellen Vorrechte — Verkürzung der Dienstzeit und Avancementsbegünstigungen — herausgenommen werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Nitzsch (L.): Wir haben die größte Sympathie für das deutsche Turnwesen, aber wir sind Gegner aller Privilegien (Schallende Heiterkeit links) und müssen daher die Resolution ablehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.): Wir sind bereit, die vom Kollegen Görde angeführten Worte aus der Resolution herauszunehmen.

Abg. Schöpflin (Soz.):

Wir wissen, wie große Bedeutung die Körperpflege für die gesamte Volksgesundheit hat, wie sie besonders für das Proletariat notwendig ist, um es vor Degeneration zu schützen. Wir verlangen daher, daß Reich, Staat und Gemeinden zusammenwirken, um das

Turnen zu fördern. Wir wissen aber auch, wie sehr man uns Schwierigkeiten in den Weg legt, wenn wir uns bemühen, die Arbeiterfrage für das Turnen zu gewinnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie sehr werden die Arbeiterturnvereine schikaniert! — An unserer Sympathie für die Sache des Turnens ist nicht zu zweifeln. Wenn wir trotzdem die fortschrittliche Resolution in ihrer ursprünglichen Gestalt ablehnen, so geschieht das, weil wir keine Privilegierung wollen. Wir wollen

allgemeine Verlängerung der Dienstzeit,

nicht Verlängerung der Dienstzeit für einzelne Kategorien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der fortschrittliche Antrag ist eine Wippenkarte, die die Fortschrittspartei bei der deutschen Turnerschaft abgibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, im Zentrum und rechts.) Daß, wenn die turnerische Ausbildung militärisch privilegiert werden würde, die freie Turnerschaft an der Privilegierung nicht teilhaben würde, versteht sich bei dem ausnahmsgefehligen Geiste der Militärverwaltung von selbst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann als alter Turner — ich habe vierzehn Jahre der deutschen Turnerschaft, dann der freien Turnerschaft angehört — bezeugen, daß die turnerischen Leistungen der freien Turnerschaft sich mindestens auf der Höhe der Leistungen der anderen Turnerverbände bewegen. Aber der Geist der Freiheit, der in der freien Turnerschaft weht, macht sie bei den Herrschenden verhaßt. Aus allen diesen Gründen können wir trotz unserer großen Sympathie mit dem Turnwesen nicht für die Resolution Müller-Reiningen stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Kollege Schöpflin hat ganz recht: Mit ihrer Resolution beabsichtigt die Fortschrittspartei, sich bei der deutschen Turnerschaft in empfehlende Erinnerung zu bringen. (Lärm bei der Volkspartei.) Wenn die angeführten Worte aus der Resolution herausgenommen werden, ist sie gegenstandslos (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) und damit überflüssig; enthält sie die Worte, ist sie unannehmbar. Wir werden gegen sie stimmen, obwohl auch wir selbstredend die größten Sympathien für das Turnen haben.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.) polemisiert gegen die Abgeordneten Schöpflin und Dr. Pfeiffer. (Lärm im Zentrum: Quatsch! Weiterkeit.)

Die abgeänderte Resolution Müller-Reiningen wird gegen die Stimmen der Liberalen abgelehnt. Die Kapitel „Artillerie und Waffengewesen“ und „Technische Institute“ werden miteinander verbunden.

Dazu liegen zwei Zentrumsvorstellungen und eine sozialdemokratische Resolution vor. Die Resolution Schiffer-Schirmer (Z.) verlangt den Ausbau der Arbeiterausschüsse in den Militärbetrieben im Sinne wirksamer Vertretung der Arbeiterinteressen, die Resolution Giesberts-Schirmer (Z.) verlangt Aufbesserung der Löhne der in den Militärbetrieben beschäftigten Arbeiter bis mindestens auf die Höhe der an den betreffenden Orten gezahlten Tariflöhne und Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Resolution Albrecht (Soz.) verlangt, daß Arbeiten und Lieferungen für die Heeresverwaltung nur an Firmen vergeben werden, die die gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitsbedingungen einhalten und zum Abschluß von Tarifverträgen bereit sind, sowie, daß die Festsetzung und Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Betrieben der Heeresverwaltung unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorgenommen werden.

Abg. Dr. Weber (natl.) wünscht, daß den Arbeitern und Handwerkern in den Betrieben dieselben Feuerungszulagen gewährt werden wie den Schreibern.

Abg. Schirmer (Z.) befürwortet die beiden Resolutionen des Zentrums. Die Arbeiter wünschen auch, daß die gesetzlichen Forderungen angehöfen; trotzdem ist noch nichts in dieser Richtung geschehen. Dilatorisch wird auch die Frage der Pensionen von der preussischen Heeresverwaltung behandelt, und deshalb kommen wir damit nicht vorwärts. — Auch das Petitions- und Versammlungsgesetz darf den Arbeitern nicht verheimlicht werden; das ist auch der Wunsch der nationalen Arbeiter. Der Redner klagt dann über Vergewaltigung der christlichen Arbeiter in den Militärbetrieben durch sozialdemokratische, welche die christlichen hinauswischen, und wird vom

Vizepräsidenten Schulz darauf verwiesen, daß das mit der Resolution, die er begründet, nichts zu tun hat.

Abg. Pauli-Potsdam (L.) bittet die dritte Lohnstufe der Stütz- und Hilfsarbeiter in den militärischen Instituten zu befestigen, wie es auch die Petition des Bundes der Handwerker der

Wenn Du bald, was schon barbarisch
Uns Frau Sama deutet an,
Bist entthront disziplinärlich,
Bang' es künftig klüger an.

Lebe, liebe, geh' zum Weibe,
Dessen Reiz Dich hold umgarnt!
Kose, küsse! Aber schreibe
Keinen Brief! — Du bist gewarnt! ..

Michel

Notizen.

— Im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Schauspielhaus ist am Aschermittwoch des scherzhaften Dänen Gustav Wied Satirspiel gelandet und auch dort nicht etwa mit Aschermittwochs-lanne aufgenommen worden, obgleich... Obgleich die Aufführung zu manderlei Einwendungen Veranlassung gibt. Zwar gab es eine kleine „Sensation“: Dithella Lustig (Erna Schöth) sollte im allerliebsten verdrähten Döschchen herum und Paul Abel (Rudolf Lettinger) entwickelte gelegentlich solchen „Feuerreifer“, daß ein Chaiselongue-bein als Opfer auf der Stube blieb. Aber — gerade Wieds Satirspiel verlangt eine Aufführung, die sich vor Uebertriebungen hüten muß. Sie töten die „tiefer Bedeutung“ und wandeln das Satirspiel zu einer Falschingsposte. Vor ganz schlimmen Uebertriebungen blieben eigentlich nur Rudolf Lettinger und Martha Arel frei; aber alle anderen bemähten sich eifervoll, verzeichnete Karikaturen zu liefern. Das trug gewiß zur Erhöhung der allgemeinen Heiterkeit bei, aber nur wenig zur Vertiefung dessen, was Wied geben wollte: einen Lebensauschnitt mit viel Bitterkeit als Wodensatz.

— Das Wiener Volksheim feierte seinen zehnjährigen Bestand. Diese vollständig ausgestattete Volkshochschule steht in dem Arbeiterbezirk Ottakring, 2000 Hörer sind gleichzeitig eingeschrieben, in den zehn Jahren haben 30—40 000 Menschen die 1000 abgehaltenen Kurse besucht, die von mehr als 200 Lehrkräften geleitet werden. Bei der sonntägigen Feier konnte man die ausgestellten Schülerarbeiten zeichnerischer, photographischer Natur, die chemischen und naturhistorischen Präparate sehen. Schüler der Sprachkurse hielten deutsche, italienische und englische Vorträge, andere führten einen französischen Schwan auf. Der Erfolg des Volksheims ist es nicht zuletzt, der seinem unerträglichsten Arbeiter, dem Univeritätsdozenten Dr. Ludo Hartmann, dem Sohn des deutsch-böhmischen Dichters Rorich Hartmann, die Errichtung der zweiten Volksuniversität, des Margarethener Volksbildungshauses, ermöglicht hat. Genosse Dr. Adler beglückwünschte das Volksheim, das durch Fernhaltung jeder Tendenz das Vertrauen der Arbeiter gewonnen habe.

— An der Universität Kiel ist ein staatswissenschaftliches Institut ins Leben gerufen worden, dem eine besondere „Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft“ angegliedert ist. Dieses Institut ist das einzige in Deutschland, das die Untersuchung der weltwirtschaftlichen Fragen zu seinem Spezialforschungsgebiet gemacht hat. Zum Direktor wurde Professor Harms ernannt.

Kleines feuilleton.

Prof. J. S. van't Hoff, einer der bedeutendsten Theoretiker der Chemie, ist am Mittwoch im 69. Lebensjahre in Steglitz gestorben. Er war in Holland geboren und hatte in Utrecht und Amsterdam seine Lehrtätigkeit begonnen; an letzterem Orte begründete und leitete er das nach ihm benannte Institut für physikalische Chemie. 1890 wurde er als Mitglied der Akademie und Professor nach Berlin berufen. Van't Hoff hat schon in jungen Jahren die genialen Gedanken entwickelt, die ihn berühmt machen und die chemische Wissenschaft in ungeahnter Weise befruchteten sollten.

Als er 1876 Lehrer an der Realschule zu Wreda werden wollte, charakterisierte ihn der dortige Direktor also: „Er macht den Eindruck eines Erfinders. Er grübelt, er ist vertieft in seine Entdeckung; diese ist, daß in den Kohlenstoffatomen, die das polarisierte Licht drehen, das Kohlenstoffatom wahrscheinlich ein symmetrisches Tetraceter (Vierflächenkörper) ist, dessen Ecken die Richtung der Affinitäten (Anziehungen) angeben. Er sieht schlumpig aus. Kollegen, die ihn im Klub sahen, protestierten gegen seine Anstellung und sagten: Das ist kein Mann für Wreda.“

Wissenschaftlerweise setzte sich der junge Forscher, dem seine Wissenschaft alles war, durch und wurde ein Mann zwar nicht für Wreda, aber für die Welt. Seine neuen Ideen bezogen sich auf die Chemie des Raumes, er begründete (neben anderen) die Wissenschaft von der „Lagerung der Atome im Raume“, die Stereochemie. Besonders die deutsche hochentwickelte chemische Wissenschaft brachte seine Theorie, die für die organische Chemie und damit für die chemische Synthese, den Aufbau des Aminosäure- und neuer organischer Körper, von grundlegender Bedeutung war, zu Ehren. Die Verfassung nach Berlin, der Nobelpreis und all die anderen Auszeichnungen, die er genoh, haben an dem schlichten Wredener van't Hoff nichts geändert: er blieb der Arbeiter im Dienste der Wissenschaft und der Menschheit.

Das transatlantische Luftschiff, an dem die Taufe auf den Namen „Sudard“ in Kiel vollzogen ist, erfährt in der Deutschen Reichszeit für Luftschiffahrt eine eingehende Beschreibung. Es ist nicht nur wegen der Größe des Unternehmens, zu dem das Fahrzeug bestimmt ist, sondern auch wegen der Besonderheit seiner Bauart beachtenswert. Der Ballon hat den statischen Rauminhalt von 6790 Kubikmeter. Die Gondel, in Form eines Bootes, besitzt gleichfalls eine ungewöhnliche Größe, die durch die voraussichtlich lange Fahrtdauer und durch die Möglichkeit einer Vermutung zur Rettung der Insassen aus Seenot berechtigt ist. Die Gondel ist 10 Meter lang und über 3 Meter breit und enthält zwei Motoren von je 100 Pferdestärken, die hintereinander montiert angebracht sind und abwechselnd gebraucht werden sollen. Sie machen selbst 1000 bis 1200 Umdrehungen in der Minute und teilen den von ihnen getriebenen Luftschrauben, die aus zwei Flügeln bestehen und im ganzen 3 Meter Durchmesser haben, eine Umdrehungszahl von 800—900 mit. Die Gondel hat neben dem Maschinenraum einen mit möglicher Behaglichkeit ausgestatteten Raum

für die Insassen, die darin wohnen, arbeiten und schlafen sollen. Besonders wirksame Vorrichtungen sind zur Kühlung der Maschinen vorgesehen. Im äußeren Eindruck gleicht das Luftschiff, das dem unvollständigen System angehört, einem etwas beleibten „Parveval“. Der Ballon hat eine Länge von 60½ und einen Durchmesser von etwas mehr als 17 Meter. Ueber die ganze Länge des Ballons geht ein Laufsteg, zu dem man von der Gondel mit einer Seilleiter hinaufklettern kann. Ferner trägt er zwei wagerechte und eine senkrechte Fläche, um das Gleichgewicht zu bewahren, und schließlich eine Steuerfläche mit beweglichen Flügeln. An Benzin können 1700 Kilogramm mitgenommen werden, es findet unter den Maschinen eine sichere Aufbewahrung. Die Vorräte zum Lebensunterhalt der Insassen und zum Betrieb der Maschinen auf wenigstens zwei Wochen ausreichend bemessen. Eine besondere Vorrichtung ist zu dem Zweck getroffen worden, das Luftschiff an einer zu starken Steigung zu verhindern. Sie besteht darin, daß der Ballon von obenher mit einer feinen Wasserfächer besprengt wird. Man hofft es dadurch zu ermöglichen, daß das Luftschiff nicht höher als 150 Meter über die Meeresfläche steigt. Endlich ist auch Bedacht genommen worden, den Aufstoß der Gondel beim Sinken auf die Meeresfläche gefahrlos zu gestalten. Nach Erledigung der Probefahrt soll die Ueberquerung des Ozeans im Mai von der Insel Teneriffa aus unternommen werden.

Humor und Satire.

Warnung.

Herr v. Jagow, laum zu glauben,
Stieg herab, wie Mahabb,
Sich ein Briefchen zu erklauben
An Frau Tilla Durieux.

Was ihn trieb zu solchem Handeln?
Für dies Eine, mit Vergnügen:
Ein Verhältnis anzubandeln
Zu der Kunst-, pardon, der Kunst!

Zwar der Gotte, Paul Cassirer,
Nahm den Vorstoß nicht so glatt,
Und ein sizer Depeschierer
Bracht' ihn gar ins Zeitungsbblatt.

Wie ich diesen Fall beklag', o!
Rein Verstand und Atem stockt,
Weh, was hast Du dir, Gott Jagow,
Da für Suppen eingebrockt!

Mahabb, zu seiner Ehre
Soll's gesagt, war immer schlau:
Denn er hielt zur Wajadere
Und er mied die Ehefrau.

Sehr verkleist ist er gewesen,
Schneidig und diskekt dazu;
Doch er gab dem süßen Wesen
Wie was Schriftliches, wie Du!

Kaiserlich-königliche technische Institute in Spandau verlangt, und verbreitet sich dann über einige andere Wünsche der Arbeiter. Jedem eine Organisation kann die Herrensverwaltung nicht beibringen, auch nicht die Arbeiter, wohl aber sollte sie die Organisationen begünstigen, die aus den Arbeitern der Betriebe selbst bestehen; leider geschieht dies nicht in wünschenswertem Maße.

Generalmajor Wandel betont den guten Willen der Militärverwaltung, mit den Löhnen höher zu gehen; in diesen Punkten sei auf eine Besserung eingetreten, doch müsse die Militärverwaltung auf die Privatindustrie Rücksicht nehmen, und könne daher nicht mit der Kommissar Spandau verfahren werden, die ausnahmsweise hohe Löhne zahlte.

Abg. Böhle (Soz.):

Der Kollege Schirmer hat es sich wieder einmal nicht verkneifen können, gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen. Aus dieser Scharfmacherei spricht nur der Weger, daß die Sozialdemokratie mit ihrer grundsätzlichen scharfen Politik das Zentrum aus der Gunst der Militärarbeiter verdrängt, wo es etwa diese Gunst noch besitzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kollege Schirmer hat vom „Terrorismus“ freigeiwirtschaftlicher gegen christliche Arbeiter gesprochen. Er hat da auf Grund einer Nachricht des „Bayer. Couriers“ einen Fall erzählt, den ich hier nicht nachprüfen kann. Wenn der Fall sich so zugetragen hat, mißbillige ich das Vorkommnis. Ich bin aber in der Lage, mit zahlreichen Fällen aufzuwarten, in denen Freigeiwirtschaftler von Christlichen terrorisiert worden sind. (Große des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich bitte doch, diese Organisationsfreiheiten nicht beim Militärat zu behandeln! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Herr Schirmer hat mit diesen Auseinandersetzungen angefangen! Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Böhle (fortfahrend): Wenn die Militärverwaltung behauptet, den Arbeiterauschüssen sympathisch gegenüberzustehen, so mag sie die Herren Direktoren in diesem Sinne beeinflussen, bei denen von solcher Sympathie herzlich wenig zu spüren ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Herr Schirmer beschwert sich über die geringe Berücksichtigung, die die Petitionen der Arbeiter in der Budgetkommission gefunden haben. Er mag sich bei seinem Fraktionsgenossen Erzberger beklagen, der an dieser Mißachtung der Arbeiterpetitionen die Hauptschuld trägt. (Zuruf im Zentrum: Vizepräsident Dr. Spahn ruft mit scharfer Stimme dem Zentrum zu: Bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen! Zuruf bei den Sozialdemokraten: Kinder, seid doch artig! Große Heiterkeit.) — Das Zentrum ist immer groß im Versprechen; aber wenn's gilt, die Versprechungen zu halten, dann versagt es. Es scheint auch, als ob das Zentrum bei der dritten Lesung der Arbeitskammernotlage darauf verzichtet wird, die Staats- und Militärarbeiter in das Gesetz einzubeziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Zuruf im Zentrum: Abwarten!) — Bei einer eingehenden Begliederung der den Straßburger Militärarbeiter gewährten Zulagen ergibt sich, daß durch Verteuerung der Verkehrsverhältnisse und durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Zulage zum größten Teil wieder ausgeglichen wird. Was bleibt, deckt in keiner Weise die durch die zunehmende Teuerung der Lebensmittel den Arbeitern erwachsende Verteuerung der Lebenshaltung. Dabei ist zu bedenken, daß Straßburg eine der teuersten Städte ist.

Große Schimpfereien sind noch immer in den Militärwerkstätten gang und gäbe: Rosenamen wie „Hammer“, „Rote Bande“ usw. sind an der Tagesordnung. Die sogenannte Disziplin artet zu albernem Kleingeldstrammerel aus. Wenn eine Arbeiterin austreten muß, hat sie sich zuvor bei dem Vorgesetzten zu melden. (Heiterkeit.) Unerhört ist es auch, daß die Arbeiterinnen von den Herren Feuerwebern zu häuslichen Diensten in ihren Wohnungen benutzt werden. Es heißt, das geschieht freiwillig. Aber in der Tat ist von Freiwilligkeit keine Rede. Ich bitte dringend die Militärverwaltung, diesem Mißbrauch zu steuern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Kriegsminister hat gestern, als schon die Vertagung im Gange und die Debatte tatsächlich geschlossen war, gegen Ausführungen polemisiert, die ich im vorigen Jahre hier gemacht habe. Dem gegenüber verweise ich auf das Protokoll der Verhandlungen des Straßburger Arbeiterauschusses. Es ist Tatsache, daß der Oberst Rothge Arbeiter, die aber zwei Wochen krank sind, mit Entlassung bedroht hat, es ist Tatsache, daß der Arbeiterauschuss sich gegen den Anschlag wandte, der diese Drohung enthielt und es ist Tatsache, daß der Vorsitzende des Arbeiterauschusses wegen dieses Protestes mit Entlassung bedroht wurde. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ebenso können alle Behauptungen des Kriegsministers die Kundgebung der Militärarbeiter von Straßburg gegen meine Ausführungen nicht zu einer freiwilligen machen. Es sind von Vorgesetzten während der Arbeitszeit (was sonst auf das allerhöchste verboten ist) Unterschriften gesammelt worden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Was das bedeutet, das weiß jeder, der die einschlägigen Verhältnisse kennt. Also man komme uns nur nicht mit der Freiwilligkeit dieses eigenartigen Protestes! Stelle der Herr Kriegsminister nur eine neue Untersuchung an, vielleicht kommt dann die Wahrheit heraus. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringer: Ich habe gestern bis zum Schluß getarret, weil ich glaubte, der Abg. Böhle würde selbst keine Ausführungen vom vorigen Jahre richtig stellen. Ich muß auch heute dabei bleiben, daß der Protest der Arbeiter gegen die Ausführungen des Abg. Böhle von ihnen freiwillig unterschrieben ist. Die Arbeiter haben dies bei der Untersuchung bestritten, und der Abg. Böhle hat kein Recht, ihnen Meineid vorgzuwerfen. (Wabw! rechts.)

Abg. Dr. Potthoff (Sp.): Das Zentrum fordert in einer Resolution, die freilich erst zu einem späteren Kapitel gestellt ist, dazu auf, den Reichsanwalt zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, wie die Verfolgung der inoffiziellen Arbeiter sowie der Witwen und Waisen der in den Militärbetrieben beschäftigten Arbeiter besser ausgebaut werden kann, dieser Antrag ist bezeichnend für das Zentrum, der Reichsanwalt soll Erwägungen anstellen über ein selbstverständliches. Der ganze Antrag ist lediglich ein Reklameantrag, ein Wahlmandat. (Lebhafte Zustimmung links.) — Jedes Jahr erleben wir hier dasselbe Schauspiel, der Reichstag hebt immer dieselben Wünsche, zum Teil hören wir dieselben Reden, aber die Verwaltung kümmert sich nicht darum. Das wird so bleiben, wenn der Reichstag sein Bewußtseinsrecht nicht benutzt, um die Erfüllung seiner Wünsche zu erzwingen; wenn er das tut, brauchen wir hier viel weniger zu reden. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Redner geht dann auf die Wünsche einzelner Kategorien von Beamten und Arbeitern der Militärwerkstätten ein.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung. Verjährt bemerkt Abg. Böhle (Soz.), daß es ihm nicht einfallen sei, die Arbeiter in dem Bekleidungsamt in Straßburg des Meineides zu beschuldigen. Er habe betont, daß der Protest den Arbeitern zur Unterschrift während der Arbeitszeit von dem Vorgesetzten vorgelegt worden sei, und daß haben die Arbeiter als Befehl auffassen müssen. In der Untersuchung sind sie nicht gefragt worden, ob sie in der Art des Vorlesens des Schriftstückes einen Befehl erblickt hätten.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 1/8 Uhr.

Bichtigstellung. Wir erhalten folgende Zuschrift: Im „Vorwärts“ vom Sonnabend, den 25. Februar, Nr. 48, lese ich soeben im Reichstagsbericht, daß der Kriegsminister v. Heeringer unter anderem sagte: „In Witten lag die Gefahr vor, daß sämtliche Pferde einer Kavallerie verhungerten, weil gestreift wurde, und deshalb traten drei Soldaten als Arbeiter ein.“

Als Teilnehmer an dem damaligen Streik für unsere Organisation, des Württembergischen, und als Streikleiter bemerkte ich folgendes: Von einem Verhungern der Pferde kann keine Rede sein, und zwar deshalb nicht, weil zunächst der Stallmeister, der nebstbei auch Viehhändler ist, im Betriebe blieb. Außerdem waren vier weitere Arbeiter geduldet, und an demselben Tage wurde bereits ein weiterer Arbeiter von Witten eingestellt, so daß insgesamt sechs

Mann im Betriebe waren, die die Pferde ausreichend pflegen konnten, um so mehr, da ja der Stallmeister dabei war. Aber diese Leute hat man zu anderen Arbeiten verwendet, in erster Linie zum Vieraussahren und hatte die Pferdepflege den Soldaten überlassen, so daß indirekt die Soldaten Streikbrecherdienste geleistet haben. Ausdrücklich will ich noch bemerken, daß wir dem Viehhändler, welcher die Stallwache hatte, am dem Abend, wo der Ausstand beschlossen wurde, ausdrücklich beauftragten, erst seine Stallwache bis morgens um 6 Uhr zu versehen, und erst dann, wenn er abgelöst werde, den Betrieb zu verlassen.

Dies ist der wahre Sachverhalt, der von der Darstellung des Herrn Kriegsministers erheblich abweicht.

A. Jürgel, Parteisekretär.

Abgeordnetenhaus.

39. Sitzung vom Donnerstag, den 2. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerlich: Shadow.

Die zweite Beratung des Etats der

Handels- und Gewerbeverwaltung

wird beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen“ fortgesetzt.

Abg. Schupp teilt Anschuldigungen entgegen, die Abg. Hammer im vorigen Jahre gegen die Berliner Fortbildungsschulen vorgebracht hatte.

Abg. Dr. v. Salsky (Z.) regt an, daß für explosionsgefährliche Betriebe das Vorhandensein mechanischer Vorrichtungen zur Verbindung gemacht werde und berichtet über eine neue Erfindung auf diesem Gebiete.

Abg. Dr. Hahn (L.) betont die Gefahr des Hausierhandels per Automobil für den ortsfesten Handel und bittet die Landwirte, nicht bei solchen Hausierern oder im Warenhaus in der Großstadt sondern beim ortsfestesten Kaufmann und Handwerker zu kaufen. Auch bei den kleinen elektrotechnischen Anlagen sollte das Handwerk mehr berücksichtigt werden. Mit Freuden begrüßen es die Handwerker, daß der erste Vertreter des Handwerks in das Herrenhaus entsandt worden ist. Vor allem braucht das Handwerk hülfslos Kapital. Um dies zu erhalten, sollten sie sich in erhöhtem Maße zu Genossenschaftswesen zusammenschließen. Vor der Diskreditierung der Handwerkerforderungen, wie sie der Hansabund beabsichtigt, kann das Handwerk nur gewarnt werden. Das ganze Eintreten der Linken für das Handwerk ist nur zu verstehen aus der Angst vor den nächsten Wahlen. (Lachen links.) Die Handwerker können keine Vertretung ihrer Interessen finden in einer Körperschaft, in der auch Vertreter der großen Warenhäuser sitzen und in der Vertreter des Freihandels sitzen. (Sehr wahr! rechts.) Wenn die Schützlinge nicht beständen, müßten eine Anzahl von Fabriken geschlossen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte dann ja nicht in der Haut der Sozialdemokraten stehen. (Sehr gut! rechts.) Warum kommen denn so viel Hunderte holländischer Arbeiter nach Deutschland zu arbeiten. (Zuruf des Abg. Reinert.) Ja, drüben leben sie billiger, aber hier bekommen sie mehr Lohn. Die holländischen Arbeiter würden nicht so töricht sein, Herrn Reinert zu wählen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Bahndke (Sp.): Die Angst der Konservativen vor den nächsten Wahlen muß doch sehr groß sein. (Lebhafte Zustimmung links. Gelächter rechts.) Nur aus diesem Gemütszustand heraus ist es zu erklären, daß Herr Hahn hier ganz unerwartet eine solche Rede halten konnte. Was die Frage der Warenhäuser anlangt, so frage ich Herrn Hahn nur: wie steht er eigentlich zum Warenhaus für Arme und Marine? (Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.) betont gegenüber dem Abg. Hahn die Handwerkerfreundlichkeit der Nationalliberalen. Wenn Herr Hahn meinte, die Industrie verdanke der Landwirtschaft den Jollisch, so verweise ich darauf, daß Herr Hahn gegen den Robeisenjoll, die Grundlage des ganzen Jollisches, gestimmt hat. (Hört! hört! links.) Die Feindschaft des Bundes der Landwirte gegen die Warenhäuser wird am besten dadurch illustriert, daß die „Deutsche Tageszeitung“ Annoncen von Wertheim gebracht hat. (Hört! hört! links.)

Abg. Dr. Hahn (L.): Die weitere Aufnahme dieser Annoncen hat der Vorstand der „Deutschen Tageszeitung“ unterlagert und die Einnahmen daraus sind der Kasse des Bundes der Landwirte überwiesen worden. (Heiterkeit.) Wenn Herr Bahndke von Angst auf meiner Seite spricht, so hat er sich als schlechter Psychologe erwiesen. Daß durch die Warenhäuser unzählige Episternen vernichtet werden, ist zweifellos. Der Bund der Landwirte aber sorgt für die Erhaltung des Mißstandes. Dem Warenhaus für Arme und Marine stehen wir schroff ablehnend gegenüber. (Wabw! rechts.)

Abg. Reinert (Soz.):

Es muß traurig um die konservative Agitation stehen, wenn Herr Hahn hier die Gelegenheit bei den Haaren herbeizieht, eine Wahlrede zu halten. (Sehr gut! links.) Diese Wahlrede hatte offenbar nur den Zweck, das Handwerk vor dem Hansabund zu warnen und den Konservativen zu erhalten. Die Hauptfrage für das Handwerk ist, wie einmal ein Berliner Handwerksmeister sagte, wir brauchen Geld, alles andere ist Quatsch. Daran ändern auch solche konservativen Wahlreden nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Hahn sprach von der kleinen Elektrotechnik. Aber gerade durch die Glühkörpersteuer haben es die Konservativen dem kleinen Handwerk zum Teil unmöglich gemacht, noch Installationen zu übernehmen. Ich erinnere auch an die Rindholzsteuer. Auf diese Weise belasten die Konservativen das Handwerk und auf der anderen Seite stimmen sie gegen die Erbschaftsteuer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Am Alexanderplatz ist ein Warenhaus, wo Graf Hauke v. Donnermarsk seine Millionen hineingesteckt hat. Theorie und Praxis ist eben bei den Konservativen etwas ganz verschiedenes. Das zeigt sich besonders auch in der konservativen Agitation in Hannover. Seit der Erhebung des Herrn v. Bennigsen durch einen konservativen Oberpräsidenten erriet sich der Bund der Landwirte in Hannover hoher Protektion. Als Herr Hahn vor den letzten Reichstagswahlen dort eine unangemeldete Versammlung abhielt, mußte erst der Minister eingreifen, damit ein Strafverfahren gegen Herrn Hahn eingeleitet wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Konservativen treiben in Hannover die unverkennbare Agitation unter Anwendung des ungeheuerlichsten Terrorismus und wirtschaftlichen Boykotts. Die Handwerker sind dort gezwungen, bei der öffentlichen Wahl für den Konservativen zu stimmen, weil sonst die Nittergutsbesitzer ihnen die Aufträge entziehen und sie ergebnislos werden. So ist der Bund der Landwirte der größte Feind der Handwerker. (Wabw! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bahndke (L.): Von der unfruchtbaren Politik der Steuerhauke gegen die Warenhäuser ist das Handwerk abgenommen. Zwischen Industrie, Hansabund und Handwerk liegen viele Verzögerungspunkte. Die Bevormundung der Konservativen braucht das Handwerk nicht. Was in den letzten Jahren für das Handwerk geschaffen ist, sind Gesetze, die auf dem Papier stehen, aber in der Praxis keine Bedeutung haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Handwerker selbst werden bei der Erleichterung der betreffenden Gesetze nicht befragt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit voller Ueberlegung sind Hunderttausende von Handwerkern Mitglieder des Hansabundes geworden. (Abgeordneter Hahn: Das haben sie gar nicht gewußt!) Dieser Zuruf des Herrn Hahn ist eine Beleidigung der Handwerker. (Sehr wahr! links.) Mein Beitritt zum Hansabund hat meinen Einfluß im Handwerk vermehrt. Bei der Wahl können Sie ja die Probe auf das Exempel machen. In der Behandlung, die die Konservativen mir hier angedeihen lassen, liegt eine schwere Kränkung des gesamten deutschen Handwerks. (Lachen rechts.)

Abg. Schifferer (natl.): Herr Hahn verdächtigt uns, daß wir nicht landwirtschaftsfeindlich seien. Dabei ist 1902 der Jollisch erst durch die Nationalliberalen zustande gebracht worden, während der Bund der Landwirte 7,50 M. Joll für Roggen forderte. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Bahndke (Sp.): Den mittelstandsfreundlichen Herrn Hahn möchte ich fragen: Wie steht es mit der Verkaufstätigkeit des Bundes der Landwirte? Er ist selbst eine Art Warenhaus, das neben Düngemitteln Maschinen, Maschinenteile, Geräte aller Art wie Hacken, Spaten, Ketten verkauft. (Hört! hört! links.) Die Rede des Herrn Hahn war eine Agitationrede in letzter Stunde, darauf berechnet, die verlorenen Sympathie der Handwerker zurück zu gewinnen. Nicht persönliche oder Parteiangst hat ihm den Mund geöffnet. (Sehr gut! links.) Das Handwerk erkennt Ihre Absichten genau so, wie wir alle hier. (Sehr wahr! links.)

Abg. Hammer (L.): Die Sache muß einmal ausgepaukt werden. (Heiterkeit.) Herr Bahndke ist äußerst wandlungsfähig. 1903 war er Kandidat der Antifemiten zum Reichstag. (Abg. Bahndke: Das ist aus der Luft gegriffen!) Dann hat er von den Konservativen ein Mandat erhalten. (Abg. Bahndke: Das ist nicht wahr!) und damit ist er zu den Freikonservativen gegangen. (Abg. Bahndke: Stimmt auch nicht! Heiterkeit.) Der Verband der Warenhäuser hat für den Hansabund Geldsammlungen veranstaltet, das sind die neuesten Freunde des Herrn Bahndke. Die weiße Weste des Herrn Bahndke, auf die er sich zugute tut, liegt wohl zu Hause in der Kommode. (Große Heiterkeit rechts.)

Ein konservativer Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Abg. Dr. Hahn polemisiert gegen die Nationalliberalen. Ich persönlich habe einer Reihe von Nationalliberalen dazu verholfen, ins Parlament zu kommen, und bei der Stichwahl werden wir uns auch das nächste Mal wieder helfen. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Freundschaft zwischen uns und den Nationalliberalen ist nur durch die Haltung der Nationalliberalen bei der Reichsfinanzreform gestört worden, wo sie in einer wirtschaftlichen Frage den Fraktionszwang erklärten. Die Nationalliberalen mögen sich darüber nicht täuschen: Ihrem Vorkopf nach Dörrerufen folgt unser Gegenkopfnach West- und Süddeutschland. In Ost- und Westpreußen haben die Nationalliberalen dadurch Erfolg erzielt, daß sie den ganzen sandigen Boden unter Brenntwein gesetzt haben. (Stürmische Heiterkeit.) Es gibt sogar Fälle, wo Wahlkreise gekauft worden sind. (Große Unruhe. Stürmische Zurufe links: Wo? Namen nennen!) Ich denke an die Wahl des Abgeordneten Schwabach! (Große Unruhe bei den Nationalliberalen.) Im Westen wird den Nationalliberalen auch die konfessionelle Hege nicht nügen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Herr Bahndke sollte es bedenken machen, daß er die Zustimmung der Sozialdemokratie gefunden hat. (Abgeordneter Hoffmann: Sagen Sie mal was Vernünftiges, dann finden Sie auch unsere Zustimmung. Heiterkeit.) Wenn die Handwerker den Hansabund näher kennen lernen würden, werden sie ihm ebenso den Rücken kehren, wie Herrn v. Wechmann in München. Auf Herrn Bahndke paßt das Wort aus der bekannten Geschichte: „Armes Vater meinet, hast Du dich aber verändert!“ (Stürmische Heiterkeit rechts.) Wenn Herr Bahndke sich über die Verwendung der Gelder aus den Wertheim-Annoncen der „Deutschen Tageszeitung“ durch den Bund der Landwirte entäußert hat, so habe ich seinen Humor überschätzt. Besser konnten doch die Gelder vom Bunde nicht verwandt werden als zur Bekämpfung der Warenhäuser. (Wabw! rechts.)

Abg. Stroffer (L.): Herr Reinert warf uns vor, wir hielten hier Wahlreden. Die Sozialdemokraten haben aber seit Monaten nichts anderes getan. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Als ich bei der Gründung des Hansabundes Herrn Bahndke fragte, wie er sich dazu stelle, erwiderte er: „So töricht werden wir Handwerker nicht sein!“ (Hört! hört! rechts.)

Abg. Bahndke (L.): Wenn wir Handwerker unsere Stellung geändert haben, so ist daran die politische Konstellation schuld. Wir konnten nicht abnen, daß wir derart von der Finanzreform getroffen werden würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es zeugt von dem Tiefstand des heutigen politischen Kampfes, wenn Herr Hammer sich nicht scheute, die politische Ehre eines Witmenschen hier anzugreifen. (Sehr wahr! links.) Meine Worte an Herrn Stroffer waren die Antwort auf die Frage, ob etwa das Handwerk jetzt seine Selbständigkeit aufgeben würde.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Es folgt eine große Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Schwabach (natl.) bezeichnet die Behauptung, daß sein Wahlkreis gekauft sei, als schamlos. (Präsident v. Rüdiger ruft den Redner zur Ordnung.) Bei einem späteren Titel ersucht Abg. Brütt (L.) den Minister, darauf zu achten, daß die paritätischen Arbeitsnachweise von der Sozialdemokratie nicht mißbraucht werden.

Abg. v. Arnim (L.) verlangt Unterstützung der Rechtsauskunftsstellen des Reichsverbandes.

Minister Shadow: Die Unterstützungen werden nur am Auskunftsstellen erteilt, die außerhalb des politischen Kampfes stehen, weil es nur so möglich ist, das Vertrauen der Arbeitnehmer für sie zu gewinnen. An Auskunftsstellen des Reichsverbandes können daher keine Unterstützungen gewährt werden. Neuerdings werden Regierungsreferendare auf den Ausbildungsstellen beschäftigt, damit sie die Wünsche der Bevölkerung kennen lernen.

Abg. Reinert (Soz.):

Herr Brütt hat eine echte Scharfmacherrede gehalten gegen die paritätischen Arbeitsnachweise der Kommunen. Viele Gemeinden haben solche Arbeitsnachweise auf Veranlassung der Regierung errichtet. Der Zweck der Regierung war dabei ungeprobenem, der Landflucht der Arbeiter zu begegnen und eine Dezentralisation der Industrie herbeizuführen. Das ist aber nicht die Aufgabe von Arbeitsnachweisen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben nicht die Handhabe zu bieten, um Arbeiter zu unwürdigen Verhältnissen auf dem Lande festzuhalten. Dadurch kann das Vertrauen der Arbeiter zu solchen Nachweisen nicht gehoben werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften in den Arbeitsnachweisen überall die Mehrheit haben, stimmt nicht, es gibt auch Orte, wo die Christlichen die Mehrheit haben. — Was die Rechtsberatung der minderbemittelten Bevölkerungsglassen betrifft, so hat Herr v. Arnim um Unterstützung der Auskunftsstellen des „gemeinnützigen“ Reichsverbandes. Sehr interessant, daß dieser Verband hier um Geld von der Regierung bitten muß, während er draußen so tut, als ständen ihm Mittel in Fülle und Güte zur Verfügung. Seine Rechtsauskunftsstellen sind im übrigen lediglich zum Kampfmittel gegen die freien Gewerkschaften bestimmt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das erste Arbeitersekretariat ist 1894 in Nürnberg von der Sozialdemokratie errichtet worden, als noch keine Gemeinde an die Errichtung solcher Auskunftsstellen dachte. Heute sind von den Gewerkschaften und der Partei 112 Sekretariate und 151 Auskunftsstellen in mühseliger Weise eingerichtet worden. Besondere Auskunftsstellen der Gemeinden sind aber ganz überflüssig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es sind in den 15 Jahren seit 1890 von uns

über 3 Millionen Rechtsauskünfte erteilt

worden, unsere Sekretariate genießen in allen Kreisen der Bevölkerung das größte Vertrauen. Es zeugt von der ganzen Mißverständlichkeit der preussischen Regierung, daß sie diese Institute belächelt, deren segensreiche Wirkung von allen Sozialpolitikern anerkannt ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Auskunftsstellen bei den von der Regierung unterstützten gemeinnützigen Auskunftsstellen sind trotz der Vermehrung der Auskunftsstellen von 1908—1909 zurückgegangen. Daneben sind nur noch von

einiger Bedeutung die katholischen Auskunftsstellen. Ganz bedeutungslos sind aber die Auskunftsstellen des Reichsverbandes, die jetzt um Unterstützung bitten. Vielfach lassen auch die bei gemeindlichen Auskunftsstellen um Auskunft nachsuchenden die erhaltenen Auskünfte bei uns nochmal nachprüfen. Mit Auskünften von Juristen ist solchen Leuten nicht gedient, sie wollen über ihre Verhältnisse mit Leuten aus der Praxis reden, zu denen sie Vertrauen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von den bestehenden Auskunftsstellen des Reichsverbandes sind überhaupt nur fünf nach der amtlichen Statistik benützt worden. In Lauterberg ist eine solche Auskunftsstelle eingegangen. Die Tätigkeit des Auskunftsstellenbestandes darin, daß er umherreist und Reichsverbandsschlüssel verteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Erfolg war ein enormes Ansteigen der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in dieser Gegend. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Gewerkschaften haben 1909 rund eine halbe Million Mark für die Rechtsbelehrung der Arbeiter ausgegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie nehmen damit dem Staat Aufsparen ab, die er zu leisten verpflichtet wäre. Dafür werden sie durch die Regierung in diesem Hause fortgesetzt geschmäht. Das wird sie nicht hindern, ihre Kulturarbeit mit aller Energie weiter fortzuführen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rosenow (Sp.) betont, daß nach Ansicht seiner Freunde die Auskunftsstellen unparteiisch geführt werden müßten.

Abg. Jambusch (Z.) hebt die Erfolge der Rechtsauskunftsstellen des Verbandes christlicher Vergarbeiter hervor.

Abg. Leinert (Soz.):

Dem Abg. Jambusch erwidere ich: Nach der Statistik der Generalkommission wird von 82 Sekretariaten die Auskunft an alle Auskunftsstellen erteilt, gleichviel, ob sie organisiert sind oder nicht, gleichviel, welcher Bevölkerungsklasse sie angehören. 71 von diesen Sekretariaten gewähren auch allen Personen Rechtshilfe. Der Abgeordnete Jambusch hat dann hier die Vorteile der Rechtsauskunftsstellen des Verbandes der christlichen Vergarbeiter zu schildern versucht. Es ist leider nicht möglich, die Erfolge der Auskünfte in jedem Falle festzustellen. Die Leute kommen, wenn sie die Auskunft erhalten haben, nicht wieder zurück in die Auskunftsstelle, sie begnügen sich mit dem Erfolge. Aus diesem Grunde sind alle solche Feststellungen nur mangelhaft. Sie lassen sich vielleicht bei den christlichen Vergarbeitern ermöglichen, weil sie Mitglieder des Verbandes sind, deren Aufenthalt und Verbleib viel eher zu ermitteln ist als bei den Leuten, die aus allen Bevölkerungsklassen in unseren Sekretariaten verkehren, deren Wohnungen sich vielleicht geändert haben und die nicht mehr aufzufinden sind.

Abg. Korow (L.) wünscht Gewährung von Realkredit zu niedrigem Zinsfuß an Kleinrentnerbetriebe, insbesondere in den Ostmarken. Damit ist die Beratung des Handelssetats erledigt. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Vauetat). Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Bei der Festsetzung der Debatte über die Resolution Wed-Sichhoff, die für Kostassistenten Zulagen in der Höhe von 100-300 M. fordert, kam es zu interessanten Zwischenfällen und zu scharfen Angriffen gegen die Resolution des Kostassistentenverbandes. Erzberger wandte sich lebhaft gegen den Verband, ebenso Abg. Dröschner, der auch von der jetzigen „unglücklichen politischen Entwicklung“ sprach. Die Vertretung der Assistenten sei eine kindische, sei ihm doch sogar zugemutet worden, den Etat abzulehnen, wenn nicht bis zur dritten Lesung die Wünsche und Forderungen der Assistenten erfüllt seien. Trotzdem scheinen die Konservativen vor den Assistenten ein wenig Angst zu haben; denn Dröschner suchte krampfhaft nach einem Auswege, den Assistenten wenigstens scheinbar entgegen zu kommen. Er regte an, die Regierung möge erwidern, ob den Assistenten nicht später doch etwas gewährt werden könne. Geheimrat Jahn bekämpfte auch diese Anregung, denn jede Befreiung der Kostassistenten würde in Preußen zu finanziell bedenklichen Konsequenzen führen, da sofort auch andere Beamtenkategorien Forderungen stellen würden. Schatzsekretär Bermuth stellte ein Einvernehmen mit Preußen wegen der Beamtenbesoldung in Aussicht. In erster Linie müßte die Deckungsfrage erörtert werden. Davon redet aber keiner der Abgeordneten, die für die Assistenten eingetreten seien. Der bequeme Simocia, irgendwo müßten die Mittel beschafft werden, sei für einen Finanzminister das allerschlimmste. Eine Befolgung dieses Rates würde alle guten Finanzgrundsätze wieder über den Haufen werfen. Dabei mache er aber nicht mit. Die Anregung Dröschners zum Beschluß zu erheben, würde bei einem Teil der Anwesenden nur Hoffnungen wecken, bei einem viel größeren Teile aber das Gefühl der Zurücksetzung auslösen. Vor solchen Beschläffen müsse er warnen.

Genosse Eichhorn erklärte, die Sozialdemokraten würden gegen die Resolution Wed-Sichhoff stimmen, wenn auch zugegeben sei, daß das jetzige Höchstgehalt von 3300 M. nicht zu hoch sei. Die Konservativen hätten bei der Besoldungsordnung an ihrem Antrage festhalten sollen, der ein Höchstgehalt von 3000 M. forderte. Die Assistenten hätten es den Konservativen zu verdanken, wenn das Höchstgehalt jetzt nur auf 3300 M. bemessen sei. Die Beamten brauchten nicht danach zu fragen, ob sie bei der Vertretung ihrer Interessen die Sympathien ihrer Vorgesetzten hätten oder nicht. Die Resolution Wed-Sichhoff sei nichts anderes als eine Wahlmasse.

Abg. Wed richtete scharfe Angriffe gegen das Zentrum, das einmal das Wort „Wagen oder brechen!“ ausgesprochen habe. Erzberger antwortete, eine Partei wie die der National-Liberalen, die aus eigener Kraft bei den nächsten Wahlen nicht ein einziges Mandat erringen würde, sich vielmehr auf sozialdemokratische Wahlhilfe verlassen müßte, tue am besten, stille zu sein und keine Vorwürfe zu erheben.

Abg. Dröschner stellte den Antrag, die Regierung möge erwidern, ob nicht den Oberpostassistenten, die vor dem 1. Januar 1909 in den Dienst getreten seien, eine persönliche Zulage von 200 M. gewährt werden könne. Die Regierung wandte sich lebhaft gegen diesen Antrag; ebenso erklärte sich der Abg. v. Richthofen gegen die vorliegenden Anträge. — Genosse Koste betonte, die Sozialdemokraten hätten die Wünsche der Assistenten anerkannt und erkennen sie auch heute noch an. Die endgültige Stellungnahme zu den Resolutionen würden sich die Sozialdemokraten für das Plenum vorbehalten, jetzt aber könne eine Zustimmung nicht erfolgen.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Die Resolution Wed-Sichhoff wurde gegen 19 Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und Konservativen abgelehnt; dagegen die Resolution Dröschner mit 14 gegen 13 Stimmen (Sozialdemokraten, Zentrum, 1 Nationalliberaler und 1 Freisinniger) angenommen.

Darauf wurde die Beratung des Etats der Reichspost fortgesetzt.

Gerichts-Zeitung.

Geheimnisse aus einer Polizei-Arrestzelle.

Wegen Körperverletzung im Amte hatte sich der Polizeisergeant Gustav Renzel aus Lahn vor der Hirschberger Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlung zeigte wieder einmal, wie übel gelegentlich Arrestanten in Polizei-Arrestzellen mitgespielt wird. In den meisten Fällen gelingt es leider nicht, hierfür Zeugen aufzubringen, weil die Polizeiwachen und Arrestzellen verschwiegene Orte sind und Schuppleute sowie Polizisten von den meisten Ge-

richtigen immer als klassische Zeugen angesehen werden. Bei der Verhandlung gegen Renzel glückte das nun ausnahmsweise einmal nicht. Denn der Hauptbelastungszeuge war ein Gefängnisaufseher, also ein Beamter. Im August v. J. geriet ein Monteur Dittrich aus Breslau in Lahn wegen eines an sich geringfügigen Vorfalls mit der Polizei in Differenzen und wurde von dem Angeklagten Renzel und dem Gendarm Jander verhaftet. Auf dem Wege zur Wache wurde Dittrich schon mehrfach von den beiden Beamten gefoltert. Viel schlimmer aber erging es Dittrich im Gefängnis selbst. Da Lahn kein eigenes Polizeigefängnis hat, werden alle Arrestanten nach dem Amtsgerichtsgefängnis geschafft, wo für diese Zwecke eine Zelle abgemietet ist. Der Aufseher des Gefängnisses, der den beiden „Ordnungshütern“ und dem Arrestanten die Tür öffnen mußte, befandete als Zeuge, daß er gesehen habe, wie im Hausflur des Gefängnisses Dittrich von beiden Beamten mit den Häuten bearbeitet wurde, wie Renzel den Dittrich auf dem Boden bis zur Bewusstlosigkeit schleppte und mit einem kräftigen Stoß in die Zelle schleuderte. Das alles sei geschehen, obwohl Dittrich keinen Widerstand leistete und wiederholt flehentlich um Schonung bat. Nach Angaben des Mitgefangenen hat er in der Zelle dann noch über 20 Säßelstöße vom Gendarm Jander erhalten, gegen den die Klage vor dem Kriegsgericht wegen Mißhandlung im Amte noch schwebt. Tatsache ist aber, daß der Gefangenenaufseher, als er auf das Wimmern Dittrichs die Zellentür öffnete, diesen kraft blutend und laut schreien vorfand. Auch die am anderen Tage erfolgte ärztliche Untersuchung zeigte, daß der ganze Körper mit grünen und blauen Flecken wie besät war. Vierzehn Tage war das Opfer der unmenschlich hausenden Polizisten arbeitsunfähig.

Der angeklagte Polizist versuchte natürlich die Zeugen als unglaubwürdig hinzustellen und will Dittrich nur einen „unrechten“ Stoß verfeßt haben. Diesmal aber hatte der saubere Ordnungshüter kein Glück. Der Staatsanwalt und auch das Gericht glaubte ihm nicht. Mit Rücksicht auf die an den Tag gelegte Rohheit beantragte der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis und hob dabei hervor, daß, wenn bei uns die Beamten bei Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit den weitgehendsten Schutz genießen, dann diese aber auch bei Begehung von Mißhandlungen im Amte härter als andere Leute bestraft werden müssen. Das Gericht erkannte auf nur 2 Monate Gefängnis.

Duellerei.

Einen löstlichen Beitrag zum Duellkampf lieferte eine Anfrage wegen Herausforderung zum Zweikampf bezw. Kartelltrügerei, die gestern den Hauptmann der Landwehr a. D. Paul von Bloch und den Hypotheken- und Grundstücksmakler Eduard Soenen vor die 5. Strafkammer des Landgerichts I führte. Der erste Angeklagte, der jetzt Korrespondent in einem kaufmännischen Geschäft ist, hatte es mit seiner Stellung als Hauptmann der Landwehr für vereinbar erachtet, als Darlehensmittler sich öffentlich anzupreisen. Er hatte im Jahre 1908 eine Annonce veröffentlicht, in welcher es hieß: „Offizier diskontiert Kametaden, Beamten, Hausbesitzer Wechsel unter soliden Bedingungen, vorschussfrei.“ Hinter ihm stand, wie er vor Gericht auslegte, als eigentliche Geldgeberin die „Allgemeine Kreditbank“, Schilderstraße 12. Auf diese Annonce meldete sich ein mittlerer Beamter B., der nach überstandener schwerer Krankheit Geld brauchte. Er wollte 400 M. haben und übergab dem Herrn v. Bloch ein Akzept über 500 M., wogegen er die Versicherung erließ, daß er die verlangte Summe erhalten werde. Kurze Zeit darauf hatte er an Auskunftsgebühr die Summe von 5 M. zu zahlen, dann aber hörte er von einer Erledigung seines Gesuchs nicht mehr. Er behauptet, in einem Zeitraum von mehreren Wochen 8-10 Briefe an v. P. geschrieben zu haben und gänzlich ohne Antwort geblieben zu sein. Kurz vor Fälligkeit seines Wechsels habe er diesen erst ohne weitere Erklärung zurückerhalten. Dieses Verhalten erwiderte in ihm Zweifel an der Offiziersqualität des Herrn v. Bloch. Er fragte beim Bezirkskommando II Berlin an, ob es tatsächlich einen Offizier dieses Namens gebe, denn nach der Art des Ermerbes zu urteilen, die in der preussischen Armee doch ungewöhnlich sei, sei er zweifelhaft, ob v. P. tatsächlich Offizier sei. Dieses Schreiben gab dem Angeklagten v. P. Anlaß, dem Schreiber dieses Briefes an das Bezirkskommando durch den Mitangeklagten eine Forderung auf Pistolen bei dreimaligem Kartellwechsel und 20 Schritte Distanz überbringen zu lassen. Die Herausforderung wurde nicht angenommen, hatte aber die jetzige Anklage zur Folge. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate bezw. 1 Monat Festungshaft, das Gericht erkannte auf 1 Monat bezw. 1 Woche Festungshaft.

Rektor Bod.

Der vielgenannte ehemalige Leiter der 40. Gemeindeschule in der Gneisenaustraße wird sich nunmehr am Sonnabend wegen Sittlichkeitsvergehen und Beleidigung vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin II zu verantworten haben. Mit ihm ist der Lehrer Anton Knöfel angeklagt. Der Angeklagte Bod, über dessen Verhalten seinen SchülerInnen gegenüber schon seit längerer Zeit allerlei Gerüchte verbreitet waren, war schon Anfang vorigen Jahres einmal von der Kriminalpolizei verhaftet worden, weil er von einer Schülerin beschuldigt worden war, an ihr unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Bod wurde aber nach vier Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt, weil das Mädchen die Beschuldigungen widerrufen hatte. Es kamen über das Verhalten des Rektors Bod und auch des Mitangeklagten zu den SchülerInnen der katholischen Mädchenschule in der Gneisenaustraße dann so absonderliche Dinge zutage, daß die Staatsanwaltschaft die Verhaftung des Rektors in seinem Sommeraufenthalte in Glatz verfügte. Er war ursprünglich gegen eine Kaution von 10 000 M. auf freiem Fuß belassen worden, seine Verhaftung wurde aber verfügt, da man Grund zu der Annahme zu haben glaubte, daß er danach trachtete, über die österreichische Grenze zu entfliehen. Zur Anklage steht eine ganze Reihe von Fällen, in denen, wie behauptet wird, an Mädchen im Alter von 13 bis 15 Jahren schwere sittliche Verfehlungen vorgekommen sein sollen. — Bod sitzt seit dem 30. Juli vorigen Jahres in Untersuchungshaft. Die Sache hat sich dadurch verzögert, daß Bod in der Haft schwer erkrankt war und sich einer Operation hatte unterziehen müssen. In der am Sonnabend beginnenden Hauptverhandlung wird Landgerichtsdirektor Forstmann den Vorsitz führen und Staatsanwalt Braut die Anklage vertreten. Bod ist 49 Jahre alt, in Grednid, Kreis Leobschütz geboren, verheiratet und Vater eines 19jährigen Sohnes und zweier Töchter. Er wird von den Rechtsanwältinnen Abramczyk und Alfred Salomon verteidigt. Lehrer Knöfel, der im Alter von 42 Jahren steht, wird vom Justizrat Wronker verteidigt. Als medizinischer Sachverständiger sind Stabsarzt Dr. Hler und der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Hoffmann, als Zeugen etwa 80 Personen, darunter eine große Zahl von SchülerInnen, geladen. Die Verhandlung, die drei Sitzungstage in Anspruch nehmen dürfte, wird unter vollem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden.

Einstellung der Vergehung.

Wie unseren Lesern erinnerlich, wurde der Genosse Münzinger beschuldigt, eine frevelhafte Majestätsbeleidigung in einer Versammlung in Neue Schleuse (einem Vorort von Rathenow) verübt zu haben. In einer dort am 22. Januar abgehaltenen Protestversammlung sprach er in Anlehnung an einen Ausspruch Friedrichs des Großen davon, daß der König der höchste Diener des Staates sein soll. Die überwachenden Beamten — ein Gendarm und ein Amtsdiener — berichteten, der Redner habe gesagt der König sei ein Degenbiener. Darob höchstpeinliches Verfahren wegen Majestätsbeleidigung gegen Münzinger. Die Staatsanwaltschaft in Prenzlau hat nun eingesehen, daß der den überwachenden Be-

amten fremde württembergische Dialekt des Redners diese zu einem weiteren Mißverständnis verleitet hat und jetzt das Verfahren wegen Majestätsbeleidigung als jeglicher Grundlage entbehrend eingestellt. Die Staatsanwaltschaft hätte Zeit und Arbeit sich und anderen erspart, wenn sie von vornherein das Ermittlungsverfahren abgelehnt hätte. Es wäre zu dem famosen Polizeibericht nicht gekommen, wenn die Behörde die höchst überflüssige Ueberwachung der Versammlung unterlassen hätte.

Verfammlungen.

Die Verschärfung freien Geländes in der Umgegend Berlins.

Ueber dieses Thema sprach Genosse Ledebour am Dienstag in einer Volksversammlung, die den großen Saal in der Uckerstraße 6/7 samt der Galerie bis auf den letzten Sitzplatz füllte. In dem fesselnden und lehrreichen Vortrage schilderte der Redner, wie infolge wucherischer Schachergeschäfte die für die Volksgesundheit so notwendigen Erholungsstätten, die die freie Natur in der so wald- und wasserreichen Umgegend Berlins in großer Fülle bietet, der Bevölkerung immer mehr entzogen werden, wie man die Natur in barbarischer Weise verschandelt, z. B. die liebliche Gegend von Bicheldorfer durch den Bau der schmutzgeraden Döberitzer Landstraße, die, wenn sie nun einmal gebaut werden sollte, ebenso gut mit einer ganz geringen Biegung durch das Sumpfgelände unterhalb der Insel geführt werden könnte, wie man auch in Berlin selbst die freien Plätze und sogar den größten Teil des alten Botanischen Gartens der Wauspekulation überantwortet. Dieser ganzen Sache werde im Volke und selbst in unserer Partei noch gar nicht genügend Wert beigemessen. Die Berliner Stadtverwaltung hat in dieser Hinsicht ihre Pflichten in unverantwortlicher Weise vernachlässigt, wie es eben nur auf Grund des Dreiklassenwahlrechts und des Hausbesitzerprivilegs möglich war. Das Gleiche gilt natürlich vom Staat. Früher hat man Berlin glücklich gepriesen, weil man meinte, daß der Reich des Fiskus und der Krone an Wald und Feld diese Erholungsstätten vor der Verwüstung durch die Wauspekulation schützen würde. Das hat sich ja jetzt längst als ein Irrtum erwiesen. Der Redner ging dann besonders auf die Verschärfung des Tempelhofes durch den Reichsfiskus ein, die ja jetzt, wo es zu spät ist, in der Öffentlichkeit große Aufregung hervorgerufen hat. Er schloß mit den Worten, daß die Bevölkerung Berlins alles aufzuwiegen muß, um dieses nichtwürdige System unmöglich zu machen, daß aber allerdings erst der Sozialismus die Bedingungen schaffen wird, die dem ganzen Volke das Recht und die Möglichkeit der so notwendigen Erholung in der freien Natur geben werden. Es gelte aber, den Kampf auf allen Lebensgebieten aufzunehmen, um so eher werde auch das Endziel erreicht werden.

Dem Vortrage, der lebhaften Beifall fand, folgte eine kurze Diskussion. Die Genossin Paische machte in wirksamen Worten auf den 19. März, den Weltemonstrationsstag für das Frauenwahlrecht, aufmerksam, und Genosse Daneel wies auf die kommende Stadtverordnetenwahl hin, bei der es gilt, alle Kräfte einzusetzen, um auch in dem Bezirk, wo die Versammlung tagte, das Mandat für die Sozialdemokratie zu erobern. Mit Hochrufen auf die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Das Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung und die Kassenangestellten.

Lautele das Thema einer überfüllten Versammlung der Angestellten der Berliner Krankenkassen, die am 1. März in den Berliner Ruffertstraße stattfand. Verbandsvorsitzender Siebel gab in seinem Referat der Empörung Ausdruck, die die Krankenkassenangestellten über das geplante Attentat auf ihre Existenz erfüllt. Das Einführungs-gesetz will mit einem Schlage alle durch Privatvertrag in jahrzehntelanger treuer Pflichterfüllung erworbenen Rechte der Angestellten vernichten. Die Angestellten sollen außerhalb der bürgerlichen Rechtsordnung gestellt werden. Man will sie mit dem Einführungs-gesetz aus den Kassen heraus-schaffen. „Wohlmollen“ sagt die Regierung; wem es nicht gefällt, der hat das Recht zu — kündigen. Durch das von den Mehrheitsparteien vereinbarte Kompromiß zum Angestelltenrecht in der Reichsversicherungsordnung sollen die Angestellten der freiesten Willkür des Versicherungsammines, also keines von der Regierung abhängigen Bureaucraten ausgeliefert werden. Den Vorständen wird außerdem das Anstellungsrecht so gut wie illusorisch gemacht und damit der entscheidende Schlag gegen die Selbstverwaltung geführt. Deshalb sei es höchste Zeit für die Versicherten, ihr Veto einzulegen und die öffentliche Meinung gegen diesen Rechtsraub aufzurufen. Die Regierung irrt sich, wenn sie annimmt, die Angestellten würden nun ins Kausloch kriechen. Nein, jetzt werde ein Kampf der Angestellten um ihre Existenz beginnen, der mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen, geführt werden muß. Durch lebhaften Beifall gab die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen kund. Ohne Diskussion wurde dann einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die am 1. März 1911 versammelten Kassenangestellten Groß-Berlins nehmen mit Empörung Kenntnis von der Art, wie in dem Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung die Rechte der derzeitigen Angestellten der Ortskrankenkassen behandelt sind. Die Artikel 29-32 sind nicht nur eine ungeheuerliche Härte gegen die zum Teil im Dienste der Ortskrankenkassen erkrankten Angestellten, sie involvieren auch einen brutalen Raub wohlerworbener Rechte, über den die Betreffenden der Begründung, die bezeichnenderweise von „Wohlmollen“ und „Vermeidung jeder Härte“ spricht, nicht hinwegtäuschen können. Uebri-gens beanspruchen die Kassenangestellten nicht Wohlwollen, sondern Achtung ihrer durch die geschliche Selbstverwaltung im Rahmen des bürgerlichen Rechts geschaffenen privatrechtlichen Rechte.

Die Versammelten erheben namentlich Protest gegen die Artikel 31 und 32. Der Artikel 31 ist ein schlimmes Produkt heimlich-geschäftiger Engherzigkeit und Artikel 32 wird in den Händen der Aufsichtsbehörden der Krankenkassen zum Mittel tüdlicher Schikane gegen persönlich oder politisch mißliebige Angestellte.

Die Versammelten erwarten vom Reichstage, daß er sich nicht mißschuldig macht an dem ihm aus niedrigen Parteizwecken angeordneten Rechtsraub, der in der bisherigen Geschichte des deutschen Reichstages und selbst der des preussischen Landtages ohne gleichen wäre. Mit der Expropriation privatrechtlicher Rechte ohne jegliche Abfindung würde der Reichstag die Behandlung der Angestellten außerhalb der bürgerlichen Rechtsordnung stellen.

Die Versammlung fordert vom Reichstage die Respektierung der durch lange Jahre ernter Pflichterfüllung wohlverdienenden Rechte jedes Angestellten und weiter die sofortige Inanspruchnahme des § 303 der Reichsversicherungsordnung auch für auszulösende Ortskrankenkassen; sie erwartet mindestens die glatte Ablehnung der in den Artikeln 31 und 32 zutage tretenden Tendenzen.

Das gefennzeichnete Einführungs-gesetz wird in seinen angefeindlichen Wirkungen durch das jetzt beantragte Kompromiß über das Angestelltenrecht der Reichsversicherungsordnung ins Angeheuerliche gesteigert. Solche Gestaltung des Angestelltenrechts bedeutet die Verflattung der Angestellten, die Untergrabung jeglicher Gewissensfreiheit und statt des vorgeschützten wirtschaftlichen Schutzes die ärgste Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Die Versammelten rufen die Versicherten auf, sich ebenfalls gegen die veräberlichen Anschläge auf ihr Selbstverwaltungsrecht energisch zur Wehr zu setzen.

Zentralverband der Maschinen- und Feizer sowie Berufsgenossen. Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin fand am Sonntagmorgen in den Arminshallen statt. Der Rechenschaftsbericht der Verwaltung für das verflossene Jahr, der gedruckt vorlag, wurde von dem Vorsitzenden

Schwittau in verschiedenen Punkten erläutert. Dem Bericht ist im wesentlichen das folgende zu entnehmen: Die zuerst wenig versprechende Geschäftskonjunktur hat sich langsam gebessert. Charakteristisch ist aber eine wesentliche Abnahme der kleinen Betriebe, die man eingehen läßt, um bei den Berliner Elektrizitätswerken Anschluß zu nehmen. Die Verwaltung ist seit langem bestrebt, einen tüchtigen Stamm von Vertrauensleuten der einzelnen Betriebe als wichtigen Faktor für die Agitation heranzubilden. 23 Verwaltungsstellen, 8 General-, 137 Bezirks- und 238 Betriebsverwaltungsstellen fanden im Geschäftsjahre statt, ferner 35 Kartellversammlungen (teils mit dem Kartell der Brauereien, teils mit dem der Metallindustrie), 41 Gruppenführerungen, 12 Versammlungen der Vertrauensmänner. Mit den Brauereien fanden 23 Verhandlungen statt. 208 Verhandlungen fanden zur Regelung von Differenzen in den verschiedenen Betrieben überhaupt statt. An 16 Streiks und Lohnbewegungen anderer Verbände war die Verwaltungsstelle Berlin beteiligt mit 48 Mitgliedern, denen eine Aufbesserung des Lohnes von 1,50 M. bis 6 M., ferner eine Verkürzung der Arbeitszeit bis zu 12 Stunden pro Woche gewährt wurde, und in einem Falle gelang die Anerkennung des Tarifs. 14 Klagen, teils vor dem Gewerbegericht, teils vor dem Amtsgericht mußten anhängig gemacht werden, um die Rechte der Mitglieder zu wahren. Einige Kapitel des Berichts sind den Organisationsartikeln und Grenztreueigkeiten gewidmet, wobei eine Auseinandersetzung mit dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter vorgenommen wird.

Nach dem Kassensbericht des Kassierers Holz für das Kalenderjahr 1910 betrug die Einnahme der Lokalkasse 51 016,95 M., die Ausgabe 48 230,27 M. Somit war eine Mehreinnahme von 2786,68 M. zu verzeichnen. Am 31. Dezember 1909 war ein Kassenbestand von 12 163,67 M., am 31. Dezember 1910 ein Bestand von 14 960,35 M. vorhanden. Die Zahl der Mitglieder blieb trotz großer Fluktuation fast unverändert, am Ende des Jahres zählte man 1740 Mitglieder. An 236 Arbeitslose zahlte die Hauptkasse 6245,83 M. zur Unterstützung, an 274 Kranke 7724,56 M., an 13 Streikende 346,38 M., an 21 Gemahregelte 1097,66 M., zur

Unterstützung in Sterbefällen 1335 M., für Rechtschutz 345,40 M. und als Extraauszahlung an 4 Mitglieder 61 M. Aus der Lokalkasse wurden an Extraauszahlungen 339,80 M. und als Zuschuß in den Sterbefällen 540 M. gezahlt. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden durch Extrazuschüsse 300 M. aufgebracht. Für die Agitation zahlte die Hauptkasse 466,41 M., die Lokalkasse 1045,07 M.

Holz erstattete auch den Bericht vom Arbeitsnachweis, woran Schwittau den Bericht vom Kuratorium anschloß. Holz bemerkte, daß er der Ansicht von einer Besserung der Konjunktur nicht beipflichten könne. Seine Erfahrungen als Leiter vom Arbeitsnachweis ständen dem entgegen. Im Laufe des Jahres ließen sich 564 Verbandsmitglieder einschreiben und 182 Arbeiter, die eine Gebühr von 20 Pf. zu zahlen hatten, also nicht Mitglieder waren. Die letzteren meldeten sich viel zahlreicher, aber bei der völligen Ausichtslosigkeit, sogleich Arbeit zu erhalten, zogen sie es oftmals vor, die Gebühr zu sparen. 306 Arbeiter meldeten sich als Zuschüsse. 771 Arbeitsstellen wurden gemeldet, die aber vielfach wenig wert waren, da die Unternehmer zu billigen Leuten verlangten. 686 Stellen wurden besetzt, davon aber 499 als Zuschüsse. Bei 102 Kesselreinigungen wurden 395 Arbeiter beschäftigt, die dadurch einen Gesamtverdienst von 7793,85 M. hatten. 42 Kessel wurden im Stundenlohn von 75 Pf. pro Stunde gereinigt.

Wie schlecht die Arbeitsverhältnisse noch oftmals sind, zeigt die im Geschäftsjahre veranstaltete Statistik. Im „Grand Hotel Alexanderplatz“ und bei der Baufirma Aug. Richter befanden 24stündige Beschäftigten. Bei Lehder Nachf., Pachmann u. Hauber, Wilmersdorfer Straße, und im „Hotel Excelsior“ bestanden 18stündige Beschäftigten. Bei E. Woll, wo von 13 Beschäftigten 10 unorganisiert sind, werden 53 Pf. pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit bezahlt. Die Anilinwerke in Treptow zahlen 42 bis 51 Pf. pro Stunde, die Berliner Dampfmühlengesellschaft zahlt 28 M. Wochenlohn bei 12 Stunden pro Tag. Bei Radge (Holzbranche) besteht die 12stündige Arbeitszeit bei einem Wochenlohn von 26—31 M.,

begleichen bei Rutenberg. In der Pappfabrik von Bi-ganlow besteht eine Arbeitszeit von 12—14 Stunden bei einem Stundenlohn von 42—44 Pf., bei Hagelberg 13 1/2 Stunden bei 43—52 Pf. Stundenlohn, bei Krause eine Arbeitszeit von 14 Stunden.

Besonders schlechte Löhne und lange Arbeitszeiten bestehen in den Staats- und städtischen Betrieben wie in den Untersuchungsgefängnissen Turmstraße, Rathenower Straße und Blöhensee, besonders aber auch im Virchow-Krankenhaus.

Schwittau machte darauf aufmerksam, daß Beschwerden über den Arbeitsnachweis nur beim Kuratorium einzureichen sind. Im verflohenen Jahre sind keine Beschwerden eingelaufen. Müller erstattete den Bericht von der Gewerkschaftskommission und wies besonders auf den Beschluß in bezug auf den Raifonds hin.

Ein Antrag der Verwaltung, daß als Funktionäre nur solche Mitglieder gewählt werden dürfen, die mindestens ein Jahr gewerkschaftlich und politisch organisiert sind, wurde angenommen.

Die Diskussion über die verschiedenen Berichte ergab keinerlei Differenzen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Eine belaufige Episode. — Finanzkapitel und Reizen. Von R. Kautsk. — Der gewerkschaftliche Konflikt in Oesterreich. Von Edm. Durian (Brünn). — Die „Hausheit“ der Bergleute. Von Otto Dur. — Die Hochburgen der Parteien (Zum 40jährigen Jubiläum des Deutschen Reichstags.) Von Albrecht Jähle (Berlin).

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 5. März 1911, abends 6 1/2 Uhr, in den Pharusälen, Müllerstr. 142:

Oeffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Vortrag des Stadtv. Wilhelm Düwell-Lichtenberg über:

Wucherpolitik.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Der Einberufer: Albert Uekert, Schwedenstr. 15 b.

225/13

Dritter und vierter Wahlkreis.

Freitag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Rauchstr. 27:

Oeffentliche

Kommunalwählerversammlung für den 11. und 13. Bezirk.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl.

Referent: Stadtverordneter Dr. Weyl.

2. Ansprachen der Kandidaten und freie Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch laden ein

Die Vorstände der sozialdemokratischen Wahlvereine.

J. A.: Paul Hoffmann, Stralauer Platz 1/2.

216/5*

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Am 27. v. Mts. verstarb unser Mitglied, der Uhrmacher

Richard Steinhaus

Schwedenstr. 18a.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Pringens-Wäse, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 1. März verstarb unsere Genossin Frau

Hedwig Wittbrodt

(Totstr. 25.)

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes, Reinickendorfer-West, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Wilhelm Scheel

am 28. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakob-Kirchhofes in Nizdorf, Hermannstr., aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

112/15 Die Ortsverwaltung.

Stierdurch die traurige Nachricht, daß mein herzgeliebter

Ferdinand Fuhrmann

im 62. Lebensjahre am Mittwoch verstorben ist.

Um stille Teilnahme bitte

4436 Klara Fuhrmann

Die Beerdigung findet Montag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle der Simonsgemeinde, Weiß, aus statt.

225/13

Am 27. Februar verstarb unsere liebe Mitarbeiterin, die Buchbindereihilfsarbeiterin

Frau Luise Kiewitt

im 48. Lebensjahre.

Ihr werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt

Paul Singer & Co.

225/14

Am 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, verstarb unsere Mitarbeiterin, die Buchbindereihilfsarbeiterin

Frau Luise Kiewitt

im 48. Lebensjahre.

Die Untergeschrieben werden ihr Andenken teils in Ehren halten.

Das Personal

der Vorwärts Buchdruckerei

Paul Singer & Co.

Die Beerdigung wird noch be-

kannt gegeben.

225/13

Zentral-Verband der freien Händler, Hausierer u. verw. Berufsagen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Otto Nagel

am 27. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von Trauerhalle in Treptow, Beermannstraße 8, aus auf dem Treptower Gemeindefriedhof an der Reichen Krug-Wäse statt.

4485

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

225/13

Am 28. Februar verstarb unser werter Kollege, der Buchdrucker

Gustav Bahr.

Sein lieber Charakter schenkt uns ein dauerndes Gedächtnis.

4426

Die Beerdigung findet am Sonntag 1 Uhr, von Weißstr. 67 aus statt.

Die Kollegen d. Buchdruckerei

Alfred Unger.

225/13

Ihren lieben Freunde und Genossen 4418

Rudolf Kresse

zu seinem 50. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche!

Seine Freunde aus dem

stärksten Berl. Reichstagswahlkr.

Arbeiter-Wanderverein

„Berlin“.

Sonntag, den 5. März: Erfahrungs-

veranstaltung für die, wegen Flug-

blattverbreitung, ausfallende Tour-

Wanderversammlung nach Kaulsdorf, Post-

haus Arnumendamm, Uhlenhorst.

Treffpunkt 11 Uhr: Schief. Bahnhof.

Vorbeugung der Syphilis durch

Ehrlich-Hata 606.

Anklärungsabuch über Vorsichts-

maßregeln u. Erkennung d. Lust-

souche von Dr. Zikel. Für

M. I., franco d. d. Medizin. Verlag

E. Schweizer & Co., Berlin NW. 57a.

225/13

Schweinefleisch!

Pökelschinken Pfd. 75 Pf.

Käse, sehr mild 75

do., Kotelett 80

Schweinefleisch mit

Schwarte 75

Schnitzel 100

Prima Fett Pfd. 55 Pf.

Lieson 80

Schmorfleisch ohne

Knochen 90

Roulade 95

225/13

Willy Ewald

SO., Oppelner Straße 12

an der Wrangelstraße. 4405

Ohne jede Anzahlung

verkauft ich

Pianos

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Vorauszahlung.

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Gonrad Krause Nachf.

Berlin, Ansbacher Str. 1

Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

225/13

Möbel

liefert auf Teilzahlung

bequeme Anzahlung in be-

kannter Güte

(mit größter Rücksicht bei Krank-

heit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

225/13

„Silesia-Bad“

Schlesische Str. 31

Alle Arten medizinische Bäder.

Lieferant aller Kassen.

225/13

Erstklassige Herrengarderobe

nur nach Maß

anerkannt best. Aus-

führung, garantiert

taffelreicher Sitz. Liefert

auf Teilzahlung

zu Kassapreisen

monatlich 10 M.,

wöchentlich 2,50 M.

Martin Katz,

Schneidermeister,

76 Dresdener Straße 76

nabe Thalia-Theater.

Vom 15. März ab 2. Geschäft

in Schöneberg, Hauptstr. 158.

225/13

Schallplatten

Verleih-Institut

Auch nach auswärt. Prosp. gratis.

Karl Borbs, Berlin 50

Neue Königstrasse 38.

225/13

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-

ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung, Werkstättvertrauensleute!

Am Sonnabend, den 4. März, wird in den Zapfenst. von 7 bis

9 Uhr gefeiert.

Reederei KAHNT & HERTZER

Dampferstation: Waisenbrücke.

Kontor: Gegenüber An der Stralauer Brücke 4-5.

Telephon: Amt VII Nr. 2062.

Empfehlen den verehrlichen Vereinen, Gewerkschaften und Schulen

feine, mit elektrischer Beleuchtung versehenen Personendampfer zu

Ausflügen in die Umgegend Berlins zu den günstigsten Bedingungen.

Der großen Nachfrage wegen empfiehlt es sich, Dampfer

zu Sonntags- und Sonnabendpartien schon jetzt zu be-

stellen.

225/13

Möbel

Sie sparen Geld!

Wenn Sie

Engrospreisen

in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

Klein Laden

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur

eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

225/13

Räumungsverkauf

von

Arbeiter-Berufskleidung!

Große Vorteile für jeden Käufer.

Auf unsere bekannten billigen Preise geben wir jetzt noch einen

Extra-Rabatt bis zu 25 Proz.

Kohnen & Jöring, Alexanderstr. 12.

Größtes Spezialgeschäft für Arbeiter-Berufskleidung.

225/13

„Nur ein Gramm“ Fleischnot.

Der Versuch der Organe der Konserbativen und des Bundes der Landwirte, den Rückgang des Fleischkonsums gering erscheinen zu lassen durch die Feststellung, daß er täglich auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Gramm ausmache, ist schon mit Recht als arge Entstellung bezeichnet worden.

Aber so allgemeine Feststellungen beweisen noch lange nicht die ganze Größe des Elends der Volksernährung. Der Durchschnittsverbrauch an Fleisch ist immer höher als der Verbrauch in der Arbeiterfamilie. Die Ziffer des durchschnittlichen Konsums wird von dem stärkeren Verbrauch der Wohlhabenden und Reichen stark beeinflusst.

Während nach der oben erwähnten Schätzungs- und Ausfuhrstatistik der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1907 62,93 Kilogramm ausmacht, wurden in den 150 Arbeiterfamilien, deren Haushaltsbücher für das Jahr 1907 das Statistische Amt bearbeitet hat, nur durchschnittlich 27,5 Kilogramm Fleisch pro Kopf verzehret.

Wenn also diese Familien, die sich eines Einkommens erfreuten, bei weitem nicht das Quantum Fleisch verzehren konnten, das die amtliche Statistik für den Kopf der Bevölkerung berechnet, so ist ohne weiteres klar, daß der Fleischverbrauch der großen Masse der Arbeiter noch weit mehr hinter dem Durchschnitt zurückbleibt.

Table with 3 columns: bei den, pro Familie, pro Kopf. Rows show consumption for different family income brackets.

Der relativ hohe Konsum in den Familien der ersten Stufe erklärt sich durch die geringe Anzahl der Familien und dadurch, daß die Kopfstärke dieser Familie nur 3,50 betrug.

In den 60 Beamtenfamilien, deren durchschnittliches Einkommen höher ist, als das der Arbeiterfamilien, ist der Fleischkonsum etwas größer, erreicht aber mit 33,7 Kilogramm bei weitem auch nicht die Höhe des Reichsdurchschnitts mit 62,93 Kilogramm.

Wenn nun seit 1907 der Gesamtverbrauch von Fleisch zurückgegangen ist, so werden hier von sicher auch wieder am meisten die Arbeiter betroffen. In den Arbeiterfamilien wird der größte Teil der Ausgaben für Nahrung aufgewendet.

Der geringe Fleischkonsum der Arbeiter, wie ihn die Statistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes ergibt, beweist, daß die große Masse der Arbeiter faktisch an chronischer Unterernährung leidet.

Stadtverordneten-Versammlung.

9. Sitzung vom Donnerstag, den 2. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Meißner eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Zur ersten Lesung steht der Entwurf des Stadthaushaltsplans für 1911.

Kämmerer Dr. Steiniger: In den letzten zehn Jahren hat sich die Bevölkerung Berlins um etwa 10 Proz. vermehrt; gegen das Vorjahr hat sich allerdings eine Verminderung um 2 Proz. ergeben. Um so mehr bedarf die der Bürgerschaft zugewandte Steuerliche Mehrbelastung der Begründung.

2192, also ein ganz gewaltiger Sprung. Die Belegung der Irrenhäuser ist auch immer noch im Steigen begriffen; entsprechend sind die Zuschüsse gestiegen. Bei der Straßencleaning balancieren Einnahmen und Ausgaben ungefähr. Die Herstellung des Schillerparks und des Botanischen Gartens hat den Etat der Parkverwaltung mächtig angedickelt lassen.

Stadtv. Bruns (Soz.): Nicht reichlich gegeben, knapp bemessen, damit charakterisiert sich der diesjährige Etat. Es ist vom lebel gewesen, daß die Veranlagung die 5 Proz. Einkommensteuer über 100 Proz. voriges Jahr gestrichen hat; sonst brauchten wir diesmal nicht den Sprung mit 10 Proz. auf einmal zu machen.

Stadtv. Gassel (K. L.): In diesen Kantus dürfte der Chorus der Steuerzahler nicht so leicht einstimmen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Herr Bruns hat eine ganz schiefe Auffassung von der Staatsanstellung, wenn er uns vorwirft, im vorigen Jahre die 105 Proz. nicht angenommen zu haben.

Stadtv. Döhrenfurth (Fr. Fr.): Auch wir glauben nicht an eine allgemeine Steuerzahlerluft bei 110 Proz.; die Vorortgemeinden werden uns bald nachfolgen. Die Eingemeindung kommt doch; die Verhältnisse sind stärker als die Menschen. Am Etat wird sich kaum viel ändern lassen.

Oberbürgermeister Kirchner: In dem Wunsch, den Verkauf von Grundstücken in den Vororten, deren Besitz für die Stadt nicht erforderlich ist, zu betreiben, stimme ich mit dem Vorredner überein; es wird erzwungen werden, auf diesem Wege planmäßig vorzugehen. Den Gassel hat der Vorredner mit einem gewissen Spott behandelt; die Durchführung der Gaswerke, wie sie neben der kaufmännischen Buchführung gehandhabt wird, ist auf Wunsch der Versammlung eingeführt worden.

Heißt sein. Die Vorwürfe wegen der unzulänglichen Räume im Obdach sind richtig; wir haben auf eine so große Frequenz, wie sie jetzt wieder eingetreten ist, nicht gerechnet. Abhilfe würde nur möglich sein, wenn Einrichtungen geschaffen würden, die den größten Teil des Jahres unbenuzt bleiben müßten. Die Mängel wegen der Geschlechtskonkubination sind auch auf besondere Schwierigkeiten zurückzuführen, auf die wir immer wieder gestoßen sind. Es hängt da vieles von der Art der Praxis ab, welche die Polizei ausübt. (Zuruf: „Nacht alles Herr von Jagow!“) Heiterkeit. Bei scharfer Praxis ist die Station sofort überfüllt. Auch vier Fürsorgeglinge sollen da vorhanden sein; die hat aber eben auch die Polizei dahin geschafft. Wir können ihnen nicht ansehen, daß sie Fürsorgeglinge sind; wir können nur darauf dringen, daß sie wieder fortgeschafft werden. Die Wohnungsfrage bedarf in Berlin dringend der Lösung; solange wir aber nicht die Wohnungspolizei haben, ist eine wirkliche Lösung dieser Frage für die Gemeinde kaum möglich. Auf Baubehringungen haben wir keinen Einfluß. Die Frage der Erwerbung des Opernhauses schalte ich aus. Von rein kommunalem Interesse aus können wir das Bedürfnis des Erwerbes nicht haben. Ein gewisses Interesse, daß dieses Gebäude in der Schönheit, die es früher hatte, erhalten wird, haben wir allerdings; aber wir werden über diese Frage zu einer anderen Zeit zu reden haben. Die Zweckverbandsgesetze sind in der vorgelegten Fassung für mich unannehmbar (lebhafter allgemeiner Beifall); sie sind eine große Gefahr für Berlin und die Entwicklung der Gemeinden überhaupt. Auch das allgemeine Gesetz schließt eine erste Gefahr für Berlin in sich, weil neben dem Zweckverband für Groß-Berlin auf Grund jenes Gesetzes noch besondere Zweckverbände gebildet werden könnten. Dennoch bekenne ich offen, ich habe eine gewisse Freude darüber, daß endlich an diese Materie herangegangen worden ist. Seit mehr als 10 Jahren habe ich stets erklärt, daß die einzig richtige Lösung die Eingemeindung von Groß-Berlin sei. Ich habe da oft behauptet wie der Prediger in der Wüste; jetzt kommen die Verhältnisse mit zwingender Gewalt. Der Londoner county council kann für Groß-Berlin nicht das Vorbild sein. Ich bin überzeugt, daß die Sache mit einem Groß-Berlin auf dem Wege der Eingemeindung enden wird. (Beifall.)

Stadt. Rosenow (N. L.) polemisiert gegen Döhrenfurth und weist die Einmischung des Potsdamer Regierungspräsidenten hinsichtlich der gemeinsamen Fixierung des Einkommensteuereinzugs in den Gemeinden Groß-Berlins auf 110 Proz. als einen Eingriff in die Selbstverwaltung energisch zurück.

Stadt. Ullstein (soz.-fortsch.) kann diesen Standpunkt nicht aufgeben und sieht den Vorschlag der Potsdamer Regierung als durchaus verständlich und das Verhalten der Vorortgemeinden für sehr kurzichtig an. Im übrigen will er in die heutige Harmonie der Friedlichkeit und der Resignation keinen Nötigen bringen, beschränkt sich vielmehr auf die Feststellung, daß die Tatsache, daß man ohne nennenswerte Erhöhung der Ausgaben, also ohne Inangriffnahme neuer größerer Aufgaben, ohne erhebliche Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu 110 Proz. Einkommensteuereinzugs überzugehen gezwungen sei, den Beweis für die Unrichtigkeit der bisherigen Finanzpolitik Berlins erbringe.

Nach einigen mehr persönlichen Bemerkungen von Döhrenfurth und Rosenow schließt die Generaldiskussion. Der Etat geht an einen besonderen Staatsauschuß, der sofort vom Vorstande ernannt wird und dem auch die Stadtvo. Gwald, Glöck, Leid, und Dr. Rosenfeld (Soz.) angehören.

Schluß gegen 10 Uhr.

Aus der Partei.

Gemeinderatswahlen in Neuh. J. L.

Die Gemeinderatswahlen, die im Laufe des Februar stattfanden, haben überall, auch da, wo Mandate nicht gewonnen wurden, ein Vordringen der Sozialdemokratie deutlich erkennen lassen. Daß der Gemeinderat in Gera jetzt eine sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit hat, wurde bereits berichtet. In Mülbitz wurde zum erstenmal ein Gemeinderat gewählt, weil die Einwohnerzahl auf über 300 gestiegen ist. Die sozialdemokratische Liste (8 Kandidaten) wurde glatt gewählt, ebenso in Thieschitz (8 Kandidaten), in Worfien (8 Kandidaten), in Wöhren (8 Kandidaten), in Leumnitz (4 Kandidaten ohne Gegenliste), in Frankenthal (3 Kandidaten ohne Gegenliste), in Scheubengroßdorf (3 Kandidaten), in Lusan (3 Kandidaten ohne Gegenliste), in Dürrenbersdorf (3 Kandidaten), in Langenberg (8 Kandidaten), der Gemeinderat — 24 Mitglieder — ist dort jetzt knallrot, in Mülbitz (3 Kandidaten), in Hartmannsdorf (3 Kandidaten), in Söllmünz (2 Kandidaten, erstmalige Beteiligung), in Dorna (2 Kandidaten ohne Gegenliste). Der Gemeinderat von Dörschitz war seit Jahren rein sozialdemokratisch. Bei dieser Wahl wurde neben 8 Genossen zum erstenmal wieder durch einen kuriosen Zufall ein bürgerlicher Kandidat buchstäblich einstimmig gewählt, d. h. er erhielt nur eine Stimme und mußte trotzdem als gewählt proklamiert werden, während sein sozialdemokratischer Gegner ausscheiden mußte, obwohl 418 Stimmen auf ihn fielen. In Triebes wurden 4 Genossen und 4 Gegner gewählt. 2 Mandate wurden neu gewonnen. Unter 24 Gemeinderatsmitgliedern sind jetzt 8 Sozialdemokraten. In Unterhauß und Adstritz gelang es nicht, Mandate zu gewinnen, doch rufen wir den Segnen immer mehr auf den Hals; die Stimmzettel haben sich erheblich vermehrt, in Adstritz mehr als verdoppelt. Im Oberlande sind wir wieder unterlegen, nur in Würzbach wurde ein Genosse gewählt; doch haben wir fast überall, besonders in Schleiz und Hohenleuben, erheblichen Stimmengewinn zu verzeichnen. Im Oberlande liegen die Verhältnisse für uns äußerst ungünstig, die Agitation ist ungemein erschwert.

Reichstagskandidatur.

Zum sozialdemokratischen Reichstagskandidaten für den Wahlkreis 13 wird bestimmt eine sehr stark besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereines wieder den bisherigen Abgeordneten Genossen Th. Schwarz. Von gegnerischer Seite wurde wiederholt das Verzicht verbietet, Genosse Schwarz würde nicht wieder kandidieren. Der Wunsch war der Vater des Gedankens.

Polkzeitliches, Gerichtliches usw.

Briefwechsel mit dem „Vorwärts“ als Auslöschungsgrund.

Die Chronik der Willkürakte, die die Arbeiterorganisationen in Rußland erdulden müssen, ist dieser Tage um einen eigenartigen Fall bereichert worden. Der kürzlich aufgelöste Verband der graphischen Arbeiter in Riga wird beschuldigt, „mit der deutschen sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ in Briefwechsel gestanden zu haben“. Der Verband bestreitet diese Tatsache und hat beschloffen, gegen die Aufhebung der Behörde den Klagenweg zu beschreiten.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Binnenschifffahrt.

Angefaßt der Bestrebungen auf Einführung von Schiffsfahrtsabgaben, sind die folgenden, nach amtlichen Erhebungen zusammengestellten Angaben von Interesse. Im Jahre 1909 sind auf den etwa 15 000 Kilometer langen schiffbaren Wasserstraßen des Deutschen Reichs an Gütern 73 357 066 Tonnen (zu 1000 Kilogramm) und 89 902 Stück lebendes Vieh befördert worden. Der Viehtransport auf dem Wasser spielt im Vergleich zu dem der Eisenbahnen, die im gleichen Jahre 47 605 472 Stück beförderten, eine unbedeutende Rolle. Die Summe der auf den Wasserstraßen bewegten Güter stellt sich dagegen auf 20,1 Proz. des Gütertransports der Eisenbahnen (365 814 940 Tonnen). Danach würde aber in der Hauptsache die Industrie von den Lasten betroffen werden.

Die lediglich im Inlande befristeten Güter bei der Eins als auch bei der Ausladung gerechnet, ergeben einen Gesamtumschlag von 90 283 164 Tonnen, denen der Verkehr mit dem Auslande mit 28 212 284 Tonnen hinzutritt; bei letzterem überwiegt der Empfang aus dem Auslande den Versand um 8 117 340 Tonnen. Von diesen 118 495 448 Gütertonnen entfallen auf das Rheingebiet 58 890 088, auf die Märkischen Wasserstraßen 20 898 788, auf das Elbegebiet 17 880 644, auf das Oberrhein 8 488 005, auf das Weser-Embsgebiet 7 902 984, auf die östlichen Wasserstraßen 4 708 877 und auf das Donaugebiet 609 857.

Der Anteil des Rheingebietes beträgt mithin nahezu die Hälfte des ganzen Verkehrs. Am Verkehr mit dem Auslande ist das Rheingebiet mit 87,6 Prozent beteiligt. Das Elbegebiet steht erst an dritter Stelle; doch darf angenommen werden, daß es ohne die gerade am Elbstrom vorhandenen Läden in den Nachweisungen die zweite Stelle einnehmen und höhere Lasten als die Märkischen Wasserstraßen aufweisen würde.

Von den einzelnen Verkehrsbezirken überträgt der Bezirk 28 (Duisburg-Ruhrortler Häfen) mit 18 840 971 Tonnen Gesamtverkehr jeden anderen Bezirk. Es folgen Bezirk 34 (Ludwigshafen, Mannheim, Rheinau) mit 9 905 218 Tonnen, Bezirk 8a (die Elbe bei Hamburg) mit 9 485 128 Tonnen, Bezirk 17c (die Märkischen Wasserstraßen ohne Berlin und Umgegend) mit 8 999 451 Tonnen und Bezirk 16a (Berlin-Charlottenburg-Rixdorf) mit 8 318 270 Tonnen. Der Versand überwiegt den Empfang von Gütern sehr bedeutend bei den Duisburg-Ruhrortler Häfen und bei den Märkischen Wasserstraßen ohne Berlin. Der Empfang übersteigt den Versand, und zwar sehr beträchtlich bei Ludwigshafen, Mannheim, Rheinau und bei Berlin-Charlottenburg-Rixdorf.

In zwei Bezirken übertrifft die Leistung des Wasserweges diejenige des Schienenweges, und zwar an der Elbe bei Hamburg nebst Unterelbe, und im Bezirk Ludwigshafen, Mannheim, Rheinau. Mehr als die Hälfte der auf den Eisenbahnen beförderten Gütermengen erreicht die Leistung der Wasserstraßen in Berlin und Umgegend, in den Duisburg-Ruhrortler Häfen und im Großherzogtum Hessen ohne Oberhessen. In allen anderen Verkehrsbezirken tritt der Wasserweg gegenüber der Güterbeförderung auf den Bahnen beträchtlich zurück.

Von den auf den Wasserstraßen beförderten Gütern stehen die nachstehenden Warengruppen obenan; die in Klammern beigefügten Zahlen geben dabei die entsprechende Güterbeförderung der Eisenbahnen an:

Kohlen, Braunkohle, Koks und Torf	22 574 100	(155 161 411)
Erden	10 077 067	(18 818 281)
Baumaterialien mit Ausschluß von Holz	9 689 393	(44 405 301)
Nahrungsmittel und Genussmittel (ohne Salz)	8 689 942	(40 175 098)
Erze	7 887 185	(15 042 879)
Holz	5 876 043	(18 644 421)
Eisen, Eisenwaren, Maschinen	2 218 849	(26 590 972)
Düngemittel	1 780 100	(11 810 496)
Mineralien und andere fossile Rohstoffe	1 202 587	(3 890 906)
Sämereien	560 888	(600 756)
Drogen und Chemikalien (ohne Farbstoffe)	557 271	(5 282 670)
Fette und Öle	518 420	(2 511 810)
zusammen	70 601 857	(840 908 387)

An sonstigen Gütern sind auf dem Wasser 2 755 709 Tonnen, auf den Eisenbahnen 25 011 558 Tonnen befördert worden. So daß sich für die Wasserstraßen eine Gesamtbeförderung von 73 357 066 Tonnen, für die Eisenbahnen eine solche von 305 814 940 Tonnen ergibt.

Versuchsweise wurden Ermittlungen über die Leistungen einiger wichtiger Wasserstraßen, und zwar für den Rhein, den Main, den Neckar, die Mosel und die Weser angestellt.

Es wurden befördert oder geleistet:

	Tonnen zu 1000 kg	Tonnen-Kilometer
auf dem Rhein	88 521 603	7 985 403 453
Main	8 270 688	160 959 592
Neckar	359 514	30 791 507
auf der Mosel in Preußen	48 094	7 976 222
Weser	1 425 250	211 748 808

Die durchschnittliche Beförderungsdauer der Güter stellte sich bei dem Rhein auf 207,8 Kilometer, beim Main auf 49,2 Kilometer, beim Neckar auf 85,8 Kilometer, bei der Mosel auf 165,8 Kilometer und bei der Weser auf 148,6 Kilometer. Auf je 1 Kilometer der Flußlänge entfielen an beförderten Gütern: beim Rhein 55 557,2 Tonnen, beim Main 6900,1 Tonnen, beim Neckar 1912,8 Tonnen, bei der Mosel in Preußen 209,4 Tonnen und bei der Weser 3188,5 Tonnen.

Einen bedeutenden Anteil am Rheinverkehr macht der Grenzverkehr aus, insbesondere derjenige an der niederländischen Grenze, der nach den Aufzeichnungen des Hauptzollamts Emmerich beim Ausgang über die Grenze 9 984 002,5 Tonnen, beim Grenzeingang 14 881 209,5 Tonnen, zusammen 24 865 212 Tonnen betrug.

Aus der Frauenbewegung.

Was die Frauen verlangen.

Schon die Vorbereitungen zum Frauentag haben auf die Truppen unserer Gegner wie ein Stoß in ein Ameisenneß gemittelt. Hier reißt man verunsichert die Augen, dort tobt und wettert man über das staatsgefährliche Vorgehen der Frauen. Einige Harmlose tun so, als hätten die Frauen gar keine Ursache, über irgend welche Zustände zu klagen. — Was wollen sie? Solcher Angst vor Entfärbung ihres gepreßten Herzens. — Das Wahlrecht ertrogen! Das ist die Antwort. Weniger frech Naive bemühen sich im Schweiße ihres Angesichts nachzuweisen, daß der Frau jede Anlage und Qualifikation für die Ausübung politischer Rechte fehle. Die Superflugen! Daß der pommerische Knecht, der seinen Namen mit drei Kreuzen schreibt, als Stimmberechtigter von den Junkern zur Wahllokalbank geführt wird, daß dagegen die geistig arbeitende Frau, die Lehrerin, Schriftstellerin, die Kontoristin usw. des Wahlrechts ermangelt, das halten die Gemütsmenschen für selbstverständlich und zweckdienlich. Ebenso die Vorenthaltung politischer Rechte für die fleißige, Werte schaffende Arbeiterin und die kräftige Dienstmagd auf dem Lande, während halb idiotische Nichtstuer und Schmarotzer, degenerierte Abkömmlinge verklumpeter Standesfamilien sogar gehobenen Wahlrechts sich erfreuen. Die Privilegierten preisen solche Zustände als göttgewollte Abhängigkeit — weil sie ihre Herrschaft und ihre Ausbeutungsfreiheit sichern. Dieser standalösen Verhältnisse ist das erwachte Proletariat überdrüssig. Es weiß, nicht nach Moral und Recht werden staatsbürgerliche Rechte gegeben, sondern nur nach dem Verhältnis der entwickelten Macht. Das haben auch die Frauen erkannt. Daher wollen sie ein Recht gebietender Faktor im öffentlichen Leben werden, die Gegner zwingen, ihnen das Wahlrecht nicht länger vorenthalten. Die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, neben den ungeschmälerten Pflichten auch unverfügbare Rechte, das verlangen die Frauen. Sie werden nicht rasten, bis das Ziel erreicht ist.

Die „Versöhnungs“-Bill in zweiter Lesung.

Der Frauenwahlrechtsantrag Nr. Schadletons, die sogenannte „Versöhnungs“-Bill, feiert ihre Auserziehung im englischen Parlament. In etwas abgeänderter Form ist sie durch den Abgeordneten Sir George Kemp im Unterhause von neuem eingebracht worden.

Die Bill hat die erste Lesung bereits passiert; die zweite Lesung findet am 8. Mai statt. Wird sie Gesetz, so gibt sie das Wahlrecht jeder Frau, die einen eigenen Haushalt führt, jeder, die sich darüber aufweisen kann, daß sie in einem wenigstens eines Zimmers ist, über das sie voll verfügt. Es handelt sich also auch wieder um ein beschränktes Frauenwahlrecht. Doch meint The Labour Leader, die erdrückende Majorität der durch diese Bill politisch befreiten Frauen würde aus armen Frauen bestehen. Das scheint uns allerdings sehr fraglich. Dasselbe sozialistische Votum fordert die Frauen auf, die neue Bill einmütig zu unterstützen, da sie — wenn auch ein Kompromiß — so doch ein christliches Kompromiß und geeignet sei, welche zu legen in das Männerdominium in der Politik. Der Labour Leader begründet sein Eintreten für die verbesserte „Versöhnungs“-Bill schließlich noch damit, daß sie die einzige Wahlreform sei, die zurzeit Erfolg verspreche. Auch das scheint uns zum mindesten sehr zweifelhaft. Jedenfalls sollten alle organisatorischen Kräfte in der englischen Arbeiterbewegung erst einmal den Kampf für ein allgemeines Wahlrecht aller Grobjährigen aufnehmen, ehe man sich mit einer Abschlagszahlung zufrieden gibt.

Alkoholisimus. Der Berliner Frauenverein gegen den Alkoholisimus, der im Februar 1910 fürsorgerellen im Anschluß an das Zentralkomitee der Fürsorgerellen einrichtete, veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht. Danach haben im Laufe der 11 Monate 35 Trinkerinnen, zumeist den gebildeten Ständen angehörig, die Fürsorge in Anspruch genommen. In 4 Fällen ist es gelungen, die Trinkerinnen abstinieren zu machen und zum Anschluß an das blaue Kreuz oder den Guttemplerorden zu bewegen. Mehrere Fälle sind noch in Behandlung. Es erbaten auch 33 männliche Alkoholiker die Fürsorge des Vereins; die Mehrzahl davon gehörte ebenfalls den gebildeten Ständen an. Hier gelang die Heilung in 6 Fällen.

Es ist ja nichts Neues, daß die Mäßigkeit nicht in den sogenannten gebildeten Kreisen zu finden ist. Da diese Tatsachen durch den erwähnten Bericht wieder bestätigt werden, so ist ein Kommentar dazu überflüssig.

Aus aller Welt.

Irrenärztliche Atteste.

Es ist eine alte Erfahrung, daß wohlhabende Leute, die mit den Strafgesetzen in Konflikt kommen, verhältnismäßig selten ins Gefängnis wandern. Fast immer stellt sich bei ihnen zur richtigen Zeit Geisteskrankheit ein. Diesen alten Erfahrungssatz machte sich auch der amerikanische Bankier Robin zu nuge, mit dessen umfangreichen Unternehmungen sich seit einiger Zeit die New Yorker Gerichte beschäftigen. Wie alles im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten ins Gewaltige wächst, so auch bei Robin. Nicht weniger als dreizehn Irrenärzte bescheinigten dem betrügerischen Bankier, daß er so beschuldigt sei, daß er für seine schwindelhaften Manipulationen nicht zur Verantwortung gezogen werden könne. Aber es half dem armen Geisteskranken alles nichts. Möglich ist, daß die Unglückszahl 13 die Geschworenen beeinflusste, jedenfalls glaubten sie nicht an die Geisteskrankheit. Und siehe da: der Bankier gab seine bisherige Taktik auf, bekannte sich plötzlich für schuldig und erklärte, daß er über die wirklich Schuldigen sensationelle Enthüllungen machen und besonders über den Zusammenbruch des Carnegietrustes und die kirchlich drohende Finanzkrisis volle Aufklärung geben werde.

Da wird den amerikanischen Irrenärzten der Weizen blühen!

Die Pest in der Mandchurie.

Nach einer Depesche des „New York Herald“ aus Peking sind nach dem offiziellen Bericht in Fudjadian gestern weder Krankheits- noch Todesfälle an Pest vorgekommen. Dies ist der erste Tag seit Beginn der Epidemie, an welchem die Pest keine Opfer gefordert hat. Dieser Erfolg, der durch die von den Chinesen durchgeführten sanitären Maßnahmen erzielt worden ist, hat einen sehr guten Eindruck in diplomatischen und offiziellen Kreisen in Peking gemacht. Meldungen von Tschang-Tschun besagen, daß dort gestern nur sieben Todesfälle vorgekommen seien, die niedrigste Ziffer seit Beginn der Epidemie. 24 Krankheits- und Todesfälle werden aus den umliegenden Dörfern und Städten gemeldet. Nachrichten aus chinesischer, russischer und japanischer Quelle zufolge hat sich die Epidemie jedoch weiter ausgedehnt und zwar mit einer fürchterlichen Heftigkeit im Norden der Mandchurie und im Westen des Flusses Ho. Da es aber gelungen ist, durch Isolierungsmaßnahmen das weitere Umsichgreifen der Pest einzuschränken, so hofft man, daß diese schwierige Aufgabe den anwesenden Ärzten auch dort gelingen wird.

Ueberschwemmung im Havelgebiet.

Infolge der reichen Niederschläge dieses Jahres und der verhältnismäßig milden Temperatur sind alle größeren Gewässer im Havelgebiet aus ihren Ufern getreten. Schon vor den Toren Potsdams beginnen die weiten Wasserflächen. Hier ist es die Nuthe, die das große Terrain zwischen der Kolonie „Dabim“-Kowawes und der Potsdamer Forst unter Wasser gesetzt hat, das teilweise meterhoch die Wiesen überflutet. Kurz hinter Potsdam, unmittelbar an der Wildparkperipherie, hat die zu ungewöhnlicher Höhe gestiegene Havel die Wiesen, Heide- und Waldflächen in wogende Seen verwandelt, auf der schäumende Wellenläufe auf- und abrollen. Alle Verbindungswegen zwischen den Ortshäusern Eiche und Gölz einerseits und den durch den Bahndamm geschiedenen Ländereien von Gellow, Werder gegenüberliegenden andererseits, stehen unter Wasser. Nur stellenweise ragt ein Weidenbüschel aus den meilenweiten Wasserflächen einsam hervor. Wie ein unabsehbarer Dinnensee bietet sich das Havelüberschwemmungsgebiet hinter Potsdam dem Auge dar.

Ein Kavallerie-Leutnant als Mörder.

Einer Meldung aus Rom zufolge erschoss gestern nachmittag im Hotel Rebeschino der Kavallerie-Leutnant Baron Vincenz Paterno mit seinem Jagdmesser die Gräfin Giulia Trigona, geborene Prinzessin Cuto, eine frühere Potsdamerin, welche seit einiger Zeit sich von ihrem Gatten, dem Grafen Trigona, getrennt hatte. Baron Paterno schoß sich darauf mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf und wurde schwer verletzt nach dem Hospital gebracht.

Kleine Notizen.

Das große Uhrenstücken. In der Nacht vom 10. auf den 11. März wird in ganz Frankreich die Greenwicher Zeit eingeführt. Um Mitternacht werden alle öffentlichen Uhren abgedreht und 9 Minuten 21 Sekunden später wieder in Bewegung gesetzt werden.

Geistesfeuer Dampfer. In der mittelamerikanischen Küste ist der mexikanische Dampfer „El Presidente“ in sinkendem Zustand von der Besatzung verlassen worden. Von der 17 Personen starken Mannschaft sind zehn ertrunken.

Attentatsversuch auf den Orientexpress. Bei der Station Mustafa-Pasha haben eine Anzahl Banditen den Versuch gemacht, den Orientexpress durch Aufreißung von Schienen zum Entgleiten zu bringen, was aber noch rechtzeitig entdeckt und verhindert werden konnte. Die Bahndirektion verlangt militärische Schutzmaßregeln.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 3. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Königs-
kinder.
Königl. Schauspielhaus. Der
Kaufmann von Venedig.
Neues königl. Oper-Theater.
Samlet.
Neues Schauspielhaus. Faust.
1. Teil.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 3. März.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 3. März.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 3. März.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 3. März.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 3. März.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 3. März.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 3. März.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 3. März.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 3. März.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 3. März.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Faust
in vier Akten.
Anfang 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
Hörsaal 8 Uhr:
Konstruktions-Ing. A. Kellner:
Die Eisen- und Metallgießerei.
Kaiser-Panorama.
Neu. Ein Tour in Aegypten
von Triest nach Alexandrien.
Letzte Woche. Wanderung im
Stoischen Salzammergut.
Eino Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Aus erster Ehe.
Schauspiel in 5 Akten, 10 Bildern
von Ernst Ritterfeldt, nach einer Erzählung
von D. Courib's-Wahler.
Sonnabend 4 Uhr: Der brave
Peter und die Puppenprinzessin.
8 Uhr: Das große Licht.
Sonntag 3 Uhr: Der jüngste Leutnant.
8 Uhr: Aus erster Ehe.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 122.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Herrgottschneider
von Ammergau.
Vollständiges Spiel in 5 Akten von Gang-
hofer und Renert.
Sonnabend 4 Uhr: Im Rauber-
lande Habschloß. 8 Uhr: Helotte.
Sonntag 3 Uhr: Verberbaum und
Bettelrad. 8 Uhr u. Romi: Helotte

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Aufführungsszene in 7 Bildern
v. A. Freund. Musik v. B. Holländer.
In Szene geleitet von Dir. A. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Vollständig neues Programm!
10 Weltstadt-Novitäten!
9 1/2 Uhr:
Sensationeller Erfolg!
Alwin
Neuß
in Beregis.
Sensationaldrama in 1 Akt.

Passage-Theater.
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
Chinesentruppe
und das große neue März-
Programm.
14 Varieté-Neuheiten.

Herrnfeld Theater
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-3 Uhr.
Zwei Schläger:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
mit Anton und Donald Herrnfeldt in
den Hauptrollen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theat).
Freitag, abends 8 Uhr:
Husarenfieber.
Custspiel in 4 Akten v. Gustav Rabelburg
u. Richard Steinhilber. Ende 10 1/2 U.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Sonntag, nachm 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Eintritt 50 Pf.
Extra-Konzert.
Dirigent: Obermusikmeister Dippel
Garde-Füsilier-Regiment.
— Anfang 8 Uhr. —
Morgen, Sonnabend: Gastspiel Joh. Strauß.
An allen Wochentagen von 4-7 Uhr:
Promadenkonzert bei freiem Eintritt.

Sport-Palast
Eintritt 1 M. Potsdamer Str. 72. Reserv. Plätze 2 M.
An Wochentagen von 1-4 Uhr: Eintritt 50 Pf.
Ferie:
Am Nordpol.

Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdori, Bergstr. 151/152 (Passage
Richardstraße)
Heute und folgende Tage:
Allabendl. von 7-8 1/2, 9-11 Uhr (in der übrigen Zeit ab 5 1/2 Uhr
das Wochenprogramm in **Die weiße Sklavin**
bekanntester Ausführung):
2. Serie. Gänzlich unabhängig von der 1. Serie gleichen Titels.
1. Orig.-Aufführung i. Groß-Berlin. Vorzugskart. u. Freibillets ungenügl.
Kinder unter 14 Jahren ist der Eintritt nicht gestattet.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königstor. Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Heute, Freitag: **Elitetag.**
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
Der berühmteste Feinschmecker
Schorsch Schrengruber
mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vollständiges Spiel in 5 Akten.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114
Täglich das beliebte
Bockbier-Fest.
Dienstags, Donnerstags und Sonntags: **Großer Ball.**
Anfang 7 Uhr. 3 Kapellen. Entree 30 Pf.
Sonntags 4 Uhr. 5 Kapellen. Entree 50 Pf.

Zipkus A. Schumann.
Freitag, den 3. März 1911,
abends 7 1/2 Uhr:
Neu! Johnley Freres
bis jetzt unerreicht dastehender
akrobatisch-äquibristischer Akt.
Original-Perezoff-Truppe.
8 Personen.
Auftreten der beliebten Schu-
lterin Fräulein Dora Schumann.
Anton & Grock
die Urfamilien.
Dir. H. B. Schumann
mit seinen neuesten Kreationen
sowie d. übr. neue März-Prgr.

Der große Coup
9 1/2 Uhr. bez. 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.
Romant. Pantomime in 4 Akten.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Olga Desmond
Robert Steidl.
Ida Fuller, Phantasie-Tänzerin.
Noblette, mimisch Transform.-Akt.
O'Brien, Operettensängerin
Cook und Rother, amerik. Excentrics
Sunshine girls, engl. Tanz-Truppe.
Lala Selbini, amerikanische Strand-
schönheit.
Boganny-Truppe: Die lustig. Bäcker.
Garcia, jonglierende Silhouetten.
Kelly u. Gillette: Ein Spaß im Billard-
Salon.
Biograph. neueste Aufnahmen.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 5. März 1911:
Auf allgemeinen Wunsch!
Der Glöckner in Breslau.
Historisches Schauspiel in 3 Akten.
(9 Bildern).
Konstantin Helm, Glöcknermeister.
Dir. Hans Reich.
Kasseneröffnung. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.
Burgtheater-
Festivals und Kinematograph
vorm. Greterjan, Inhab.: Rud. Herz.
Schönhauser Allee 129. Tel. 8. 9353
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Täglich wechsel. Programm.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72.
Gänzlich neues Programm.
Ella Lüscher, Soubrette. Ernst
Kleinert, Humorist. Claire u. Marija
Guzinska. Alfonso Agaglia Gebr.
Brunner, Sport-Akrobaten.
Franz Sobanski.
Am Meer. Lebensbild von César Feldt.

Zirkus Busch.
Freitag, 3. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Neu! Radfahrend. Bauchredner
Fritz Steidler.
Gastspiel des Herrn Dir. Pierre
Althoff mit ihren exzellentest.
Freiheitsdresuren.
Fräulein Martha Mohnke, Schullehr.
Zwergelown Francois, Kunstr.
Die Bradnas, Gebr. Fratellini,
urkom. italienische Clowns.
Um 9 1/2 Uhr zum 71. Male:
„Armin.“
Vorher großes Galaprogramm.

Theatera Wedding
Neuer
Spielplan.
Caruso singt!
Nachmittags von 5-8 Uhr wird
jedem Besucher
eine Probetasse Blookers Kakao
gratis verabreicht.
Müllerstr. 182/83 — Sellenstr. 34.

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch kurze Zeit:
Der große Schläger der Saison!
Julie Wippchen.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Obergärtner.

Walhalla-Theater.
Königsplatz, Weinbergstr. 20
Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Kassenprobe. Neue.
Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Karl Haverland-
Anfang 8 Uhr. Rommandanten-
platz 7 1/2 U.
Schauspiel des Dir. Martinus
Burlesken-Ensembles
sowie d. neuen Spezialitäten.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer hinter Teil.
Feldweibelhügel.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng. 
Zum Gedenk:
Kuhlesches
Variété-Theater.
Burleske von Neffel. 
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Bürgerliches Schauspielhaus
Prater-Theater, Kastanien-Allee 7-9.
Volksvorstellung.
Im Hafen
Vollständig in 3 Akten von Engel.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Vorzugskart. Annonce zählt auf
I. u. II. Parquet d. halb. Kassenpr.

Was ist los?
Sonnabend, 4. März, Kl.
Volkshaus, Königsweg 42
Großes Eisbeinessen.
Genossen, Freunde u. Bekannte
ladet freundlichst ein
Georg Rothfeldt, Schönberg.

Für den Inhalt der Zitate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonnabend, den 4. März 1911, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114
(Gesamtl. 7000 Personen fassend):

„Kirmes in Berchtesgaden“.

Eröffnung 8 Uhr. Eröffnung 8 Uhr.
Herrliches Alpenpanorama & Bayerischer Hochwald & Wasserfall
Alpenglühnen & Gewitter & Rodelbahn.
Mitwirkung der oberbayerischen Musikkapelle
unter Leitung des Barons Muckl, und der Tiroler Alpenkapelle.

Um 12 Uhr: **Großes Haberfeldtreiben.**

Zwei Ball-Orchester.

Es wird gebeten, in Sommer-Toilette oder Alpen-Kostüm zu erscheinen.
Billets a 50 Pf. werden im Bureau sowie bei den Kollegen Schwemke, Schönleinstr. 34 (Ecke Bockstraße)
und im Restaurant Zehrendt, gegenüber der „Neuen Welt“, und am Sonnabend von 7 bis 9 Uhr in den Zahl-
stellen ausgegeben. 79/12

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu den in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Vororten, in welchen die Flugblattverbreitung zugunsten der Konsumvereine am Sonntag, den 5. März, stattfindet, treten noch hinzu die Orte Bernau, Friedenan und Kranienburg.

Wir bitten die Genossen dieser Orte gleichfalls, am Sonntag Mann für Mann bei der Verbreitung anzutreten. Der Aktionsauschuß.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr: Krania-Vorstellung. Zur Aufführung gelangt: „Eine Kiffahrt“. Billets sind noch beim Kassierer W. Holzmann, Mittenwalder Str. 39, zu haben.

Rixdorf. Die nächste Theatervorstellung mußte auf Sonntag den 12. März, verlegt werden. Gegeben wird „Moral“ von Ludwig Thoma. Billets sind vom kommenden Montag ab bei den Funktionen und nach dem Jahlabend, soweit noch Vorrat vorhanden ist, an nachstehenden Orten zu haben: Parteipublikation: Redarstr. 2 und Siegfriedstr. 28/29, im Lokal vorn bei Hoppe, Hermannstr. 49/50, Meier, Prinz-Handjery-Str. 3, Krönle, Idealpostage.

Der Bildungsausschuß. Grünau. Die Genossen wollen sich am Sonntag, den 5. d. M., an der in Waltersdorf vom Vohndorfer Wahlverein einberufenen Versammlung unter freiem Himmel, in welcher Genosse Zubeil referiert, beteiligen. Abmarsch 12 1/2 Uhr Villa Kahl. Der Vorstand.

Petershagen bei Frederksdorf. Sonntag früh 8 Uhr: Handzettelverbreitung. Dieselben sind beim Genossen Claas abzuholen. Nachmittags 5 Uhr im „Alten Deffauer“: Kommunalwählerversammlung.

Berliner Nachrichten.

Der Stadthaushaltetat für 1911

wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung so gründlich besprochen, daß die Sitzung erst um 10 Uhr ihr Ende erreichte. Die Debatte drehte sich, wie zu erwarten gewesen war, hauptsächlich um die Frage, ob um die Mehrbelastung der Steuerzahler herumzukommen ist oder nicht. Das Ergebnis war das allseitige Eingeständnis, es werde wohl nicht zu vermeiden sein.

Stadtkämmerer Steiniger, der den Etatentwurf in einer mehr langen als inhaltreichen Einführungsrede vorlegte, machte kein Geheimnis daraus, daß er gern noch mehr weggelassen hätte. Aber mehr habe sich eben beim besten Willen nicht wegstreichen lassen, so erklärte er mit schmerzlichem Lächeln. Was Berlin in dem letzten Jahrzehnt geleistet habe, setzte er in die auftragende Darstellung auseinander. Daran knüpfte er dann die übliche Mahnung, fortan die Bedürfnisse mehr den Finanzen anzupassen, soll heißen: zu sparen.

Die Debatte wurde eröffnet von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion, unserem Genossen Bruns. Die eindringende Kritik, die er an dem Etatentwurf wie an der durch den Kammerer gegebenen Begründung übte, kam zu dem Schluß, daß in der Kommune Berlin noch eine reichliche Reihe wichtiger Aufgaben ihrer Lösung harren. Bruns erinnerte an das weit ausschauende Programm, das vor einigen Jahren vom Oberbürgermeister Kirchner in einer vielbeachteten Rede aufgestellt wurde und größtenteils — noch unbewirklicht ist. Sparen könne man selbstverständlich nicht an den unbedingt notwendigen Ausgaben, mithin werde man, wie immer, wieder an den „Kulturaufgaben“ sparen, die dem Berliner Stadtfreissinn als Luxus gelten. Unser Redner hob hervor, daß die Etatschwierigkeiten, die jetzt den Gemeindebehörden so viel Kopfzerbrechen machen, in den vorhergehenden Jahren künstlich verdeckt worden sind. Aber mit solchen Kunststücken habe man es dahin gebracht, daß jetzt zu einer um so fühlbareren Mehrbelastung der Steuerzahler geschritten werden müsse.

Auf diese Angriffe antwortete Stadtverordneter Cassel in seiner jactam bekannten Art. Er wiederholte seine so und so oft vorgetragene Lobeshymnen auf die Musterwirtschaft des Berliner Stadtfreissinn, doch mußte er bekennen, daß endlich auch er mit seinem Latein zu Ende sei und er die Erhöhung des Steuerfußes nicht mehr wegzutüfteln vermöge. Wohl in der Absicht, die Aufmerksamkeit nach einer anderen Richtung hin abzulenken, erging er sich in wütendem Gezeter über die schlechte Behandlung, die die Stadt Berlin sich von der Regierung gefallen lassen muß.

In die Debatte griff später auch Oberbürgermeister Kirchner ein, um auf die Ausführungen des Stadtverordneten Döhrenfurth zu erwidern, die ihn nervös gemacht hatten. Herr Kirchner verlor sich in breitem Gerede über allerlei Einzelheiten und schien Lust zu haben, die Etatsdebatte wieder mal auf das Niveau einer persönlichen Valgerei herabzudrücken. Beachtenswert war seine Erklärung zum Projekt des Zwangsverbandes, das in der Debatte mehrfach berührt worden war. Er bezeichnete es als unannehmbar, doch sprach er seine Befriedigung darüber aus, daß überhaupt ein Versuch gemacht werde, an die Lösung der Frage der Schaffung eines Groß-Berlins endlich heranzugehen. Unter dem Beifall der Versammlung stellte er es als das zu erstrebende Ziel hin, die notwendige Einheit von Groß-Berlin durch eine Eingemeindung herbeizuführen.

Der weitere Verlauf der Debatte brachte Reden der Stadtverordneten Rosenow und Ulstein, und der Etatentwurf wurde dann dem Ausschuß überwiesen, der nun sein Heil versuchen soll.

Im Verkehrs-Büro.

Ein ansehnlicher Posten von Paketen und Gebrauchsgegenständen aller Art wird alljährlich in der Elektrizität, im Omnibus und Eisenbahnabteil, in Pferdetrotschen und Autos verloren, also stehen und liegen gelassen. Im Jahre werden bloß bei den Berliner Verkehrs-Instituten insgesamt mehr als zweihunderttausend gemeldete Einzelverluste gezählt, die vorwiegend auf den Sonnabend und Sonntag, den Monatsletzten sowie naturgemäß auf die Einkaufstage unmittelbar vor den großen Festen entfallen. Ein Beobachtungsständchen im Fundbüro ist wirklich interessant. Mitunter ist der Andrang so stark, daß der Verkäufers nervös werden kann, bis er herankommt. Gewöhnlich aber „läpperis“, und die Abfertigung vollzieht sich in aller Ruhe. Erhebliche Wertgegenstände

wandern in einen besonderen Geldschrank, Pakete, Taschen und andere Gegenstände von geringerem Werte werden in großen Schränken aufgestapelt, Schirme und Stöcke sind haufenweise in Ständern und Regalen untergebracht. Der Fahrkassierer wie der Droßkassierer ist nach Beendigung jeder Fahrt zu sofortiger genauer Revision des Wagens verpflichtet. Die Fundgegenstände werden im Straßenbahn- und Omnibusverkehr mit erfreulicher Schnelligkeit nach dem nächsten Depot und von da nach der Zentrale geleitet, so daß man unter Umständen schon nach wenigen Stunden wieder im Besitz des Verlorenen sein kann. Straßenbahn, Omnibus und Eisenbahn unterhalten eigene Fundbüros, die Droßkassierer und Chauffeure geben ihre Fundstücke bei dem nächsten Polizeibüro ab, wo sie erst mit bürokratischer Umständlichkeit nach dem Polizeipräsidium gelangen. Alle diese Einrichtungen haben das Publikum wohl in eine gewisse Sorglosigkeit gewiegt. Wer aber glaubt, daß er die „Ausreißer“ stets oder doch meist wiedererhält, irrt sich ganz gewaltig. Mindestens die Hälfte aller Verlusgegenstände verkrümelt sich, ehe noch der Schaffner sie bemerkt. Es gibt leider noch genug Menschen, die eine Fundamentierung nicht als Diebstahl betrachten und ihr Gewissen mit der billigen Ausrede beschwichtigen, daß ihre eigenen Verluste wahrscheinlich dieselbe Behandlung erfahren würden. Jedes Fundstück, das der Schaffner an sich nimmt und weitergibt, erhält im Fundbüro eine Nummer, die mit Kennzeichnung der Fundstelle, der Fundzeit und aller sonstigen mitsprechenden Momente buchmäßig eingetragen wird. So sorglos, wie die hastende moderne Welt sich im Großstadtverkehr vor ihrem Eigentum trennt, genau so sorglos ist sie meist auch in der Wiederbeschaffung. Man wartet wochenlang und geht erst bei passender Gelegenheit zum Fundbüro, dem nun natürlich die Arbeit erschwert wird. Schon die erste Frage, wann der Gegenstand verloren sei, löst auf Schwierigkeiten. Nichts genaues weiß man nicht. Und da soll nun der Fundbeamte aus vielen Hunderten von gleichartigen Gegenständen nach oberflächlicher Beschreibung den richtigen herausfinden. Wer etwas verloren hat, der gehe noch am nächsten Tage zum Fundbüro und mache möglichst genaue Angaben. Besonders praktisch ist es, den Fahrchein vorzulegen, da sich dann die Beamten am leichtesten orientieren können. Auch die Liniennummer und die Zeit des Verlustes soll man sich merken. Was alles verloren wird, geht auf keine Kuhhaut. Eine Dame fragt nach einem einzelnen Gummischuh, der natürlich nicht da ist. Schuhe von Tragekindern werden häufig gefunden, nicht so häufig abgeholt. Man scheidet wohl wegen solcher Kleinigkeit den Gang. Handtaschen mit oft recht inbiskrettem Inhalt werden von Damen zu Hunderten verloren, in den späten Abendstunden Operngläser, Pampadours und Schmuckstücke. Auch — schrecklich ist's zu sagen — falsche Haare und selbst falsche Gebisse, die natürlich nur dem Gebege der Zähne eines in alkoholischer Verzückung sich Träumenden entrückt sein können. Der im Verkehr stehen gebliebenen Regenschirme ist Legion. Mit derartigen Sachen, die sich meist gleichen wie ein Ei dem andern, haben die Beamten die meiste Arbeit. Hierbei sind auch am leichtesten trotz aller Kontrolle Verwechslungen möglich. Die weit-aus meisten Schirme, die als verloren gemeldet werden, sind gar nicht im Fundbüro, was für die moderne Ehrlichkeit bezeichnend ist. Ebenso müssen die Berliner gefüllter Portemonnaies gewöhnlich als betrübte Leihgeber vom Fundbüro abziehen. Ein junges Mädchen will ihren nagelneuen Regenschirm wieder haben. Sie macht sehr genaue Angaben und entfernt sich freudestrahlend mit dem Vermitteln. Nach fünf Minuten kehrt die kleine Einfalt wieder herein. Sie hatte den mitgebrachten Reserverchirm stehen lassen — im Fundbüro.

Wobelschwings „Segen“.

Als vor Jahren der alte Pastor Wobelschwings auch die Reichshauptstadt Berlin mit seinen „sozialen Gründungen“ zu beglücken sich ansetzte, fand er für seine Arbeiterkolonie „Hoffnungstal“ sehr bald bei der Berliner Stadtverwaltung ein freundwilliges Entgegenkommen. Stadtrat Fischbeil, der damals nach immer neuen Mitteln suchte, das Obdach der Stadt leer zu kriegen, griff begierig nach der willkommenen Hilfe, die sich hier zu bieten schien. Für den Vorschlag, die Obdachgäste nach Wobelschwings „Hoffnungstal“ abzuschieben, brachte er in der Obdachverwaltung und im Magistratskollegium eine zustimmende Mehrheit zusammen. Und auch die Mehrheit der Stadtverordneten ließ sich überreden, daß Wobelschwings Plan ein probates Mittel sei, den Ansturm auf das Obdach zu mildern. Genant wurde in der Obdachverwaltung und in der Stadtverordnetenversammlung von unseren Genossen, die von dieser Duzfreundschaft mit Wobelschwings sich weder für die Obdachlosen, noch für die Stadtverwaltung einen Gewinn versprachen. Aber Fischbeil, „Nachweis“, daß die Wobelschwings'schen Anstalten „segensreich“ für Berlin wirken würden, genügte dem Stadtfreissinn.

Dem Pastor Wobelschwings wurden für seine Gründung nicht nur Ränderlein der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt, sondern auch die erforderlichen Obdachlosen überwiesen. Natürlich leistete aber Wobelschwings der Stadt seine Dienste nicht um Gottes Lohn, sondern verlangte Bezahlung dafür, daß er ihre Obdachlosen zur „Vesserung“ übernahm. Die von Berlin zu zahlende Vergütung wurde auf 70 Pf. pro Kopf und Tag bemessen, und nur durch diese Beihilfe wurde es dem Verein „Hoffnungstal“ ermöglicht, seine Tätigkeit fortzusetzen und durch Hinzufügung der Kolonien „Gnadental“ und „Robetal“ noch zu erweitern. Die „Vesserungsversuche“, die in Wobelschwings Arbeiterkolonien an den Obdachlosen Berlins gemacht werden, erleichtern den Stadtfiskus alljährlich um etwa 45 000 M. Dafür konnte im Obdachuratorium der Stadtrat Fischbeil sehr bald mit Stolz verkünden, die Zahl der zur Ueberweisung nach „Hoffnungstal“ sich meldenden Obdachlosen sei schon so groß, daß Wobelschwings sie gar nicht mehr alle abnehmen könne. Auch die Kolonie „Gnadental“, die für gebrechliche und sieche Obdachlose bestimmt ist, füllte auf Kosten der Stadt sich in kurzer Zeit — und so ist es die Jahre hindurch geblieben.

Für die Stadt blieb freilich der „Segen“ aus, den man ihr versprochen hatte. Je länger je mehr zeigte sich, daß die Ueberweisung Obdachloser nach den Wobelschwings'schen Arbeiterkolonien den erwarteten Einfluß auf die Besuchsziffer des Obdach nicht hatte. „Hoffnungstal“ und „Gnadental“ wurden voll, aber das Obdach wurde nicht leer. Dabei fiel auf, daß so viele Obdachgäste sogleich nach „Hoffnungstal“ überwiesen zu werden wünschten. Es wurde festgestellt, daß der alte Wobelschwings durch Provinzialblätter bekannt machte, wie man über das Obdach der sündigen Reichshauptstadt zu den Paradiesesspenden von „Hoffnungstal“ und „Gnadental“ gelangen konnte. Gegen diesen Wobelschwings'schen „Segen“ für Berlin wehrte sich der Magistrat, dem selbstverständlich nicht damit gedient war, daß ein sich immer erneuernder Strom von Obdachlosen hierher flutete. Der alte Wobelschwings — er hat inzwischen das Zeitliche gesegnet, Gott habe ihn selig — mußte damals versprechen, jene Bekanntmachungen zu unterlassen. Doch

Wobelschwings selbigs Nachfolger haben jetzt ein anderes Verfahren, bei dem sie nicht minder wirksam ihre Anstalten in Erinnerung bringen und obertene noch die Annoncenkosten sparen. In den Provinzen werden unter Pastoren und sonstigen Befinnungsfreunden sogenannte „Mittelsferkarten“ verteilt, die den Wanderbettlern den Weg über das Berliner Obdach nach Wobelschwings's Arbeiterkolonien weisen. Darum müssen immer wieder auf Kosten der Stadt den Kolonien „Hoffnungstal“ und „Gnadental“ aus dem Obdach die „Vesserungslustigen“ zugeführt werden.

Dieses Verfahren ist der Obdachverwaltung bekannt geworden durch Mitteilungen, die aus dem Kreise der Obdachlosen ihr gemacht wurden. Das Kuratorium hat daraufhin jetzt einstimmig den Beschluß gefaßt, den Magistrat zu ersuchen, daß er jede Gemeinschaft mit Wobelschwings's Nachfolgern lösen möge. Von einem bloßen Verbot, solche „Mittelsferkarten“ zu verbreiten, erwartet das Obdachuratorium nicht den hinreichenden Schutz vor erneutem Zustrom des Wobelschwings'schen „Segens“. Die Einsicht kommt leider erst spät; möge auch der Magistrat sich ihr nicht verschließen. So tragikomisch endet die Geschichte der Fischbeil-Wobelschwings'schen Duzfreundschaft, die so hoffnungsfreudig begonnen hatte.

Das Schicksal einer Stiftung.

Aus dem Rathause wird geschrieben: „Die von den städtischen Gemeindebehörden bereits vor längerer Zeit in Aussicht genommene Errichtung einer höheren städtischen Mädchenschule im Vögowviertel hat sich bisher noch nicht verwirklichen lassen. Der Grund liegt in dem Umstande, daß das zu dem Schulbau in Aussicht genommene Grundstück Greifswalder Str. 24/25 bis heute noch nicht in das Eigentum der Stadt Berlin übergegangen ist. Das Grundstück ist besamlich ein Vermächtnis des am 15. Mai 1897 verstorbenen Bezirksvorstehers Wilhelm Burst, nach dessen letztwilliger Verfügung die Stadtgemeinde Berlin auf dem Grundstück eine höhere Lehranstalt errichten soll. Nachdem im Juni 1907 der Magistrat von dem Vermächtnis Kenntnis erhalten, wurde sofort die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung beantragt und zugleich auch die landesherrliche Genehmigung zur Annahme der Stiftung nachgesucht. Letztere ist erst unterm 23. Juni 1908 erteilt worden, weil eine größere Anzahl von Verwandten des Stifters um Abfindungen vorstellig geworden waren, deren Ansprüche zunächst nachgeprüft werden mußten und in zwei Fällen tatsächlich auch zuvor berücksichtigt worden sind. Aber auch nach Erledigung dieser Schwierigkeiten erfolgte die Auflassung des Grundstücks an die Stadtgemeinde noch nicht, weil sie der Testamentvollstrecker des Erblassers — und zwar nicht mit Unrecht — von der Zahlung der Erbschaftsteuer für das Vermächtnis abhängig machte. In letzterer konnte sich indessen die Stadtgemeinde keinesfalls verstehen, da die unterm 11. April 1910 erfolgte Veranlagung zur Erbschaftsteuer den Wert des Grundstücks auf 650 000 M. bemah, während ihn eine kurz nach dem Ableben des Vermächtnisgebers von einem gerichtlich verordneten Sachverständigen angestellte Taxe auf nur 465 300 M. angegeben hatte, eine Differenz, die ein Mehr an Erbschaftsteuer zuungunsten der Stadtkasse von über 20 000 M. erfordert hätte. Nach längeren Verhandlungen ist jetzt eine nochmalige Abschätzung des Grundstücks vorgenommen und dessen Wert hierbei auf 610 000 Mark festgesetzt worden. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß eine Einigung der Parteien auf diese neue Wertbemessung zustande kommt und demnach die Zahlung der Erbschaftsteuer und die Uebertragung des Grundstücks an die Stadtgemeinde erfolgen wird. Die Verzögerung der ganzen Angelegenheit ist also durch die Verletzung wichtiger Umstände herbeigeführt worden und nicht wie dies in verschiedenen Zeitungen behauptet ist, Schuld der Stadtverwaltung. Das erhellt schon daraus, daß sich der Testamentvollstrecker seiner Zeit der städtischen Beschwerde über die Höhe der Veranlagung zur Erbschaftsteuer ausdrücklich angeschlossen hat. Uebrigens kann auch nach erfolgter Auflassung des Grundstücks an die Stadtgemeinde nicht sofort mit dem Bau der projektierten neuen höheren Mädchenschule begonnen werden, weil der Testator in seinen letztwilligen Anordnungen ausdrücklich bestimmt hat, daß seiner im Hause unentgeltlich wohnenden Wirtshausfrau Fräulein Schmelze ein volles Jahr vor Beginn des Baues des Gebäudes zu zahlen soll. Im übrigen wird aber eine weitere Verzögerung dadurch keinesfalls herbeigeführt, zumal die Pläne zur Bedienung des Grundstücks längst vorbereitet worden sind und sofort nach erfolgter Auflassung die speziellen Kostenanschläge ausgearbeitet werden sollen.“

Ein neuer Rabattspareverein an Stelle des verkränkten Vereins „Norden“ ist in Bildung begriffen. Ein Teil der Diefener des Nordens sind zusammengetreten zu einer Gründung eines neuen Rabattsparevereins Norden, der im Gegensatz zu der bisherigen G. m. b. H. als eingetragene Genossenschaft figurieren soll. Die Geschäftsleute wollen die Markenausgabe in die eigene Hand nehmen. An dem Wesen der Sache ändert diese neue Gründung nicht allzu viel, insbesondere ist sie nicht geeignet, unsere gestern entwickelte Auffassung von dem Wesen der Rabattsparevereine zu entkräften, selbst dann nicht, wenn die Geschäftsleute die Ausgabe der Marken selbst regeln und kontrollieren.

Es sind übrigens Bestrebungen im Gange, die die Gründung eines allgemeinen Rabattsparevereins für Berlin zum Ziel haben.

Verkauf städtischer Grundstücke in Treptow?

Aus dem Rathause kommt folgende Nachricht: „In Berliner Magistratskreisen wird zurzeit ernstlich erwogen, wie die der Stadt Berlin gehörenden, in Treptow gelegenen Grundstücke am besten verkauft werden können.“

Die Stadt Berlin ist bekanntlich in Treptow der größte Grundbesitzer. Als solcher ist er für die Gemeinde Treptow der beste Steuerzahler. Im letzten Etatsjahre betrug die an Treptow zu zahlenden Steuern nicht weniger denn 87 000 M. Bei dem jetzt geplanten Zusammenschluß Treptows mit Rixdorf ist von den kufhandelnden Personen in Aussicht genommen, bei einer eventuellen Vereinigung Treptows mit Rixdorf die Stadt Berlin ganz besonders zu schröpfen. Ob das der Grund zu den magistratischen Erwägungen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Treptow halten wir einen Verkauf von Gemeindebesitz nicht für opportun.

Schon wieder eine Liebestragödie. In einem Hotel in der Eichendorffstraße versuchte in der vergangenen Nacht der 22 Jahre alte Handlungsgehilfe Willi Gampe seine Geliebte, die achtzehn Jahre alte Hedwig Mai aus der Steintiner Straße und sich selbst zu erschließen. Gampe kehrte mit einer Begleiterin, die er für seine Frau ausgab, in der Eichendorffstraße ein und ließ sich ein Zimmer geben. Nachts um 2 Uhr hörten die Angestellten des Hotels zwei Schüsse fallen und fanden die Gäste blutüberströmt in ihrem Zimmer liegen. Beide hatten Schußwunden in der rechten Schläfe, lebten aber noch und wurden nach der Charité gebracht.

In der Liebestragödie in der Diefener Straße wird mitgeteilt, daß der Kesselpfuer Marlen, der vorgestern morgen die Witwe Keller durch Messerstiche schwer verwundet, vorgestern abend in einer Schankwirtschaft in Rankow festgenommen wurde. Er gibt den Ueberfall an sich zu, will aber nicht die Absicht gehabt haben, Frau Keller zu erschlagen. Seiner Behauptung nach hat er ihr ein Auge ausstechen wollen, um sie unansehnlich zu machen. Der Zustand der Verwundeten ist leidlich.

Auf offener Straße vergiftet hat sich der 33 Jahre alte Arbeiter Paul Dümke, der bei seiner Mutter in der Gubener Straße 13 wohnt. Der Mann war innerlich leidend und versiefte vorgestern nachmittags seine Wohnung, um einen Arzt aufzusuchen. Ob er dort gewesen ist, weiß man nicht. Abends um 11 Uhr fand ihn ein Schürmann hilflos in den Anlagen des Krütriner Parks liegen. Dort hatte er Wafal getrunken. Der Unglückliche wurde mit einer Droschke nach der Leitungswache in der Kopenstraße gebracht, stach aber dort unter den Händen der Ärzte, die sich eine Stunde lang vergeblich bemühten, ihn in das Leben zurückzurufen.

Verfahren eines Kindes. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 25. Februar wurde in der Wasserstraße ein 4-5 Jahre alter Knabe, der Artur Richter heißen und in der Bergstraße wohnen will, umherirrend angekniffen und dem 12. Polizeirevier zugeführt. Bekleidet war er mit dunklem Mantel mit gelben Knöpfen, brauner Felmütze und Schuhen. Da sich die Eltern oder Angehörigen bisher nicht gemeldet haben, ist das Kind dem städtischen Waisenhaus überwiesen worden. Etwas Mittelungen über die Eltern oder die Herkunft des Knaben nimmt die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier entgegen. 729 IV/43 11.

Bei dem Vergnügen des Deutschen Transportarbeiterverbandes (Sektion III Straßenbahnen) am 25. Februar ist eine Damenruhr mit Spange gesunden worden. Die rechtmäßigen Eigentümer können im Bureau genannter Organisation, Engelauer 14-16, 2. Etz., Zimmer 42, nähere Auskunft erhalten.

Constitution. Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 10,50 M. Kranzüberhang von den Kollegen der Firma Richard Weber u. Co., 4,00 M. Kranzüberhang von den Kollegen der Firma R. u. M. Lautenschläger, 30 M. Sektierkasse der Kollegen der Firma Hüllenbeck, Kroll u. Co., 49,25 M. von den Kollegen und Kolleginnen der Firma Bergmann (Rosenthal), R. Rosenfeld, Ku der Spandauerbrücke 1a.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf-Galensee.

Etatstellung und 110 Prozent Steuerzuschlag. Mit einem helleren, einem nassen Auge hielt Oberbürgermeister Habermann am Mittwoch in der Stadtverordnetenversammlung die übliche einleitende Rede zum Etatentwurf. Der Entwurf schlägt in Einnahme und Ausgabe ab in der ordentlichen Verwaltung mit 10 135 000 M. und in der außerordentlichen Verwaltung mit 6 642 900 M. Derartige Zahlen geben ja nun an sich kaum ein Bild von den kommunalen Finanzen; etwas anderes ist es schon, wenn man sich erinnert, daß Wilmerdorf als die Stadt mit der steuerkräftigsten Bevölkerung Preußens, auf die pro Kopf 88 M. Steuern im Durchschnitt entfallen, auch in Groß-Berlin bisher eine besondere Stellung eingenommen hat. Um zahlungs-fähige Mieter heranzuziehen, hielt man bis zum Jahre 1910 die Zuschläge zur Einkommensteuer sehr niedrig, nämlich auf 90 Prozent. Man leistete sich dafür in der Erkenntnis, daß letzten Endes doch alles auf die Mieter abgewälzt wird, 190 Prozent Realsteuerzuschlag, während nach dem Kommunalabgabengesetz dieser Zuschlag nur 135 Prozent betragen darf. Hieran erinnerte der Oberbürgermeister, als er am Mittwoch den Stadtvätern den bekannten Zwang von oben mündgerecht zu machen suchte. Vor Jahresfrist bereits mußte die Stadtverordnetenversammlung auf Verlangen des Regierungspräsidenten den Einkommensteuerzuschlag auf 100 Prozent festlegen; und in der Gewalt der Aufsichtsbehörde liegt es gleichfalls nach Ansicht des Stadtoberhauptes, Wilmerdorf zum Schritt halten mit den übrigen Gemeinden Groß-Berlins zu zwingen und den neuerdings diesen Gemeinden empfohlenen Zuschlag von 110 Prozent durchzuführen. Aber auch sachlich, so meinte der Oberbürgermeister, könne die Stadt sehr wohl die 620 000 M. gebrauchen, die der neue Zuschlag als Mehreinnahme bringen werde. Um das Gleichgewicht in den Einnahmen und Ausgaben erhalten zu können, hätten dem Ausgleichsfonds im vorigen Jahre insgesamt 955 000 Mark entnommen werden müssen. Die Wertzuwachssteuer, auf die in Wilmerdorf die Umsatzsteuer angerechnet wird, habe vollkommen verlagert; und wenn auch im übrigen die Lieberhöfe sich erhöhen würden, so müsse die Stadt in der nächsten Zeit für neue Schulhäuser und sonstige Bauten sehr hohe Ausgaben machen.

Dem Oberbürgermeister sekundierte der Stadtkämmerer Nothe, indem er auf neuere Leistungen der städtischen Wohlfahrtspflege hinwies. In dem probatorischen städtischen Armenhause Wilhelmshaus 21 ist nämlich eine Rotherberge für vorübergehend obdachlose Einwohner errichtet; auch wird der Magistrat für Säuglinge, die an Ernährungsförderungen leiden, eine Heilstätte gründen.

Dies Vorhaben war einem der entschiedensten Gegner der kommunalen Sozialpolitik, dem Stadtverordneten Drose höchst unangenehm. Bei der vorjährigen Etatberatung hatte er — angerechnet in Wilmerdorf — von den geilen Trieben am Baume der Sozialpolitik, die beschnitten werden müßten, gesprochen; und diesmal leistete er sich den geschmackvollen Witz, daß die Eltern ihre Kinder doch wieder überhäupterten, wenn sie als geheilt aus dem zu errichtenden Krankenhaus entlassen werden würden. Im übrigen forderte dieser streng konservativen Stadterordneten gleich dem rechtsnationalen liberalen Herrn Dr. Leidig zur Wahrung der Selbstverwaltungsbefugnisse auf, die durch das Verlangen nach 110 Prozent Steuerzuschlag von der Aufsichtsbehörde bedroht würden. Es war die Sache unseres Parteigenossen Riedel, diesen Herren auseinanderzusetzen, daß von Selbstverwaltung nicht gut die Rede sein kann in einem Staate, wo vom Oberbürgermeister bis zum Nachtwächter herab kein städtischer Beamter angestellt werden kann, ohne daß er auf seine politische Zuverlässigkeit hin von der Regierung geprüft wird. Im übrigen erklärte Riedel gleich dem Demokraten Boll, daß die Erhöhung des Steuerzuschlages um 10 Prozent von der minderbemittelten Bevölkerung immerhin akzeptiert würde, wenn man ihr dafür nur den Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen gewährleistete. Wieviel in dieser Hinsicht aber noch zu tun ist, zeigte Riedel, indem er eine Anzahl Statistiken aus den Nachbargemeinden Charlottenburg und Schöneberg den gleichlautenden Posten im Wilmerdorfer Etat gegenüberstellte. Allein für die Bekämpfung der Tuberkulose wendete Charlottenburg 185 000 M. auf, während Wilmerdorf sich mit beschriebenen 18 000 M. begnügt. Auch die an den städtischen Arbeitern in Wilmerdorf geübte Bevormundung wurde von Riedel scharf gegeißelt. Nachdem die liberalen Stadtverordneten Doktor Schwarz und Wächtermann noch gesprochen hatten, beschloß man, nach altem Brauch den Etat drei Ausschüssen zu überweisen, die für den vorliegenden Zweck aus der Gesamtheit der Stadtverordneten gebildet werden.

Aus der übrigen Tagesordnung erwähnen wir, daß ein neues Ortsstatut für die gewerbliche Fortbildungsschule beschlossen wurde. Eine Anzahl Verbesserungsvorschläge, die von sozialdemokratischer Seite gemacht waren, fielen bereits im Ausschuss unter den Tisch.

Charlottenburg.

Einem doppelten Selbstmord verübte in der verflochtenen Nacht der 34-jährige Fabrikbesitzer Dr. phil. Ludwig Biddipp, Kurfürstendamm 64 wohnhaft. W. litt bereits seit einiger Zeit an einer schweren Nervenkrankheit. Da der Fabrikbesitzer infolge seines Leidens schon wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hatte, wurde er von seinen Angehörigen und der Dienerschaft streng bewacht. In der letzten Nacht wurde W., der sich allein in seinem Schlafzimmer veranwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Nixdorf. Für den

befand, plötzlich von einem besonders heftigen Anfall seines Nervenleidens betroffen. Er erhob sich von einem Lager, kleidete sich vollständig an und jagte sich, offenbar in einem Zustande geistiger Unmündigkeit aus einer Bromtingipistole eine Kugel in die Brust. Dann erhängte er sich an der Türklinke. Als auf den Schrei der Diener herbeieilte, fand er seinen Herrn bereits leblos vor.

Nixdorf.

In einem Hotel vergiftet hat sich vorgestern der 50 Jahre alte Bureauvorsteher Wilhelm Fiedler aus der Wanzlstraße 95. Der Mann verließ in einem Anfall eines Nervenleidens, das ihn schon länger plagte, seine Wohnung und begab sich in ein Hotel in der Redarstraße, um dort Gift zu nehmen. Abends um 10 Uhr fand man ihn tot in seinem Bette liegen. Auf dem Lische lag noch ein Rest von Zhanlali.

Kallberge-Rudersdorf.

In einer imposanten, von über 600 Personen besuchten Volksversammlung sprach am Sonntag im Gasthaus zur Linde Reichstagsabgeordneter Genosse Artur Stadthagen über: „Nieder mit der Reaktion.“ Der Referent führte in seinem zweifelhafte Vortrag den Verfall der Schandstaten des blauschwarzen Blochs vor Augen. Besonders zeigte Stadthagen den zahlreich erschienenen Frauen in leicht verständlicher Weise, wie die indirekten Steuern die Ernährungsverhältnisse des Arbeiters beeinflussen. Der Referent erntete am Schluß seines Vortrages tosenden Beifall. In der Diskussion ging Genosse Schumann über: „Nummelsburg auf die elenden Wohnungsverhältnisse der hiesigen Arbeiter ein und ersuchte die Anwesenden, sich mehr wie bisher der Arbeiterbewegung anzuschließen. Der Versammlungsleiter Genosse Georg Schulze-Nummelsburg forderte die Versammelten auf, die kurze Zeit bis zu den kommenden Reichstagswahlen auszunützen, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken, um auf den sozialdemokratischen Kandidaten auch am hiesigen Ort mehr Stimmen wie bisher zu vereinigen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen, ohne daß anwesende Segner das Wort ergriffen hätten.

Neuenhagen (Dsbahn).

Der Etat für 1911 balanciert mit 94 000 M. Einer Einnahme von 60 000 M. steht ein Bedarf von 94 000 M. gegenüber, der Fehlbetrag von 34 000 M. soll durch das Elektrizitätswerk aufgebracht werden. Die Erhöhung des Bedarfs gegen das Vorjahr rührt wesentlich von der Erhöhung der Gehälter der Beamten her, wogegen eine Lohnerhöhung der Arbeiter des Elektrizitätswerkes nicht zu verzeichnen ist. Die Einnahmen und Ausgaben sind 18 800 M. höher angelegt. Der größte Teil, 85 Prozent aller Einnahmen soll durch die Beiträge aus den Steuern aufgebracht werden. Die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer betragen 100 Prozent. Man erwartet, daß sie 16 000 M. — 26 Prozent aller Einnahmen bringen werden. Die Grund- und Gebäudesteuer wird in Form einer Grundwertsteuer in Höhe von 1,60 M. pro 1000 M. von 9 775 000 M. erhoben — 15 640 M. oder 26 Prozent aller Einnahmen. Die Gewerbesteuer soll 2400 M. — 4 Prozent und die Umsatzsteuer 12 000 M. — 20 Prozent bringen. Unsere Vertreter beantragten, 1000 M. zur Gewährung einer gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung in den Etat einzustellen; dieser Antrag wurde rundweg abgelehnt. Nachdem Genosse Köstling den Antrag begründet und die Ursachen der Arbeitslosigkeit dargelegt hatte, erklärte Herr Bürger: „Im Prinzip bin ich für die Arbeitslosenunterstützung, gleichwohl möchte ich bitten, die 1000 M. dazu nicht zu bewilligen, wir bekommen sonst einen zu großen Zugug von Arbeitern.“ Als Erzeuger des Profits für die Herren Unternehmer ist der Arbeiter ein willkommenes Werkzeug, wenn es sich aber darum handelt, dem durch unsere heutige Wirtschaftsordnung ungewollt arbeitslos gewordenen Arbeiter eine Unterstützung zu geben, will man davon nichts wissen.

Der Forderung unserer Genossen, periodische Arbeitslosen-zählungen im Juli und Januar vorzunehmen, konnten sich die Bürgerlichen aber doch nicht ganz verschließen und so wurde auf Vorschlag des Gemeindevorstehers demgemäß beschloffen.

Waldsorf an der Dsbahn.

Infolge Amtsniederlegung der drei Gemeindefürsorge Ränge, Grunow und Baudorf, die gleichzeitig auch Mitglieder des Schulvorstandes waren, machte sich eine Ergänzung für beide Körperschaften notwendig. Dieselbe fand am Montag, den 27. Februar, statt und zeitigte folgendes Ergebnis: Als Schöffen wurden gewählt mit je 8 von 15 abgegebenen Stimmen Magistratssekretär August Lammner und Gewerkschaftsbeamter Oswald Schumann und mit 11 Stimmen Versicherungsbearbeiter Paul Rode. In den Schulvorstand wurden gewählt: Bildhauer Rudolf Klein mit 13, Gewerkschaftsbeamter Franz Käminig mit 8 und Gärtnerbesitzer Flehwe mit 9 von 15 Stimmen.

Waldsorf-Kaulsdorf a. d. Dsbahn.

Die Arbeiter-Nachfahr, welche sich in den Arbeiter-Nachfahrverein Waldsorf und Umgebung („Solidarität“) als Mitglieder aufnehmen lassen wollen, werden gebeten, am Sonntag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Obst (früher Müller) an der Chaussee zu erscheinen.

Sohen-Schönhäusen.

Eine von über 500 Einwohnern besuchte Volksversammlung nahm am letzten Sonntag den Bericht der in der Eingemeindungsfrage des Gutsbezirks in den Gemeindebezirk gewählten Kommission entgegen. Desgleichen handelte es sich darum, eine Präsenzliste derjenigen Bürger von Sohen-Schönhäusen aufzustellen, welche gewillt sind, sich an der Protestaktion zu beteiligen. Herr Dr. Goldberg, als Mitglied der in der Versammlung am 19. Februar gewählten Kommission teilte mit, daß die Gemeindevorsteher, mit Ausnahme unserer beiden Genossen, nicht gewillt seien, ihr Mandat niederzulegen. Herr Dürkopp, Vorsitzender des Hausbesitzervereins, erklärte, daß der Verein gleichfalls alles anzunehmen gewillt sei, damit bei der Eingemeindung die Interessen des zwei Drittel stärkeren Gutsbezirks gegenüber dem Gemeindebezirk gewahrt werden. Genosse Klein stellte fest, daß sowohl der Gemeindevorsteher wie auch die Gemeindevorsteher durch Abwesenheit glänzten, damit sie nicht Rechenschaft über ihre sonderbare Haltung gegenüber der Bevölkerung abzugeben genötigt seien. Diese Haltung der betreffenden Vorsteher kennzeichnete unser Genosse mit scharfen Worten. Genosse Ringe betonte: Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Herren den Ort in Wahlbezirke einteilen, dergestalt, daß der Gutsbezirk trotzdem er zwei Drittel aller Steuern aufbringe, immer in der Minderheit bleiben müsse. Dem müsse bei Zeiten ein Riegel vorgeschoben werden. Zum Schluß konnte Genosse Klein die Mitteilung machen, daß sich bereits 297 Personen in die Präsenzliste gegen die Reichslosmachung der Mehrheit der Bevölkerung durch den kleinen Gemeindebezirk eingetragen haben. Weitere Namen nimmt Herr Dr. Goldberg in seiner Wohnung entgegen.

Repernia.

„Vater Staat und seine Kinder“, lautete das Thema, über welches der Genosse Störmer-Verein am Sonntag im Parkertischen Lokale in einer öffentlichen, gut besuchten Versammlung referierte. Nach einem Appell an die Versammlungsteilnehmer, sich der politischen Organisation anzuschließen, ließen sich eifrige Besucher in den Wahlverein aufnehmen.

Bankow.

Die Wahl von vier Handlungsgehilfenbeisitzern zum hiesigen Kaufmannsgericht findet am 2. Mai statt. Wahlberechtigt ist jeder Handlungsgehilfe, der in Bankow beschäftigt ist, bis zum 2. Mai das 25. Lebensjahr vollendet hat und in der Wählerliste steht.

Die Eintragung in die Wählerliste erfolgt nur auf Antrag. Dieser ist im Rathaus, Breitestr. 35/36, Zimmer 43, werktäglich 8-9 Uhr, Sonntags 9-12 bis spätestens 17. März anzufertigen.

Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

zubringen. Hierzu ist eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Beschäftigung als Handlungsgehilfe einzureichen. Formulare für diesen Zweck sind unentgeltlich im Bureau des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, Berlin NO. 43, Neue Königstr. 36 (VII 1622) zu haben.

Wird die Eintragung abgelehnt, so ist innerhalb acht Tagen beim Gemeindevorstand Beschwerde zu erheben.

Beräume niemand seine Eintragung zu beantragen, damit er nicht sein Wahlrecht verliert. Zu jeder Auskunft ist oben genannter Verband bereit.

Jugendberausstaltungen.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 5. März er., Besichtigung des Rufens für Vereinskunde, Georgenstr. 34/35, unter Leitung des Herrn Wegner. Abfahrt 10⁰⁰ vom Bahnhof Friedrichshagen.

Reinickendorf-Weit. Der Quantenausflug veranstaltet am Sonntag, den 4. d. M., abends 8⁰⁰ Uhr, in Smilck's „Eichhornchen“ ein Programm, bestehend in Theater, Konzert und Tanz. Das reiche Programm verspricht bei billigem Eintritt einen angenehmen Abend. Es wird daher auch der Besuch aller Genossen erwartet.

Gerichts-Zeitung.

„Sphilitropfen.“

Der Drogist Artur Herrmann hatte sich gestern unter der Anklage des Betruges und des unlauteren Wettbewerbs vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten.

Der Angeklagte betreibt in der Rothringstr. 63 ein kleines Drogegeschäft, welchem er die hochtönende Firma „Preußische Medizinisch-Drogerie“ beilegt hat. Vor einiger Zeit inserierte der Angeklagte eine sehr großzügig angelegte Annonce für ein Heilmittel, welchem er den Namen „Sphilitropfen“ gab. Bei einer Revision durch den zuständigen Kreisarzt Dr. Zimmer trat der erst 24-jährige Angeklagte sehr erregt auf und versuchte dem Arzt noch gute Lehren zu erteilen. Eine Untersuchung der „Sphilitropfen“ ergab, daß diese aus verdünntem Wadholderextrakt bestanden und einen Wert von 75 Pf. hatten. Trotzdem hatte der Angeklagte, der vor Gericht selbst zugab, daß diese Tropfen keinerlei Heilwirkung hätten, die Dreifachheit, der Kranken, die sich vertrauensvoll an ihn wandten, den Betrag von 8 Mark pro Flasche abzunehmen. — Zu welchen furchtbaren Folgen die Handlungsweise des Angeklagten führte, zeigte u. a. vor Gericht die Vernehmung eines Portiers Franz E. aus Nixdorf. Dieser litt seit mehreren Jahren an jener furchtbaren Seuche und hatte vier Jahre in der Behandlung eines Spezialarztes gestanden. Als er das Informat des Angeklagten las, griff er, wie der Extraktende nach dem Strohhalm, nach dem „Unüberfallmittel“ und bildete sich tatsächlich ein, dadurch geheilt worden zu sein. Er heiratete bald darauf in der Annahme gesund zu sein und führte dadurch herbei, daß seine Frau an derselben Krankheit erkrankte. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben. Die Strafkammer erkannte, dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend, auf 2 Monate Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet 2 und 4 Uhr abends, vorn vier Treppen — Parterre —, werktäglich von 4⁰⁰ bis 7⁰⁰ Uhr abends, Sonnabends von 4⁰⁰ bis 6⁰⁰ Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Envelope und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. W. Köln. — **S. R. 22.** Rein. — **J. R. 55.** Befragen Sie einen Arzt. — **H. 100.** Niederhöhenweide. Ja, der die Begründungsfähigkeit überlegende Betrag ist beschlagnahmefähig. — **S. 6. 11.** Testament zu notariellem Protokoll. 2. Etwa 25 M. 3. Rein. — **M. 11. 55.** 1. Soweit die Ansprüche länger als 4 Jahre zurückliegen. 2. Ein zu Protokoll erklärtes Anerkenntnis ist bindend. 3. Ja. — **J. 6. 3.** Die Sache ist recht zweifelhaft. Zu einer Klage können wir nicht raten. Vom Schell darf nichts gefürzt werden. — **M. 178.** Ja, sofern ein Nachlaß der Mutter vorhanden war. — **M. 10.** 1. Rein, erst mit Vollendung des 70. Lebensjahres. 2. Wenn das Gesetz bis dahin nicht geändert ist; an dem Magistrat. 3. und 4. Rein. — **S. 2. Richterberg.** 1. Etwa 15 M., zusätzlich 1-2 M. für jeden Tagesbesuch. 2. Liebig am Schluß der Verhandlung. — **P. 2. 67.** 1. Rein 2. Ja. — **K. 10.** Rein. — **S. 3.** Darüber gibt wohl ein Gärtner Auskunft. — **W. 29.** Richten Sie die Anfrage an die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer, Schellingstr. 4. — **S. 3.** An die Waisenhausverwaltung, Alte Jakobstr. 33. — **M. 2. 20.** Etwa 25 M. müssen befallen werden. — **M. 11. Schulstraße 106.** Der betreffende Name ist i. J. nicht miternannt worden. — **S. 6. 20.** 1. Bedroht Personen, die über die Polizeistunde hinaus trotz Aufforderung zum Verlassen in einer Schankstube oder an einem öffentlichen Vergnügensorte verweilen, mit Geldstrafe bis zu 15 M. Der Wert, der dies bildet, wird mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bedroht. 2 und 3. Es empfiehlt sich die Mitteilung der Tatsache, daß die notierten Personen ein Strafmandat nicht erhalten haben, an den Amtsvorsteher unter der gleichzeitigen Anfrage, worauf das gerichtliche Verfahren ist. — **Behring d. W. Nr. Dr.** Die Rechtsaufstellung ist irrig. Auf Antrag kann jedoch das Vormundschaftsgericht regeln eingreifen. — **Notizdrei 65.** Kommen Sie bitte, wenn möglich, 5 Uhr nachmittags in die Redaktion. — **M. 100.** Der Wert ist unseres Erachtens im Unrecht. — **Himmeler 60.** Fordern Sie vom Wert Befreiung, bei Erfolglosigkeit klagen Sie. — **Lehmann, Nixdorf.** 1. Mit 21 Jahren. 2. Schriftlich ans Vormundschaftsgericht. 3. Ja, eingeschrieben ebenfalls.

Wintlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft reger, Preise unverändert, für Schweinefleisch nachgeblieben. Wild: Zufuhr sehr mäßig, Geschäft schlappend, Preise behauptet. Wolllager: Zufuhr geringend, Geschäft ruhig, Preise fest. Fisch: Zufuhr mäßig, im Seefischen äußerst knapp, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert, für Seezische sehr hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr geringend, in Blumenohl über Bedarf, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 2. März 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperat. in Grad C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperat. in Grad C.
Sontemba	760	SW	4 bedeckt	4	Haparanda	739	SW	2 Schnee	-1
Osnabrück	760	SW	6 Regen	4	Peteraburg	756	S	3 wolkenlos	-8
Berlin	764	SW	3 wolkenlos	3	Schell	773	SW	5 heiliger bb.	9
Frankfurt a. M.	770	SW	4 wolkenlos	2	Berens	754	SW	5 heiliger	7
München	775	SW	5 wolkenlos	1	Paris	774	SW	2 bedeckt	8
Wien	771	SW	4 halbbd.	4					

Wetterprognose für Freitag, den 3. März 1911.

Teilweise aufklarend, vorherrschend wolkig mit geringeren Niederschlägen und frühen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 1.3. 28.2.	am 2.3. 28.2.	Wasserstand	am 1.3. 28.2.	am 2.3. 28.2.
Remel, Müst	535 ⁷	+14	Saale, Großh.	298	-23
Bregel, Jüterburg	355 ⁴	-15	Havel, Spandau	154	+2
Beigel, Idorn	472 ⁹	-22	Havel, Spandau	197	+4
Oder, Rathow	288 ⁹	-42	Spre, Spremberg	231	-6
„ Profien	376 ⁷	-7	„ Borslow	187	0
„ Frankfurt	492 ⁹	+31	„ Bredow	190	-62
„ Gamsberg	308	+18	„ Ribben	322	-13
Rege, Boroamm	130	+4	Havel, Mühlentand	478	-13
Eide, Reimerich	255	-5	„ Raub	417	+39
„ Bredow	163	+18	„ Köln	519	+44
„ Barso	425	+10	Redar, Weibrom	298	-30
„ Ragdeburg	353	+5	„ Rain, Berthelm	376	+13
			„ Woiel, Zert	255	-65

+) + bedeutet Sturz, — Not. — *) Unterbeleg. — *) Um 23. 30 Minuten W., und 4⁰⁰ Uhr nachmittags Karler Bildung, am 1. Vermutlich wieder Gischand. — *) Schneegeschichten. — *) Einzelne Gischollen treibend, am 2. morgens Wasserstand: 468 cm. — *) Am 2. morgens: 266 cm. — *) Am 1. um 2 Uhr nachts höchster Wasserstand: 403 cm.